

Stefanie Schiffer - Tetiana Katsbert - Sabine Roßmann

Hate Crime in der Ukraine

Opfergruppen und Beratungsangebote zivilgesellschaftlicher Akteure



Hate Crime in der Ukraine – Opfergruppen und Beratungsangebote zivilgesellschaftlicher Akteure

Herausgeber: Europäischer Austausch gGmbH
Erkelenzdammer 59
10999 Berlin
www.european-exchange.org

Autorinnen: Stefanie Schiffer, Tetiana Katsbert, Sabine Rossmann

Koordination: Stefanie Schiffer

Gestaltung: Europäischer Austausch gGmbH

Redaktionsschluss: February 2010

© Europäischer Austausch gGmbH

Mit finanzieller Unterstützung der Stiftung "Erinnerung, Verantwortung und Zukunft"

Europäischer Austausch
European Exchange



Inhaltsverzeichnis

Vorwort

Danksagung

I. Einführung	8
II. Rechtliche und institutionelle Rahmenbedingungen zur Bekämpfung von Hate Crime	13
2.1. Hate Crime Gesetzgebung.....	13
2.1.1. Verfassung der Ukraine	13
2.1.2. Strafrecht	14
2.1.3. Internationale Verpflichtungen	16
2.1.4. Weitere gesetzliche Regelungen	17
2.2. Bekämpfung von Hate Crime im Rahmen staatlicher Institutionen	20
2.2.1. Ministerien.....	20
2.2.2. Geheimdienst SBU	23
2.2.3. Staatskomitee für Nationalitäten und Religion.....	24
2.2.4. Ombudsman	24
2.2.5. Ermittlungen durch Strafverfolgungsbehörden	25
III. Tätergruppen – Opfergruppen – gesellschaftliche Wahrnehmung	28
3.1. Toleranz und Xenophobie in der Gesellschaft.....	28
3.2. Hate Speech in den Massenmedien und im öffentlichen Diskurs.....	33
3.3. Tätergruppen.....	39
3.4. Opfergruppen	45
3.4.1. Roma	46
3.4.2. Krimtataren	47
3.4.3. Juden	48
3.4.4. Flüchtlinge.....	50
3.4.5. Ausländische Studierenden	51
3.4.6. LGBT (Lesbian – Gay – Bisexual – Transgender).....	52
4.1. Darstellung zivilgesellschaftlicher Akteure.....	54
4.1.1. Menschenrechtsorganisationen.....	54
4.1.2. Verbände historischer Minderheiten	56
4.1.3. Interessenvertretungen von neuen Minderheiten	59
4.1.4. LGBT Organisationen	62
4.2. Angebote zivilgesellschaftlicher Akteure.....	66
4.2.1. Monitoring	66
4.2.2. Opferberatung und Opferunterstützung.....	67
4.2.3. Bildungsangebote für zentrale Akteure	69
4.2.4. Interessenvertretung und Gesetzesinitiativen	70
4.2.5. Bewusstseinsbildung in der Gesellschaft	71
4.3. Internationale Förderprogramme	74
4.4. Problembeschreibung und Handlungsempfehlungen	76

4.5. Zusammenfassung der Handlungsempfehlungen	84
Anhang	87
Fragebogen	87
Interviewleitfaden	91
Abkürzungsverzeichnis	93
Literaturverzeichnis	95
Abbildungsverzeichnis	100
Liste der befragten Organisationen	101
Aufteilung der befragten Organisationen nach Kategorien	104

Vorwort

In der Ukraine, die sich in den 90er Jahren zu einem demokratischen Aufbruch aufmachte, werden Menschen ebenso wie in vielen Staaten der Europäischen Union aufgrund ihrer ethnischen Zugehörigkeit, ihrer Hautfarbe, ihrer Religion oder ihrer sexuellen Orientierung Opfer von antisemitischer, fremdenfeindlicher und rechtsextremer Gewalt, so genannter "Hateverbrechen" (Hate Crimes).

Da es in den Ländern Mittel- und Osteuropas bislang kaum zivilgesellschaftliche Strukturen zur Unterstützung solcher Opfer gibt, fördert die Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ (EVZ) exemplarisch Projekte in Polen, Tschechien, der Ukraine und Russland, die sich für diese Opfer engagieren. Sie will damit einen Beitrag zur Stärkung der gesellschaftlichen Aufmerksamkeit für die Belange dieser Opfergruppe leisten, ebenso zur Verbesserung ihrer Rechtsstellung und zur Etablierung von Beratungsstrukturen. Sie möchte auch dazu beitragen, den noch jungen europäischen Diskurs zu diesem Thema zu fördern. Langfristig sollen die Projekte dazu beitragen, durch Sensibilisierung des sozialen Umfelds und Ächtung der Täter die Zahl von Hate Crimes zu senken und die Menschenrechte auch für gefährdete Minderheiten zu schützen. Dafür braucht es einerseits eine starke zivilgesellschaftliche Basis. Erfolgreich können derartige Initiativen aber dauerhaft nur wirken, wenn auch staatliche Stellen in die Debatte einbezogen werden, denn es ist eine genuine Aufgabe des jeweiligen Staates (auch auf kommunaler Ebene), den Schutz seiner Bürger vor Gewalt, Übergriffen und Diskriminierungen Dritter sicherzustellen.

Die Stiftung EVZ fördert Projekte dieser Art vor dem Hintergrund ihres internationalen politischen Auftrags. Sie ist selbst Ergebnis einer politischen Auseinandersetzung zugunsten früherer Opfer von Menschenrechtsverletzungen: der Opfer nationalsozialistischer rassistisch motivierten Unrechts während des 2. Weltkrieges, insbesondere ehemaliger Zwangsarbeiter. Lange Zeit war diesen Menschen eine moralische, finanzielle und juristische Anerkennung ihres erlittenen Unrechts durch Deutschland vorenthalten worden. Es war gesetzlicher Auftrag der Stiftung, sich um diese Opfer zu kümmern.

Aber die Stiftung hat durch ihre gesetzliche Grundlage noch einen zweiten, einen zukunftsgerichteten Auftrag erhalten. Sie soll sich in exemplarischen Projekten auch dafür einsetzen, dass heutige Opfer von rassistischer Gewalt zeitnah die notwendige Unterstützung in ihrer Gesellschaft erhalten. Sie hat deshalb neben ähnlichen Vorhaben in Polen, Tschechien und Russland die hier vorliegende Studie in der Ukraine gefördert, um entsprechende Initiativen und Nichtregierungsorganisationen (NGO), die sich für Opfer von „Hate Crimes“ einsetzen, zu unterstützen und national sowie international zu vernetzen. Die in Deutschland in den letzten Jahren gemachten Erfahrungen bei der Unterstützung dieser Opfer sollen dabei in den internationalen Diskurs eingebracht werden.

Die Autorinnen der „Europäischen Austausch GmbH“ in Berlin haben seit Juni 2009 in einer Recherche die Opfergruppen rassistischer Gewalt in der Ukraine identifiziert und relevante NGO und staatliche Stellen nach ihren Möglichkeiten der Unterstützung von Opfern dieser Hate Crimes befragt.

In dem nun vorliegenden Bericht stellen sie die Entwicklung von Intoleranz in der ukrainischen Gesellschaft und den gesellschaftlichen Diskurs zu diesem Thema dar. Sie beschreiben umfassend die derzeitigen rechtlichen und institutionellen Rahmenbedingungen zur Bekämpfung von Hate Crimes und stellen die zivilgesellschaftlichen Akteure vor. Sie zeigen dabei gravierende Defizite im Erfassen der Fälle von Hasskriminalität (Monitoring) durch öffentliche Stellen und in der Beratung der Opfer auf.

Ziel der Studie war es auch, Handlungsempfehlungen für Förderer zivilgesellschaftlicher Akteure in der Ukraine zu geben. Die Ergebnisse der Befragungen wurden deshalb im März 2010 in Kiew im Rahmen einer Tagung in Kooperation mit der Heinrich-Böll-Stiftung von den Autorinnen präsentiert und mit Vertretern der befragten NGO und von ukrainischen und internationalen Menschenrechtsorganisationen sowie des Innenministeriums diskutiert. Wir möchten insbesondere **Maxym Bytkewich vom Social Action Centre - No Borders Project, Jevgenij Zakharrow von der Charkiwer Menschenrechtsgruppe und Kateryna Levchenko** vom Human Rights Monitoring Department des Ukrainischen Innenministeriums für Ihre Hinweise danken. Wir bedauern, dass das Human Rights Monitoring Department inzwischen aufgelöst wurde.

Einige der Handlungsempfehlungen werden von unserer Stiftung in den nächsten Jahren im Rahmen der gezielten Förderung von geeigneten Projekten umgesetzt, die das Monitoring verbessern und Beratungsmöglichkeiten für die verschiedenen Opfergruppen in der Ukraine anbieten wollen. Wir hoffen, dass auch andere Stiftungen und Organisationen, die in der Ukraine tätig sind, sowie öffentliche Stellen die Anregungen aus dieser Studie aufgreifen können. Gleichzeitig möchten wir die zivilgesellschaftlichen Akteure und Menschenrechtsorganisationen in den o. g. Ländern, insbesondere auch die Opferberatungsstellen in Deutschland, ermutigen, ihre Erfahrungen in den internationalen Austausch einzubringen.

Wir freuen uns, dass wir die Studie in deutscher und ukrainischer Sprache veröffentlichen können. Wir bedanken uns sehr herzlich bei den Autorinnen für die erfolgreiche Durchführung dieses Projektes. Danken möchten wir aber vor allem den zivilgesellschaftlichen Akteuren in der Ukraine, die durch ihre Mitarbeit diese Ergebnisse möglich gemacht haben.

Ich wünsche allen Lesern dieser Studie neue Erkenntnisse über die Situation von Menschen, die nicht nur in der Ukraine keine hinreichend starke Lobby haben und die unsere Unterstützung brauchen. Es bedarf noch großer internationaler und nationaler Anstrengungen, die Opfer nicht allein zu lassen, ihnen die notwendige juristische und menschliche Anerkennung zu geben, die Täter zu verurteilen und derartige Taten im sozialen Umfeld zu ächten.

Günter Saathoff

Vorstand

Danksagung

Wir bedanken uns bei allen, die uns bei der Recherche zu der Studie mit ihren Auskünften und Anregungen unterstützt haben. Insbesondere bei Sonja Böhme von der Stiftung EVZ, bei Dominique John von der Opferperspektive Brandenburg e.V., bei Esther Weizsäcker, Jevgenij Zakharov von der Kharkiv Human Rights Protection Group, Andreas Umland von der Katholischen Hochschule Eichstätt, Jevgenija Hartleben vom Zentrum Demokratische Kultur Berlin ebenso wie bei Viktor Klymovich vom Staatskomitee für Nationalitäten und Religion, Yuriy Belousov vom Innenministerium der Ukraine, Vyacheslav Likhachev vom Kongress der Nationalen Gemeinden der Ukraine, und allen befragten Organisationen: African Center, Association of Hungarian Culture in Zakarpattya, Association of Koreans in Ukraine, Association of Poles in Ukraine, Association of Roma in Zakarpattya, Berkat, Bizim Qirim, Chernihiv Human Rights Committee, Chirikli, Congress of National Communities of Ukraine, Congress of Roma in Ukraine, Diversity Initiative, Donbas-Sozprojekt, Donetsk Foundation for Social Security and Charity, Flora, Gay-Alliance Cherkasy, Gay-Forum Ukraine, Gorenje, Helsinska Initsiatyva XXI, HIAS, Integratsiya i Rozvytok, International Medical Rehabilitaiton Centre for the Victims of Wars and Totalitarian Regimes, Kesher, Kharkiv Human Rights Protection Group, Kharkiv Institute for Social Research, Kreatyv, Kredo, La Strada Ukraine, LiGA, Moloda Cherkashchyna, Nash Mir, Nova Doba, Podilsky Centre for Social Technologies, Sfera, Social Action Centre – No Border Project, Social Service of Assistance, Spilna Meta, SVIT Ukraine, Ukrainian Helsinki Human Rights Union, Vaad, Vidkryta polityka, Vinnytsya Human Rights Protection Group, Yednannya, Youth Human Rights Movement, Youth Centre for Regional Development, Yunka, Za rivni prava, Zhinocha Merezha.

Stefanie Schiffer

Tetiana Katsbert

Sabine Roßmann

Berlin, Februar 2010

Für die Transkription russischer und ukrainischer Personen-, Orts- und Organisationsnamen wurde die englische Transkription verwendet. Nicht oder schwer übersetzbare Eigennamen der befragten Organisationen wurden im ukrainischen oder englischen Original gelassen. Alle anderen wurden ins Englische übersetzt. Eine Liste der befragten Organisationen mit der im Text verwandten Bezeichnung, der Originalbezeichnung und der deutschen Übersetzung findet sich im Anhang.

I. Einführung

Aktuelle Entwicklung in der Ukraine

Die Ukraine galt in den 1990er und bis Mitte der 2000er Jahre allgemein als tolerantes und ethnischen Minderheiten gegenüber offenes Land, das im Gegensatz zu anderen osteuropäischen Transformationsländern und besonders zu Russland von Rassismus und Xenophobie lange verschont geblieben ist. Im Jahr 2006 wurde die ukrainische und internationale Öffentlichkeit jedoch durch die Ermordung zweier in der Ukraine lebender Afrikaner aufgeschreckt. In den Jahren 2007 und 2008 kam es in der Ukraine zu zehn weiteren Mordfällen an Personen aus Afrika und dem Nahen und Mittleren Osten, bei denen ein rassistischer Hintergrund vermutet werden muss. Da es bis heute kein systematisches staatliches oder nichtstaatliches Monitoring xenophober und rassistischer Verbrechen in der Ukraine gibt, gehen Beobachter davon aus, dass diese Mordfälle nur die Spitze eines Eisbergs von rassistischen Übergriffen sind. Ukrainische Menschenrechtler und internationale Institutionen waren von den Vorfällen alarmiert, die ukrainische und internationale Presse begann, sich dem Phänomen der rechtsextremen Gewalt, ihren Ursachen und den betroffenen Opfergruppen zu widmen und auch die ukrainische Politik reagierte auf die Vorfälle: In schneller Folge wurde eine Reihe von staatlichen Arbeitsgruppen geschaffen, deren Ziel es ist, rechtsextremer Gewalt zu begegnen. Unabhängigen Monitoringberichten zufolge ist die Zahl von rechtsextremen Gewalttaten 2009 merklich zurückgegangen. Dieser positive Trend wird von Beobachtern und Menschenrechtlern auch auf die eindeutige und rasche Reaktion ukrainischer staatlicher Stellen, der ukrainischen Bürgergesellschaft und internationaler Einrichtungen zurückgeführt. Um auf eine nachhaltige Entspannung der Situation zu schließen, ist der Beobachtungszeitraum allerdings eindeutig zu kurz und die Datenlage zu unvollständig.

Die Autorinnen haben die Arbeit an der Studie im Februar 2010 abgeschlossen. Am 17. Januar und 7. Februar 2010 (Stichwahl) fanden in der Ukraine Präsidentschaftswahlen statt, aus denen Viktor Janukowitsch als Gewinner hervorging. Im März 2010 kam es zu einer Regierungsumbildung, die zu einer vollständigen Ablösung des „orangenen Lagers“ der Mannschaft von Julia Timoschenko und der Besetzung des Großteils des Kabinetts mit Parteigängern der Partei der Regionen geführt hat. Unter dem neuen Innenminister wurden sehr schnell nach dem Regierungswechsel wesentliche Einschränkungen bezüglich der Beteiligung zivilgesellschaftlicher Organisationen an der Kontrolle der Arbeit staatlicher Strukturen vorgenommen. So wurde die in Kapitel 2.2.1. dargestellte und erst im Jahr 2008 gegründete Abteilung zum Monitoring der Menschenrechte im Innenministerium schon im März 2010 aufgelöst. Angesichts der guten Zwischenerfolge dieser Abteilung muss diese Entscheidung sehr kritisch betrachtet werden. Die konsequente Verfolgung von Hate Crime durch Mitarbeiter des Innenministeriums bleibt weiter eine der zentralen Aufgaben einer kritischen ukrainischen und internationalen Zivilgesellschaft.

Ziele der Studie

Der Europäische Austausch Berlin hat im Herbst 2009 mit finanzieller Unterstützung der Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft die Recherche zu vorliegender Studie durchgeführt. Anliegen der Stiftung EVZ ist es, Opfern von Hate Crime, in den Ländern Mittel- und Osteuropas Anerkennung zu verschaffen und ihre Rechtsstellung zu verbessern. Die Möglichkeit der Etablierung neuer und der Verbesserung bestehender Beratungsmöglichkeiten für die Opfer sollen dabei genau abgewogen werden.

Ziel der nun vorliegenden Untersuchung zur Situation in der Ukraine ist es in erster Linie, einen Überblick über die in der Ukraine aktiven Nichtregierungsorganisationen und deren Angebote für Opfer xenophober und rassistischer Übergriffe zu geben. Im Zentrum der Untersuchung stehen daher diejenigen nichtstaatlichen Akteure in der Ukraine, die den Opfern von Hate Crime Unterstützung bieten und die über das Phänomen von Hate Crime in der Gesellschaft aufklären.

Im Fokus der vorliegenden Studie sind damit nicht die rechtsextremen Ideologien und Tätergruppen, obwohl der Beitrag ohne eine zumindest oberflächliche Übersicht über die rechte Szene der Ukraine nicht vollständig wäre. Daher wird in einem Kapitel der Versuch einer Bestandsaufnahme rechtsextremer Gruppen und Parteien und deren Aktivitäten unternommen. Auch wird der Versuch unternommen, eine Übersicht über die aktuellen soziologischen Untersuchungen zur Toleranzentwicklung in der ukrainischen Gesellschaft zu geben.

Die Fragestellungen, die der vorliegenden Untersuchung zu Grunde liegt sind:

- Um welche Opfergruppen von Hate Crime handelt es sich, und welche Art von Straftaten wird gegenüber welchen Gruppen begangen?
- Welche Beratungsangebote gibt es, und welche nichtstaatlichen, staatlichen oder internationalen Akteure engagieren sich bereits gegen Hate Crime?
- Was für bestehende Förderprogramme gibt es, und in welche nationalen und transnationalen Netze sind die bestehenden Akteure eingebunden?
- Welchen Zugang haben Opfer von Hate Crime und deren Interessenvertretung in die politische und gesellschaftliche Öffentlichkeit?
- Welche Art der Unterstützung benötigen die gegen Hate Crime engagierten nichtstaatlichen Akteure in der Ukraine, und was ist für eine weitere Qualifizierung nötig?

Ziel der Recherche ist es, Informationen und Handlungsanleitung für diejenigen nationalen und internationalen Förderinstitutionen zu bieten, die in dem Feld Hate Crime in der Ukraine tätig sind oder tätig werden wollen, um damit dazu beizutragen, die bestehenden Angebote zu optimieren und weitere Opfer zu verhindern.

Vergleichspunkt für die vorliegende Recherche sind die Erfahrungen des deutsch-polnischen Rechercheprojekts "Monitoring of hate crimes and victims assistance in Poland and Germany", das seine Ergebnisse in einer ebenfalls von der Stiftung Erinnerung Verantwortung und Zukunft geförderten Studie veröffentlicht hat¹ und die auch bei der Entwicklung von Handlungsoptionen für die transnationale Bekämpfung von Hate Crime berücksichtigt werden sollen.

Terminologie

Als Hate Crime werden in dieser Studie Verbrechen bezeichnet, bei denen das Opfer des Delikts vom Täter ausschließlich oder überwiegend nach dem Kriterium der Zugehörigkeit zu einer gesellschaftlichen Gruppe gewählt wird, und bei denen sich das Verbrechen in erster Linie gegen die gewählte Gruppe als Ganze richtet. Ebenso wie die genannte deutsch-polnische Vergleichsstudie und eine Reihe internationaler Organisationen orientiert sich diese Studie an der von ODHIR (Office for Democratic Institutions and Human Rights) erarbeiteten Definition von Hate Crime:

- A) Any criminal offence, including offences against persons or property, where the victim, premises, or target of the offence are selected because of their real or perceived connection, attachment, affiliation, support, or membership with a group as defined in part B)
- B) A group may be based upon a characteristic common to its members such as real or perceived race, national or ethnic origin, language, color, religion, sex, age, mental or physical disability, sexual orientation, or other similar factor.²

Hate Crime kann als eine Extremform der Diskriminierung betrachtet werden. Während Diskriminierung aber eine Ungleichbehandlung im Sinne der Benachteiligung bestimmter Personen auf Grund ihrer Zugehörigkeit zu einer religiösen, ethnischen oder sexuellen Minderheit bezeichnet³, geht Hate Crime weit über das Phänomen der Benachteiligung oder Ungleichbehandlung hinaus, indem es aktiv die Rechte, die körperliche Unversehrtheit und schließlich die Identität des Opfers beschneidet. „Mit Hate Crime wird beabsichtigt, das Opfer sowie die Gemeinschaft des Opfers auf Grund ihrer persönlichen Charakteristika einzuschüchtern. Solche Verbrechen vermitteln dem Opfer die Botschaft, dass es nicht willkommen ist; sie bewirken, dass dem Opfer das Recht auf volle Partizipation am Leben in der Gesellschaft verweigert wird. Ferner vermitteln sie Mitgliedern der Gemeinschaft, die die Charakteristika des Opfers teilen, dass auch sie nicht dazu gehören und dass

¹ Grell et al.: Monitoring Hate Crimes and Victim Assistance in Poland and Germany.

² OSCE – ODIHR: Challenges and Responses to Hate-Motivated Incidents in the OSCE Region for the Period January-June 2006, S.7.

³ Artikel 2 der Antidiskriminierungsrichtlinie der EU 2000/43 (1) Im Sinne dieser Richtlinie bedeutet "Gleichbehandlungsgrundsatz", daß es keine unmittelbare oder mittelbare Diskriminierung aus Gründen der Rasse oder der ethnischen Herkunft geben darf. (2) Im Sinne von Absatz 1 a) liegt eine unmittelbare Diskriminierung vor, wenn eine Person aufgrund ihrer Rasse oder ethnischen Herkunft in einer vergleichbaren Situation eine weniger günstige Behandlung als eine andere Person erfährt, erfahren hat oder erfahren würde; b) liegt eine mittelbare Diskriminierung vor, wenn dem Anschein nach neutrale Vorschriften, Kriterien oder Verfahren Personen, die einer Rasse oder ethnischen Gruppe angehören, in besonderer Weise benachteiligen können, es sei denn, die betreffenden Vorschriften, Kriterien oder Verfahren sind durch ein rechtmäßiges Ziel sachlich gerechtfertigt, und die Mittel sind zur Erreichung dieses Ziels angemessen und erforderlich. Definition von Diskriminierung – Antidiskriminierungsrichtlinie (EU Richtlinie 2000/43)

sie ebenso Ziele von Verbrechen werden könnten. Deswegen können Hate Crimes die Struktur der Gesellschaft schädigen und Gemeinschaften zerspalten.“⁴

Die Verwendung des Begriffs Hate Speech schließt an die Definition von Amnesty International an, nach der jede Aussage bzw. Aktivität, die nationalen, rassistischen oder religiösen Hass aufstachelt und direkt oder indirekt zu Gewalt, Ausgrenzung und Intoleranz aufruft, als Hate Speech bezeichnet wird.⁵ Zu Hate Speech zählen abwertende Bezeichnungen und Aussagen über ein Volk, eine Nation oder eine religiöse, sprachliche oder andere soziale Gruppe. Im deutschsprachigen Raum ist im strafrechtlichen Bereich für Hate Speech Fälle der Begriff der Volksverhetzung verbreitet.

Opfergruppen

Die vorliegende Studie hat sich in der Zusammenstellung der Hate Crime Fälle auf bestehende Monitoringberichte und Interviews mit den in dem Themenfeld aktiven NGOs gestützt. In der Ukraine sind Hate Crime Fälle derzeit in erster Linie gegen Roma, Krimtataren, Juden, Asylbewerber, ausländische Studierende, aber auch Touristen und Geschäftsleute aus Afrika, Asien und dem Kaukasus und gegen LGBT (Lesbian- Gay-Bisexual-Transgender) belegt. Hate Crime Fälle auf Grund des Alter, auf Grund psychischer oder physischer Behinderungen oder anderer Eigenschaften sind nicht auszuschliessen, werden von dem bislang in der Ukraine durchgeführten Hate Crime Monitoring aber nicht erfasst und werden daher auch in der vorliegenden Untersuchung nicht berücksichtigt.

Methode

Da das Problem Hate Crime in der Ukraine relativ jung ist, gibt es in der Ukraine derzeit keine Organisationen, die sich ausschließlich der Prävention von Hate Crime oder der Beratung von Hate Crime Opfern widmen würden. Diejenigen Organisationen, die Beratungsangebote machen, tun dies neben anderen Angeboten und zum Teil nicht im Rahmen klar abgegrenzter Projekte. Die Recherche des Europäischen Austausch im Juli 2009 ergab, dass 180 Organisationen in der Ukraine entweder schon Angebote für Hate Crime Opfer entwickelt haben oder in Tätigkeitsfeldern aktiv sind, die solch ein Angebot nahelegen. Im August 2009 schrieb der Europäische Austausch diese 180 Organisationen an mit der Bitte, einen Fragebogen auszufüllen, der Aufschluss über die oben skizzierten Fragen geben sollte. 34 Organisationen sandten den Fragebogen zurück, womit der Rücklauf bei knapp 20% lag. Vertreter von 13 dieser Organisationen wurden dann in jeweils ein- bis zweistündigen Gesprächen im September und Oktober 2009 persönlich interviewt. Weitere 14 Organisationen nahmen zwar nicht an der Fragebogenaktion teil, wurden aber im weiteren Verlauf der Recherche als Akteure identifiziert und waren zu einem Interview über ihre Einschätzung und Aktivitäten in Bezug auf Hate Crime bereit. Die befragten Organisationen wurden von uns in die Gruppen

- Menschenrechtsorganisationen

⁴ OSCE – ODIHR: Hate Crime Laws, S. 17.

⁵ Amnesty International Ukraine: Mova vorozhnechi.

- Interessenvertretungen von „neuen Minderheiten“
- Verbände historischer Minderheiten und
- LGBT(Lesbian-Gay-Bisexual-Transgender) Organisationen

unterteilt. Diese Unterteilung ergibt sich aus der historischen und gesellschaftlichen Situation der Ukraine und wird von ukrainischen Experten in ähnlicher Weise vorgenommen.

Tabelle 1: Art der Befragung.

	Menschenrechts- organisationen	Interessen- vertretungen von „neuen Minderheiten“	Verbände historischer Minderheiten	LGBT Organisationen
Nur Fragebogen	11	3	4	4
Nur Interview	6	3	4	1
Fragebogen und Interview	3	4	1	4
Gesamt	20	10	9	9

Die Interviews fanden größtenteils in den Räumen der befragten Organisationen in Kyiv, Kharkiv, Chernihiv und Vinnytsya statt. Die Vertreter der Organisationen aus Cherkasy, Mykolayiv, Luhansk, Voronezh und Simferopol wurden im Rahmen einer „United against Racism“ Konferenz im Oktober 2009 in Kyiv interviewt.

Darüber hinaus wurden ebenfalls im Oktober 2009 Interviews mit Vertretern von internationalen Institutionen, dem ukrainischen Innenministerium und dem Sicherheitsdienst SBU (Sluzhba Bezpeky Ukrainy) geführt. Eine Liste der befragten Organisationen, deren Auskünfte bei der Erstellung der Studie berücksichtigt wurden, ist ebenso wie der Fragebogen und der Interviewleitfaden im Anhang zu finden.

Im März 2010 wurden die zentralen Ergebnisse und die daraus abgeleiteten Handlungsempfehlungen durch die Autorinnen in Kooperation mit der Heinrich Böll Stiftung und der Stiftung EVZ in Kiew einem Kreis von ca 50 Vertreterinnen und Vertretern zivilgesellschaftlicher, staatlicher und internationaler Einrichtungen vorgestellt und lebhaft diskutiert. Die in diesem Workshop formulierten Kommentare und Ergänzungen zu den Handlungsempfehlungen wurden von den Autorinnen in die nun vorliegende abschliessende Fassung der Studie übernommen.

II. Rechtliche und institutionelle Rahmenbedingungen zur Bekämpfung von Hate Crime

2.1. Hate Crime Gesetzgebung

Gesetzgebung ist nur ein Teil der Antwort auf das Problem des Hate Crime, in Verbindung mit anderen Maßnahmen kann sie sich aber als wirkungsvoller Katalysator erweisen, der dazu beiträgt, Opfern zu ihrem Recht und Tätern zu einer Strafe zu verhelfen und der schließlich zu einem veränderten öffentlichen Bewusstsein für Unrechtstaten führen kann. Befürworter der Hate Crime Gesetzgebung führen an, dass eine spezielle Hate Crime Gesetzgebung zum Wandel und zur Anpassung gesellschaftlicher Wertvorstellungen in Richtung zu mehr Toleranz und Offenheit beitragen kann. Wesentliche Voraussetzung dafür ist allerdings die Bereitschaft und Kompetenz der Strafverfolgungsbehörden und Gerichte, die entsprechenden Tatbestände zu erkennen und die Anwendung der Gesetze durchzusetzen.⁶

Die ukrainische Gesetzgebung ist in Bezug auf Hate Crime der vieler anderer europäischer Staaten durchaus vergleichbar oder gar voraus⁷. Die Gleichheit und Würde der Menschen ist in der Verfassung verankert, das Strafgesetz sieht Strafverschärfungen für Straftaten mit rassistischem Hintergrund vor, die wesentlichen internationalen Menschenrechtsabkommen wurden durch die Ukraine in den letzten Jahren ratifiziert. Das größere Problem liegt heute eher in der konsequenten Anwendung der bestehenden Gesetze zum Schutz der Opfergruppen als in der Gesetzeslage selbst. Dennoch gibt es einige Vorschläge zur Anpassung der Gesetzeslage von Seiten ukrainischer Menschenrechtsorganisationen und internationaler Institutionen. Dies betrifft vor allem die Forderung nach der Verabschiedung eines Antidiskriminierungsgesetzes. Diese Forderungen ebenso wie die aktuelle Strafgesetzgebung und deren Anwendung werden im Folgenden in Kürze dargestellt.⁸

2.1.1. Verfassung der Ukraine

Die Würde des Menschen, seine Sicherheit und Unverletzbarkeit werden in Artikel 1 Absatz 3 der ukrainischen Verfassung von 1996 als höchster Wert festgestellt. Das Handeln des Staates ist darauf ausgerichtet, Menschenrechte und Freiheiten zu schützen. In der Erfüllung dieser Aufgabe ist der Staat dem Individuum gegenüber Rechenschaft schuldig.

In Artikel 2 Absatz 26 wird festgestellt, dass „Fremde und Staatenlose, die sich legal in der Ukraine aufhalten, dieselben Rechte und Freiheiten genießen und dieselben Verpflichtungen tragen wie die Bürger der Ukraine, es sei denn, dieses ist in der Verfassung, den Gesetzen oder internationalen Verträgen der Ukraine anders geregelt.“⁹

⁶OSCE-ODIHR: Hate Crime Laws, S.21.

⁷The Diversity Initiative. Legal Sub-Group: Ukraine's Legal Response to Bias-Motivated Violent Crime. S.8ff.

⁸Auszüge aus den relevanten ukrainischen Gesetzestexten zu Hate Crime sind in englischer Sprache zu finden unter <http://www.legislationline.org/topics/country/52/topic/4>.

⁹ Verkhovna Rada: Konstytutsiya Ukrainy.

Artikel 37 stellt fest, dass die Gründung oder die Tätigkeit von politischen Parteien oder von Vereinigungen dann verboten ist, wenn ihre Ziele, Programme oder Tätigkeiten die Anstachelung von interethnischer, rassistischer oder religiöser Feindschaft oder die Beeinträchtigung der Gesundheit, der Freiheit oder der Menschenrechte der Bevölkerung beinhalten.

Problematisch ist allerdings Artikel 24 der Verfassung in dem Gleichheit vor dem Gesetz und der Schutz vor Diskriminierung wegen Rasse, Hautfarbe, Religion, Herkunft und Sprache garantiert werden. Dieser Schutz soll laut Artikel 24 der Verfassung „allen Bürgern der Ukraine“ zukommen. Menschenrechtsorganisationen und die European Commission against Racism and Intolerance (ECRI) haben in ihren Berichten wiederholt auf eine Erweiterung der Zielgruppe gedrängt, so dass auch hier wie in Artikel 2 alle Personen geschützt sind, die sich im Staatsgebiet der Ukraine aufhalten – auch Staatenlose und Fremde und nicht nur Bürger der Ukraine.¹⁰ Eine Änderung dieses Passus ist bislang vom ukrainischen Parlament allerdings noch nicht angestrengt worden.

2.1.2. Strafrecht

Personen, die einer Straftat mit rassistischem Hintergrund verdächtigt werden, können in der Ukraine nach einer Reihe von Gesetzen belangt werden. Im Strafgesetz nehmen Artikel 161 und 67 Bezug auf Taten mit rassistischem Hintergrund.

Artikel 161 des Strafgesetzes regelt die Verletzung der Gleichheit von Bürgern auf Grund ihrer Rasse, Nationalität oder Religion und stellt Handlungen unter Strafe, „die bezwecken, ethnische, rassistische oder religiöse Feindschaft zu säen oder die bezwecken, die nationale Ehre und Würde eines Bürgers zu kränken oder seine religiösen Gefühle zu verletzen“.¹¹ Mit einer vom Abgeordneten der Partei der Regionen Taras Chornovil initiierten Gesetzesänderung vom 5. November 2009 wurde das vorgesehene Strafmaß erhöht, seither sieht Artikel 161 Absatz 1 die Bestrafung solcher Handlungen durch eine Geldbuße, gemeinnützige Tätigkeit bis zu zwei Jahren oder eine Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren vor. Absatz 2 sieht ein Strafmaß von bis zu zwei Jahren gemeinnützige Tätigkeit oder eine Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren vor, wenn die Straftat von Gewalt oder Androhung von Gewalt begleitet wird oder durch einen Amtsträger ausgeführt wird. Absatz 3 bestimmt, dass die in Absatz 1 und 2 bezeichneten Handlungen mit einer Gefängnisstrafe von zehn bis fünfzehn Jahren geahndet werden, wenn sie zum Tod eines Opfers oder anderen gravierenden Folgen führen oder wenn sie von einer organisierten Gruppe durchgeführt werden.¹² Auch in einer Reihe weiterer Artikel des Strafgesetzbuchs (115,121,122,127,129, 300) wurde das Motiv der rassistischen, nationalistischen oder religiösen Intoleranz ergänzt.

Obwohl das Strafgesetzbuch der Ukraine mit Artikel 161 seit 2001 in Kraft ist, begannen die ukrainischen Gerichte erst in jüngster Zeit, Urteile nach Artikel 161 zu erlassen. Der Hintergrund dafür dürfte in der schwierigeren Beweisführung bei Hate Crime Fällen liegen, die die Strafverfolgungsbehörden vor Herausforderungen stellt, für die sie nicht vorbereitet und ausgebildet

¹⁰Zakharov / Yavorsky: Human Rights in Ukraine – 2008, S. 129. ECRI: Third Report on Ukraine, S.8.

¹¹Legislationline: Criminal Code of Ukraine.

¹²Kommentar zur Novelle vgl. Yakubenko: Parlamentska Praktyka.

sind. Der Nachweis der diskriminierenden Motivation einer Straftat, der für die Anwendung von Artikel 161 nötig ist, erfordert spezifische Kenntnisse der Ermittlungsbehörden und zusätzliche Beweisführung, die die rassistischen Beweggründe der Täter belegen können. Amnesty International zitiert in seinem Bericht zu Rassismus in der Ukraine Aussagen von Menschenrechtlern und Beamten, die darauf hinweisen, dass die Untersuchungen rassistischer Motive schwieriger und zeitaufwändiger seien, dass sie gemäß Artikel 112 der Strafprozessordnung nur von der Staatsanwaltschaft initiiert und geleitet werden können und dass daher oft auf ihre Untersuchung verzichtet würde.¹³ Hinzu kommt, dass Opfer von Hate Crime oft nicht darüber informiert sind, dass ihre Zugehörigkeit zu einer ethnischen oder religiösen Minderheit als Motiv eines gegen sie gerichteten Verbrechens einen Einfluss auf die Art der Ermittlungen und die Bestimmung des Strafmaßes haben kann und dementsprechend bei der Anzeigenstellung auf diesem Moment nicht insistieren. Wenn auch die Milizmitarbeiter, die die Anzeigen entgegennehmen über die speziellen Möglichkeiten, die das ukrainische Strafgesetz für die Verfolgung von Hate Crime verfügt, nicht hinreichend aufgeklärt sind, unterbleiben entsprechende Ermittlungen häufig. Es wird dann nach anderen Artikeln des Strafgesetzbuchs ohne Bezug auf den Hate Crime Charakter des Verbrechens (Raub, Hooliganismus) ermittelt.

So wurden zwischen 2004 und 2009 lediglich in 18 Fällen staatsanwaltschaftliche Ermittlungen nach Artikel 161 geführt: 2004 in vier Fällen, 2005 in drei Fällen, 2006 in einem Fall, 2007 in drei Fällen, 2008 in sieben Fällen und 2009 in einem Fall. Bis Ende 2009 ist es dabei in sieben Fällen zu Verurteilungen gekommen.

Ukrainische NGOs und ECRI (European Commission against Racism and Intolerance) fordern in ihren Berichten die Änderung von Artikel 161 Strafgesetz mit dem Ziel, den Opfern von Hate Crime die Anzeige der Täter zu erleichtern, die Möglichkeiten der Strafverfolgungsbehörden zu verbessern und die Bandbreite der abgedeckten Straftaten zu erweitern und genauer zu definieren.¹⁵ So soll das Gesetz sich auf alle Personen und nicht wie derzeit nur auf Bürger der Ukraine beziehen. Zweitens solle nicht die Kränkung der nationalen Ehre und Würde einer Person oder die Verletzung ihrer religiösen Gefühle unter Strafe gestellt werden. Dieser Tatbestand solle aus dem Strafgesetzbuch entfernt werden, da er das Recht auf freie Meinungsäußerung beeinträchtigt. Als strafbar solle aber die Verletzung der Würde einer Person auf Grund ihrer Rasse oder Hautfarbe, ihrer politischen, religiösen oder anderen Überzeugungen, ihres Geschlechts, ihrer ethnischen oder sozialen Herkunft, ihres Wohnorts oder ihrer Sprache erklärt werden. Nach Einschätzung der Ukrainian Helsinki Human Rights Union ist es nicht nötig, das Strafmaß von Artikel 161 zu erhöhen, wichtiger sei es, den Artikel in den entsprechenden Fällen sachgemäß und konsequent anzuwenden. Die Ukrainian Helsinki Human Rights Union weist zudem darauf hin, dass in undemokratischen Staaten die Gefahr des politischen Missbrauchs von Strafgesetzgebung gegen Hate Crime nicht von der Hand zu weisen sei – unter diesem Aspekt sei es wichtig, das Element der Vorsätzlichkeit und den systematischen Charakter der Straftat im Gesetz festzuschreiben.

¹³ Amnesty International: Ukraine: Government must Act to to Stop Racial Discrimination, S. 21.

¹⁵ Vgl. Ibid., S. 129. ECRI: Third Report on Ukraine, S.10 f.

Der zweite Artikel, der im ukrainischen Strafgesetzbuch für Hate Crime Fälle Relevanz hat, ist Artikel 67, der ein erhöhtes Strafmaß für Straftaten vorsieht, „die auf Grund rassistischen, nationalen oder religiösen Hasses verübt werden.“ Die Ukrainian Helsinki Human Rights Union fordert die weit häufigere Anwendung des Artikel 67, der es ermöglicht, Art und Ausmaß des Strafmaßes zu beeinflussen, je nachdem ob eine Straftat als Hate Crime eingestuft wird und schlägt eine Änderung des Wortlauts des Gesetzes vor. Diese Änderung soll die einfachere Anwendung des strafverschärfenden Artikels erlauben: an Stelle von „Verbrechen auf Basis von rassistischem, nationalen oder religiösen Hass“ soll der Wortlaut heißen „Verbrechen mit dem Ziel der Diskriminierung auf der Basis rassistischen, nationalen oder religiösen Hasses“. Die Diversity Initiative schlägt eine Reihe von Änderungen des Artikels vor.¹⁶ So wird kritisiert, dass es dem Ermessen des Gerichts überlassen bleibt, ob der Artikel angewendet werden soll oder nicht. Diese Kritik wird auch von der amerikanischen Menschenrechtsorganisation Human Rights First geteilt, die fordert, dass die Anwendung des Paragraphen bei Nachweis eines Hate Crime zwingend sein solle¹⁷. Zweitens wird kritisiert, dass die Formulierung „Verbrechen auf Basis von rassistischem, nationalen oder religiösen Hasses“ zu vage sei. Drittens wird kritisiert, dass der Artikel es dem Gericht nur erlaubt, bei seiner Anwendung maximal die für das Verbrechen ohnehin vorgesehene Höchststrafe zuzumessen – statt dessen solle mit Anwendung von Artikel 67 eine von der jeweiligen Höchststrafe unabhängige Strafverschärfung verbunden sein.

Einig sind sich die ukrainischen und internationalen Menschenrechtsorganisationen darin, dass das Hauptproblem noch vor dem Wortlaut des Artikel 67 darin liegt, dass er praktisch nicht angewendet wird: „[...] the biggest problem is that Article 67 is rarely, if ever, used. The Legal Sub-Group of the Diversity Initiative was not able to find any examples of a case where bias was found to be an aggravating factor under Article 67 (1) (3).“¹⁸

2.1.3. Internationale Verpflichtungen

Als Gründungsmitglied der UNO und als Mitglied der OSZE und des Europarats hat die Ukraine alle wesentlichen internationalen Abkommen zum Menschenrechtsschutz und insbesondere zur Verhinderung von Rassismus und Xenophobie unterzeichnet und ratifiziert:

- den Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte – kurz: UN Zivilpakt (internationale Abkürzung: ICCPR)
- das Internationale Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung - kurz: UN-Rassendiskriminierungskonvention (internationale Abkürzung: ICERD)
- die Europäische Menschenrechtskonvention (internationale Abkürzung: ECHR)
- den Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (internationale Abkürzung: ICESCR)
- die UN-Anti-Folter-Konvention

¹⁶The Diversity Initiative. Legal Sub-Group: Ukraine's Legal Response to Bias-Motivated Violent Crime, S.10 f.

¹⁷ Human Rights First: Hate Crime Survey: Ukraine.

¹⁸ The Diversity Initiative. Legal Sub-Group: Ukraine's Legal Response to Bias-Motivated Violent Crime S.11.

- das UN Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau – kurz: UN Frauenrechtskonvention (internationale Abkürzung: CEDAW)

In seinem Dritten Länderbericht zur Ukraine 2008 begrüßt ECRI zudem die Ratifizierung der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen durch die Ukraine im September 2005 ebenso wie die Ratifizierung der Revidierten Europäischen Sozialcharta und der Europäischen Konvention zum rechtlichen Status von Wanderarbeitern im März 2007. Als Empfehlungen an die Ukraine spricht ECRI abschließend die Unterzeichnung der Europäischen Konvention zur Partizipation von Ausländern am lokalen öffentlichen Leben und die Unterzeichnung der UN Konvention zum Schutz der Rechte von Wanderarbeitern aus.¹⁹ Für Hate Crime Opfer bedeutet das konkret, dass sie im Falle von Diskriminierungen vor dem Europäischen Menschenrechtsgerichtshof in Straßburg klagen können und dass ukrainische Menschenrechtsorganisationen Schattenberichte an die entsprechenden UN Ausschüsse einreichen können. Zusammenfassend kann man feststellen, dass die Ukraine im Lauf der letzten Jahre die grundlegenden internationalen Vereinbarungen zum Menschenrechtsschutz unterzeichnet und ratifiziert hat und dass damit die wichtigsten formalen Voraussetzungen für den Schutz der Rechte von Minderheiten und potentiellen Opfern von Hate Crime geschaffen sind.²⁰

2.1.4. Weitere gesetzliche Regelungen

Neben dem Strafgesetz gibt es eine Reihe weiterer Gesetze, die zur Prävention von Hate Crime und Diskriminierung beitragen sollen. Das sind insbesondere das Gesetz „Über Gewissensfreiheit und religiöse Organisationen“ (1993), das in Artikel 4 die Gleichheit aller Bürger der Ukraine im ökonomischen, sozialen, politischen und kulturellen Leben, unabhängig von ihrer religiösen Zugehörigkeit festschreibt; das Pressegesetz (1992), das die Propaganda von Krieg, Gewalt, Grausamkeit und die Aufhetzung zu rassistischer, nationalistischer oder religiöser Feindschaft verbietet, das Gesetz „Über nationale Minderheiten in der Ukraine“ (1992), sowie das Gesetz „Über die rechtliche Stellung von Ausländern“ (2001), das in Artikel 2 festschreibt, dass Ausländer die gleichen Rechte, Freiheiten und Verpflichtungen haben wie die Bürger der Ukraine, und dass sie unabhängig von ihrer Herkunft und ihrem Status vor dem Gesetz gleich sind.

Die Ukrainian Helsinki Human Rights Union spricht in Bezug auf die juristischen Rahmenbedingungen zur Verhinderung und Verfolgung von Diskriminierung und Hate Crime jenseits des oben ausführlicher dargestellten Strafrechts eine Reihe von Empfehlungen aus. Unter anderem:

¹⁹ ECRI: Third Report on Ukraine, S.8.

²⁰ Vgl. Kobzin et al.: Ksenofobiya v konteksti poliethnichnosti ukrainskogo suspilstva. S. 8 ff.

- Die Erarbeitung eines Gleichstellungsgesetzes (Antidiskriminierungsgesetzes). Solch ein Gesetz würde es Bürgern ermöglichen, aktiv ihre Rechte bei Benachteiligung auf dem Arbeitsmarkt oder gegenüber Behörden einzuklagen.
- Die Anpassung des Gesetzes „Über nationale Minderheiten in der Ukraine“ an OSZE Standards.
- Die Erarbeitung von Veränderungen zum Sprachengesetz und zum Gesetz über „national-kulturelle Autonomie“.
- Die Erarbeitung eines besonderen Wahlgesetzes für die Autonome Republik Krym und die Einführung eines Katasters für die Krym, um den territorialen Ansprüchen der aus der Verbannung zurückgekehrten Krimtataren gerecht zu werden.
- Die rechtliche Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen Partnerschaften.

Fazit

Sowohl die ukrainische Verfassung als auch das Strafrecht bieten weitgehende Möglichkeiten für die Verfolgung von Hate Crime in der Ukraine. Im internationalen Rahmen hat die Ukraine die wesentlichen Konventionen zum Schutz der Menschenrechte unterschrieben und ratifiziert. Problematisch bleibt allerdings die Anwendung der Gesetze, was besonders daran deutlich wird, dass für die Anwendung von Artikel 67 des Strafgesetzes, der Strafverschärfung für Taten mit rassistischem Hintergrund vorsieht, nach Angaben von Menschenrechtlern in der Ukraine bislang kein Fall belegt ist und dass von 2004 bis Ende 2009 nur in 18 Fällen Ermittlungen nach Artikel 161, der die Verletzung der Gleichheit von Bürgern auf Grund ihrer Rasse, Nationalität oder Religion regelt, aufgenommen wurden. Zentrales Anliegen von ukrainischen Menschenrechtsorganisationen ist daher die konsequente Ermittlung bei Hate Crime Fällen und die Anwendung der entsprechenden Gesetze durch die Gerichte. Eine Erhöhung des derzeitigen Strafmaßes sei demgegenüber nachrangig. Die Ukrainian Helsinki Human Rights Union weist darauf hin, dass eine häufigere Verhängung auch geringerer Strafen bei Hate Crime eine höhere Wirkung auf Tätergruppen, Opfer und Gesellschaft habe, als seltene Anwendung in Kombination mit hohem Strafmaß, wie es derzeit der Fall ist.²¹

Eingedenk der Gefahr, die die Straflosigkeit besonders in Hate Crime Fällen für die Rehabilitierung der Opfer und den Zusammenhalt einer Gesellschaft als Ganzes bedeutet, muss der konsequenten strafrechtlichen Ermittlung und juristischen Verfolgung von Hate Crime Fällen höchste Priorität beigemessen werden. Jeder Fall von Hate Crime, der nicht ermittelt wird bedeutet eine Ermutigung für weitere Täterschaft und trägt so zur weiteren Ausbreitung von Hate Crime bei. Notwendig erscheint daher die Unterstützung von Nichtregierungsorganisationen und staatlichen Institutionen bei der Stärkung der Ermittlungen in Fällen von Hate Crime insbesondere durch

- Schulung von Milizmitarbeitern und Ermittlungsbehörden über die gesetzlichen Möglichkeiten und Verpflichtungen zur Ermittlung in Hate Crime Fällen.
- Konsequentes Monitoring der Milizmitarbeiter und Ermittlungsbehörden über die Anwendung der Artikel 67 und 161 Strafgesetzbuch und anderer relevanter Gesetze der Ukraine.

²¹ Zakharov / Yavorsky: Human Rights in Ukraine – 2008, S. 142.

- Information von potentiellen Opfergruppen über die Rechte von Opfern von Hate Crime.

2.2. Bekämpfung von Hate Crime im Rahmen staatlicher Institutionen

Eine der positiven Entwicklungen der letzten Jahre ist die deutlich angestiegene Offenheit staatlicher ukrainischer Stellen, sich mit Fragen des Menschenrechtsschutzes auseinander zu setzen und Kooperationen mit ukrainischen Menschenrechtsorganisationen einzugehen. Dazu hat durchaus auch die Bereitschaft von Präsident Yushchenko beigetragen, der Bekämpfung von Rassismus, Antisemitismus und Xenophobie in der Ukraine einen hohen Stellenwert einzuräumen und den Aufforderungen internationaler Institutionen nach Verbesserung der staatlichen Rahmenbedingungen für den Menschenrechtsschutz und insbesondere der Vorbeugung von Hate Crime in der Ukraine zu folgen. Begünstigt wurde diese Entwicklung durch einen Generationenwechsel in den Ministerien, wo heute jüngere Beamte arbeiten, die meist mehrsprachig sind, mit dem Internet vertraut sind, die Kontakte zu internationalen Menschenrechtsorganisationen nicht scheuen und die keine sowjetisch geprägte Erwachsenenbiographie aufweisen.²²

In den Jahren 2007 und 2008 hat Präsident Yushchenko sich regelmäßig in deutlichen Worten gegen den zunehmenden Rassismus und Xenophobie im Land ausgesprochen und die staatlichen Einrichtungen zu entschiedenem Handeln aufgerufen. Auf Anordnung des Präsidenten sind staatlicherseits seit 2007 in schneller Folge eine Reihe von Gremien eingerichtet worden, die sich mit der Problematik von Hate Crime beschäftigen und damit das schon im Jahr 1997 durch das Parlament eingerichtete Büro des Ombudsmans ergänzen und unterstützen sollen. Zumindest was die Ebene des „institution building“ angeht – der Einrichtung von relevanten Arbeitsgruppen und Arbeitsstäben – ist die Ukraine damit den diesbezüglichen Empfehlungen der OSZE der jüngsten Zeit weitgehend gefolgt.²³ Die Einrichtung der Arbeitsstäbe ist sicher ein wichtiger erster Schritt. Ihre Wirksamkeit ist allerdings direkt abhängig von ihrer personellen und finanziellen Ausstattung, von ihrer Einbindung in staatliche und nichtstaatliche Informationsabläufe und vom guten Zusammenspiel der Stäbe untereinander – Faktoren an denen sich letztlich erst die Ernsthaftigkeit des politischen Willens, der zu ihrer Gründung geführt hat, messen lässt.

2.2.1. Ministerien

²² Nach Redaktionsschluss dieser Studie, im März 2010, wenige Wochen nach den Präsidentschaftswahlen und dem darauf folgenden Regierungswechsel wurde mit der Auflösung der Abteilung zum Monitoring von Menschenrechten (s. 2.2.1.) eine der zentralen Einrichtungen zur Vorbeugung von Hate Crime in der Ukraine auf Anweisung des neuen Innenministers abgeschafft. Diese Entscheidung stieß auf deutliche Kritik von einheimischen und internationalen Menschenrechtsexperten und ist im Kontext des behandelten Themas durchaus kritisch einzuschätzen.

Zakharov / Yavorsky: Human Rights in Ukraine – 2008, S.7.

²³ Im Mai 2008 hat die OSZE mehr als 200 Vertreterinnen staatlicher und nichtstaatlicher Institutionen zum ersten „OSCE Supplementary Human Dimension Meeting (SHDM)“ nach Wien eingeladen. Ziel der Konferenz war es, die Einrichtung nationaler Institutionen gegen Diskriminierung (National Institutions against Discrimination – NIADs) in den OSZE Mitgliedsstaaten zu diskutieren. Die Ukraine war auf der Tagung durch Mitarbeiter des Innenministeriums, des Geheimdienstes, des Staatskomitees für Nationalitäten und Religion und die Generalstaatsanwaltschaft vertreten. Von nichtstaatlicher Seite nahmen an der Konferenz aus der Ukraine die Stiftung für Forschung und Unterstützung indigener Völker der Krym, die International Renaissance Foundation und die Lviver Nationale Universität Ivan Franko teil. Vgl. OSCE: Supplementary Human Dimension Meeting.

Im Innenministerium der Ukraine wurde mit Erlass Nr. 15 vom 18. Januar 2008 eine Abteilung zum Monitoring von Menschenrechten eingerichtet.²⁴ Zu den Mitarbeitern der Abteilung gehören neben Beamten des Innenministeriums auch ehemalige Mitarbeiter von NGOs. Sie wird von der Juristin und ehemaligen Abgeordneten des ukrainischen Parlaments Kateryna Levchenko geleitet und in allen 26 Regionen der Ukraine durch Menschenrechtsbeauftragte, so genannte Ministerassistenten, vertreten. Zu ihren Aufgaben gehört es, landesweit die Einhaltung internationaler und nationaler Menschenrechtsstandards durch die Mitarbeiter aller dem Innenministerium untergeordneter Organe (also auch der Gefängnisse und der Miliz) zu überwachen. Arbeitsfelder sind dabei:

- Monitoring der Menschenrechtsstandards in Untersuchungshaft und Gefängnissen und während der vorgerichtlichen Ermittlungen
- Vorbeugung von häuslicher Gewalt, Kindesmissbrauch, Trafficking, Schutz der Rechte von Kindern
- Maßnahmen gegen illegale Migration, Maßnahmen zum Schutz der Rechte von Flüchtlingen und Asylbewerbern
- Maßnahmen gegen Rassismus und Xenophobie
- Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung bei Protesten, Demonstrationen und während der Wahlen
- Durchsetzung der staatlichen Genderpolitik und Fortbildungen für Mitarbeiter des Innenministeriums²⁵

In ihrem Jahresbericht 2008 gibt die Abteilung zum Monitoring von Menschenrechten an, sie habe 2606 individuelle Konsultationen durchgeführt, 1615 Klagen und Beschwerden über die Arbeit der ukrainischen Miliz und der Strafverfolgungsbehörden bearbeitet, 625 Einrichtungen des Innenministeriums inspiziert und 1670 interne Untersuchungen zu Menschenrechtsverletzungen durch Mitarbeiter des Innenministeriums durchgeführt.²⁶

Im Bereich der Maßnahmen gegen Rassismus und Xenophobie kooperiert die Abteilung sowohl mit Nichtregierungsorganisationen als auch mit internationalen Organisationen. So wurden 2008 in Zusammenarbeit mit verschiedenen Organisationen insgesamt 42 Seminare über Toleranz, Fremdenfeindlichkeit und Rechte ethnischer Minderheiten für Polizeibeamten und mehrere Runde Tische und Arbeitstreffen mit Vertretern ethnischer Minderheiten organisiert.

Die Abteilung führt selbst kein Monitoring zu Hate Crime durch, sondern stützt sich auf Zahlen von Nichtregierungsorganisationen. Das Innenministerium ist durch Mitarbeiter der Abteilung zum Monitoring von Menschenrechten in der Interministeriellen Arbeitsgruppe zur Bekämpfung von Rassismus, Xenophobie und Diskriminierung beim Staatskomitee der Ukraine für Nationalitäten und Religion vertreten. Es hat in dieser Arbeitsgruppe maßgeblich an der Erarbeitung des „Plans zur Verhinderung von Rassismus, Xenophobie und ethnischer Diskriminierung in der ukrainischen Gesellschaft 2008-2009“ mitgewirkt. Mit dem Warschauer Büro von OSZE/ODHIR hat die Abteilung

²⁴Nähere Informationen zu der seit Mitte März 2010 aufgelösten Abteilung zum Monitoring von Menschenrechten: <http://umdpd.info/index.php>.

²⁵ Ministry of Interior of Ukraine Human Rights Monitoring Department: Order.

²⁶ Upravlinnya monitoryngu dotrimannya prav lyudyny v diyalnosti organiv vnutrishnikh sprav: Zvit za rezultatamy roboty, S.207.

zum Monitoring von Menschenrechten im Jahr 2008 mit der Planung von Ausbildungsprogrammen für Mitarbeiter des Innenministeriums zur Verhinderung und Verfolgung von Hate Crime begonnen. Zur Realisierung der geplanten Programme ist es bis Ende 2009 noch nicht gekommen.

Ein wichtiger Schritt zur Einrichtung eines zentralen staatlichen Registers über Fälle von Hate Crime ist im Februar 2009 erfolgt. In einer gemeinsamen Erklärung haben das Innenministerium und die Generalstaatsanwaltschaft der Ukraine beschlossen, monatliche Daten über alle in der Ukraine anhängigen Fälle von Hate Crime zentral zu sammeln. Entsprechende Instruktionen und Formulare für die statistische Erfassung sollten an alle betroffenen regionalen Abteilungen des Innenministeriums versendet werden.²⁷ Laut Auskunft eines Mitarbeiters des Innenministeriums hat diese Entscheidung allerdings bis Ende 2009 noch zu keinen Resultaten geführt: Die Daten werden trotz der Instruktion von den betreffenden Dienststellen bislang nicht gesammelt und ausgewertet.

Beim Außenministerium der Ukraine wurde im November 2007 die Position des Sondergesandten für den Kampf gegen Rassismus, Xenophobie und Diskriminierung eingerichtet, die mit dem Historiker und Diplomaten Oleksandr Gorin besetzt wurde. Die Aufgabe des Sondergesandten ist es, Maßnahmen zur Bekämpfung von Antisemitismus, Rassenhass und interreligiösen Konflikten zu erarbeiten und diese Arbeit mit der anderer Ministerien und Behörden abzustimmen. Seit April 2008 ist Oleksandr Gorin stellvertretender Außenminister der Ukraine, behält aber auch in dieser Funktion weiter die Position des Sondergesandten inne.

Im April 2008 wurde durch den Ministerrat der Ukraine eine Interministerielle Arbeitsgruppe zur Bekämpfung von Rassismus, Xenophobie und Diskriminierung eingerichtet. Die Arbeitsgruppe tagt vierteljährlich. Sie wird vom Staatskomitee der Ukraine für Nationalitäten und Religion geleitet, in ihr wirken Vertreter des Innenministeriums, des Geheimdienstes und des Außenministeriums mit. Der jeweils für zwei Jahre erstellte Arbeitsplan wird vom Ministerrat bestätigt. Zentrale Aufgaben des 38 Punkte umfassenden Arbeitsplans für 2010-2012 sind unter anderem:

- Initiierung parlamentarischer Anhörungen zum Kampf gegen Xenophobie, rassistische und ethnische Diskriminierung
- Entwicklung von Gesetzesinitiativen
- Entwicklung von internationalen Kooperationen mit anderen überstaatlichen und staatlichen Institutionen zum Erfahrungsaustausch über Strategien zur Bekämpfung von Hate Crime
- Stärkung der Strafverfolgung von Hate Crime
- Fortbildung von Mitarbeitern von Strafverfolgungsbehörden – auch durch die entsprechenden OSZE Hate Crime Trainings (siehe unten)

Der Arbeitsplan der Interministeriellen Arbeitsgruppe wird mit Vertretern zivilgesellschaftlicher Organisationen abgestimmt, die in den Arbeitsplan 2010-2012 zusätzlich 13 Initiativen eingebracht haben. Auch die Interministerielle Arbeitsgruppe führt kein eigenes Monitoring zu Hate Crime durch, sondern stützt sich ebenso wie die anderen staatlichen Strukturen auf die Recherchen nichtstaatlicher

²⁷ Kharkiv Human Rights Protection Group: Promising move.

Stellen. Die ECRI Empfehlung, eine zentrale Stelle einzurichten, die ein Monitoring von Hate Crime Fällen durchführt, war zum Zeitpunkt der Erstellung der Studie noch nicht umgesetzt. Auch über die Frage, ob diese Stelle beim Staatskomitee der Ukraine für Nationalitäten und Religion oder bei einer anderen Behörde eingerichtet werden sollte, war noch nicht entschieden worden.²⁸

2.2.2. Geheimdienst SBU

Beim Ukrainischen Sicherheitsdienst SBU wurde im Oktober 2007 entsprechend einem Erlass des Präsidenten der Ukraine die Abteilung für die Ermittlung und Verhinderung von ethnisch oder rassistisch motivierten Hassverbrechen eingerichtet. Sie ist in allen größeren Städten der Ukraine aktiv, in denen es rechtsextremistische Bewegungen gibt und in denen eine größere Anzahl von Migranten niedergelassen ist. Hauptaufgabe der Abteilung ist die Untersuchung der Aktivitäten von rechtsextremen Gruppen und die Verhinderung von Gewalttaten.²⁹ Die Mitarbeiter des SBU sind angehalten, die Entstehung von organisierten rechtsextremen Strukturen zu verfolgen und wo möglich zu verhindern. In Einzelfällen werden auf Grund von Informationen des SBU Ermittlungen gegen Fälle von Hate Crime oder Hate Speech eingeleitet. So wurde im Januar 2009 in Odesa ein Journalist der Zeitung *Nashe Delo* auf Grund von Informationen des SBU wegen der Publikation antisemitischer Schriften nach Artikel 161/1 verurteilt. Ebenfalls im Januar 2009 leitete der SBU antisemitische Veröffentlichungen der Zeitung *Vecherni Ivano-Frankivsk* an die zuständige Staatsanwaltschaft weiter. Zwar lehnte die Staatsanwaltschaft die Einleitung von Ermittlungen nach Artikel 161 ab, gleichwohl berichteten Menschenrechtler, dass die antisemitischen Veröffentlichungen nach diesem Zwischenfall von der Redaktion der Zeitung eingestellt wurden. Der SBU führt eine interne Statistik über Hate Crime Fälle, die aber nicht veröffentlicht wird. Wenngleich das besondere Augenmerk des SBU der Entwicklung rechtsextremer Gruppen gilt, so ist festzuhalten, dass Fälle von Hate Crime häufig aus situativen Zusammenschlüssen von Einzelpersonen begangen werden, die keiner rechtsextremen Gruppierung angehören. Die Abteilung für die Ermittlung und Verhinderung von ethnisch oder rassistisch motivierten Hassverbrechen kooperiert mit den entsprechenden Stellen im Innenministerium und mit Nichtregierungsorganisationen, und ist bei den vierteljährlichen Treffen der Interministeriellen Arbeitsgruppe zur Bekämpfung von Rassismus, Xenophobie und Diskriminierung vertreten.

Die Einrichtung der Abteilung für die Ermittlung und Verhinderung von ethnisch oder rassistisch motivierten Hassverbrechen ist eine von einer Reihe von Maßnahmen zur Öffnung und zur besseren demokratischen Verankerung des KGB Nachfolgers SBU, die unmittelbar nach der Orangenen Revolution von Präsident Yushchenko ergriffen wurden. Im Oktober 2005 begann mit dem Präsidentenerlass Nr. 1-1/1138 ein über zehn Jahre angelegter Prozess, dessen Ziel die Reform des ukrainischen Geheimdienstes in mehreren Etappen bis zum Jahr 2015 ist.³⁰ Die Reformschritte sollen eine zivile und demokratische Kontrolle des Geheimdienstes ermöglichen und die Ukraine auch in diesem Bereich an die Standards der NATO- und EU Staaten heranführen. In diesem Kontext sind

²⁸ Telefoninterview mit dem Koordinator der Interministeriellen Arbeitsgruppe vom Staatskomitee für Nationalitäten und Religion im November 2009

²⁹ Interview mit einem Extremismusexperten des SBU im September 2009 in Kyiv.

³⁰ Sluzhba Bezpeki Ukrainy: *Demokratychnyy kontrol*.

besonders zu erwähnen die Entscheidung über die Öffnung der Geheimdienstarchive zwischen 1917 und 1991 durch Präsidentenerlass vom 23. Januar 2009 und der vom SBU erarbeitete Entwurf eines neuen Geheimdienstgesetzes, das ebenfalls im Jahr 2009 der Öffentlichkeit und Experten aus den Menschenrechtsorganisationen zur Diskussion und Kommentierung vorgestellt wurde.

2.2.3. Staatskomitee für Nationalitäten und Religion

Eine weitere staatliche Institution, zu deren Aufgaben auch die Vorbeugung und Verhinderung von Hate Crime gehört, ist das im März 2007 eingerichtete Staatskomitee für Nationalitäten und Religion mit seinen regionalen Abteilungen. Es ersetzt seit einer Umstrukturierung im Jahr 2006 das ehemalige Staatskomitee für Nationalitäten und Migration und gilt als die zentrale Agentur für die Implementierung der ukrainischen Politik der interethnischen Beziehungen. Zu seinen Aufgaben gehört – über die ihm zugeordneten dezentralen Migrationsdienste - auch die Annahme und Bearbeitung von Asylanträgen.

Das Staatskomitee führt ein Medienmonitoring in Bezug auf Hate Crime und Hate Speech durch und hat in Zusammenarbeit mit nichtstaatlichen Akteuren im Sommer 2009 eine PR Kampagne durchgeführt, die zu einem toleranten und fremdenfreundlichen Klima in der Ukraine beitragen soll. Gegenüber ECRI hat das Komitee angegeben, an der Einrichtung eines Expertenrats beteiligt zu sein, der aus Juristen und Vertretern internationaler und staatlicher Einrichtungen bestehen soll. Aufgaben des Expertenrates sei es, Gerichte und Ermittlungsbehörden über gesellschaftliche Hintergründe und juristische Rahmenbedingungen von Hate Crime zu informieren.³¹

Das Staatskomitee ist die einzige der hier aufgeführten Institutionen, die auch finanzielle Mittel für die Arbeit von ukrainischen Nichtregierungsorganisationen bereithält. Das Budget des Staatskomitees betrug 2009 insgesamt 73,1 Mln. UAH (6 Mio EUR) von denen 53 Mio UAH für die soziale Absicherung der ehemals deportierten Krimtataren vorgesehen waren. 1,32 Mio UAH (100.000 EUR) waren im Jahr 2009 für die Finanzierung von Kulturveranstaltungen aller nationale Minderheiten sowie die Herausgabe von Zeitungen in nationalen Sprachen vorgesehen.³² Das Budget des Staatskomitees wurde auf Grund der schwierigen Haushaltslage in der Ukraine gegenüber 2007 und 2008 um die Hälfte gekürzt. Wenn man noch die im Herbst 2008 erfolgte Abwertung des Hryvnya gegenüber dem US-Dollar um 83% berücksichtigt, ergibt sich eine zusätzliche erhebliche Reduzierung der de facto zur Verfügung stehenden Mittel für zivilgesellschaftliche Träger der ukrainischen Minderheiten.³³

2.2.4. Ombudsman

Zusätzlich erwähnt werden muss das Amt des Ombudsmans, das per Parlamentsbeschluss schon im Jahr 1997 eingerichtet wurde. Seit 1998 wird die Position des Ombudsmans von der Juristin Nina Karpachova eingenommen. Sie erarbeitet Empfehlungen an das Parlament, die allerdings nicht

³¹ ECRI: Third Report on Ukraine, S. 13.

³² ProUA.com: Rozpodil vydatkiv Derzhavnogo byuzhetu Ukrainy na 2009 rik.

³³ Institut Media Prava: Derzhbyudzhet 2009.

bindend sind. Xenophobie und rassistisch motivierte Diskriminierungen sind nur eines von mehreren Arbeitsfeldern des Ombudsmans, einer Empfehlung von ECRI, verstärkte finanzielle und personelle Kapazitäten für diese Thematik zur Verfügung zu stellen wurde bisher nicht nachgekommen.³⁴ Menschenrechtler kritisieren, dass das Amt des Ombudsmans seinen gesetzlichen Berichtspflichten nicht nachkomme und dass weder das Büro noch die Webseite die nötigen grundlegenden Informationen aktuell bereithielte.³⁵

2.2.5. Ermittlungen durch Strafverfolgungsbehörden

Neben dem Strafvollzug ist die ukrainische Miliz Verursacher der meisten Menschenrechtsverletzungen in der Ukraine. Hauptprobleme sind die schlechte Ausbildung und Ausstattung der Miliz, Korruption, willkürliches Verhalten der Milizmitarbeiter und die Weigerung, Anzeigen aufzunehmen oder Ermittlungen einzuleiten. Nach Angaben des Innenministeriums wurden in den ersten neun Monaten des Jahrs 2008 gegen drei Polizeibeamte Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts auf Tötung eingeleitet. In allen drei Fällen kamen Personen in Untersuchungshaft zu Tode, eines der drei Opfer, das am 3. Juli 2008 im Untersuchungsgefängnis in Vinnytsya nach einer Auseinandersetzungen mit anderen Insassen von Beamten geschlagen wurde und daraufhin verstarb war ein Rom.³⁶

Amnesty International berichtet in seinem Länderbericht Ukraine von einer Reihe von Fällen in denen Opfer von Hate Crime keine Hilfe von Milizmitarbeitern erhielten bzw. selbst der Verübung von Straftaten verdächtigt wurden oder in denen ihre Anzeigen nicht angenommen wurden.³⁷ Nach der Ermordung des nigerianischen Staatsbürgers Julius Esike am 26. Juni 2009 in Kyiv warf der nigerianische Botschafter Ibrahim Pada Kasai in einem Zeitungsinterview der ukrainischen Miliz Korruption, fehlenden Willen zur Ermittlung bei rassistisch motivierten Verbrechen und Loyalität gegenüber Rassisten vor.³⁸ Dass das Verhalten der ukrainischen Strafverfolgungsorgane auch innerhalb des Staatsapparats als problematisch eingeschätzt wird zeigt die Initiative des Vorsitzenden des ukrainischen Geheimdienstes SBU, Valentyn Nalyvaychenko, der im April 2009 gegenüber Vertretern des Innenministeriums und verschiedener nichtstaatlicher Organisationen die Bildung einer unabhängigen Kommission zur Kontrolle der Arbeit der Strafverfolgungsorgane in Bezug auf Hate Crime angeregt hat.

Im Innenministerium selbst ist die Abteilung zum Monitoring von Menschenrechten für die Kontrolle der Einhaltung der Menschenrechtsstandards bei der ukrainischen Miliz und den Strafverfolgungsbehörden zuständig. Nach Angaben der Abteilung zum Monitoring von Menschenrechten haben im Jahr 2007 die Ermittlungsbehörden des Innenministeriums landesweit in zwei Drittel aller angezeigten Verbrechen gegen ausländische Staatsbürger die Aufnahme von Ermittlungen verweigert³⁹. Die Abteilung zum Monitoring von Menschenrechten schließt daraus auf

³⁴ ECRI: Third Report on Ukraine, S.11.

³⁵ Zakharov / Yavorsky.: Human Rights in Ukraine – 2008, S.7.

³⁶ U.S. Department of State, Bureau of Democracy, Human Rights and Labor: 2008 Human Rights Reports.

³⁷ Amnesty International: Ukraine. Government must act, S. 24 ff.

³⁸ Amnesty International Ukraine: Posol Nygeryy.

³⁹ Belousov et al.: Prava lyudyny i diyalnosti ukrainskoi Militsii, S.216.

eine besonders hohe Dunkelziffer bei rassistisch motivierten Straftaten und erklärt diese Situation mit der für die polizeilichen Ermittler schwierigen Ermittlungsführung in Zusammenhang mit Straftaten zu Artikel 161 Strafgesetz. Vertreter von Minderheiten- und Flüchtlingsorganisationen berichten in Interviews von regelmäßigen Erpressungen von Flüchtlingen, die sich ohne gültige Papiere im Land aufhalten durch Milizbeamten. Bei einem Gehalt von ca. 150 € für einen einfachen Milizmitarbeiter muss davon ausgegangen werden, dass diese Form der Korruption durch Milizmitarbeiter staatlicherseits zumindest billigend in Kauf genommen wird.

Erwähnenswert sind schließlich die Gründung der Abteilung zur Ermittlung von Verbrechen von und durch Ausländer beim Innenministerium ebenso wie die Abteilungen zur Ermittlung von Verbrechen auf Grund von Haß und Intoleranz in einigen regionalen Dienststellen des Innenministeriums.⁴⁰

Fazit

Das Zusammenwirken der nationalen staatlichen Institutionen funktioniert noch nicht ideal, einzelne der dargestellten Institutionen haben ihre Arbeits- und Funktionsweise noch nicht gefunden. Die Ergebnisse ihrer Tätigkeit sind teils dürftig und unterliegen der Kritik internationaler Institutionen und ukrainischer Menschenrechtler. So urteilt die Ukrainian Helsinki Human Rights Union: „A review of State measures on fighting discrimination and xenophobia give grounds for concluding that there is no coordinated State programme in this sphere, and that these measures remain on the whole not very effective.“⁴¹ Zu einem ähnlich nüchternen Resultat kommt die amerikanische Menschenrechtsorganisation Human Rights First in ihrem Bericht zu Hate Crime in der Ukraine.⁴² ECRI empfiehlt in seinem Länderbericht Ukraine 2008, dass die ukrainischen Behörden, die sich mit Hate Crime beschäftigen (Justizministerium, Innenministerium, Staatskomitee der Ukraine für Nationalitäten und Religion und das Büro des Ombudsmans) sich in ihren Aktivitäten besser koordinieren und finanziell und personell ihren Aufgaben entsprechen ausgestattet werden sollten. Darüber hinaus sollten sie die Beteiligung von nichtstaatlichen Akteuren, insbesondere von Vertretern ethnischer Minderheiten in ihren Reihen verstärken. Die OSZE empfiehlt generell bei der Einrichtung von „Nationalen Institutionen zur Bekämpfung von Diskriminierung“, dass unter den angestellten Mitarbeitern dieser Institutionen insbesondere auch Repräsentanten der Zielgruppen von Hate Crime vertreten sein sollten.⁴³

Der Mangel an offiziellem Datenmaterial zu Fällen von Hate Crime ist augenfällig und sicher einer der ursächlichen Faktoren für das Fehlen einer konsolidierten und effektiven staatlichen Politik zur Bekämpfung von Hate Crime. Alle im Rahmen dieser Studie befragten staatlichen Behörden gaben an, sich auf das Datenmaterial von nichtstaatlichen Organisationen zu verlassen. Der Erlass von Innenministerium und Generalstaatsanwaltschaft vom Februar 2009, ein gemeinsames Register von

⁴⁰ <http://library.khpg.org/files/docs/1273303539.pdf>, S 122 ff.

⁴¹ Zakharov / Yavorsky: Human Rights in Ukraine – 2008, S.134.

⁴² Human Rights First: Hate Crime Survey 2008.

⁴³ „NIADs should acknowledge the unique characteristics of manifestations of intolerance and discrimination against vulnerable groups such as migrants, people of African origin, Roma and Sinti, Muslims, Jews, LGBT persons and other minorities, including by means of (...) ensuring of representation of vulnerable groups among staff of NIADs.“ Vgl. OSCE: Supplementary Human Dimension Meeting, S. 70.

Hate Crime Verbrechen zu erstellen ist zwar ein wichtiger Schritt, dass es aber innerhalb fast eines Jahres nicht zu einer Realisierung kommt, lässt an der Ernsthaftigkeit der Absicht zweifeln.

Ebenso kritisch ist die Verzögerung bei der Fortbildung der ukrainischen Miliz durch die geplanten OSZE Programme einzuschätzen, wird doch die schlechte Ausbildung der Milizmitarbeiter als ein zentrales Problem bei der juristischen Verfolgung von Hate Crime und der mangelhaften Opferhilfe identifiziert. Das Innenministerium sollte - unterstützt von den Experten der OSZE - hier schnellstmöglich Abhilfe schaffen, um dem Vorwurf der Gleichgültigkeit gegenüber Klagen von Opfern und nationalen wie internationalen Menschenrechtsorganisationen begegnen zu können.

Trotz der genannten Mängel ist die Ukraine mit der Einrichtung der beschriebenen Gremien wesentlichen Empfehlungen internationaler Institutionen gefolgt und nimmt damit unter den ehemaligen Sowjetrepubliken einen Spitzenplatz ein. Der vorläufige Rückgang bei der Entwicklung von Hate Crime in der Ukraine im Jahr 2009 - nach dem auffälligen Anstieg in den Jahren zuvor - wird von den interviewten Gesprächspartnern auch auf die Tätigkeit dieser Gremien zurückgeführt. Die Verbesserung der Effizienz der einzelnen Gremien und ihres Zusammenwirkens untereinander und mit anderen – nichtstaatlichen und internationalen – Akteuren ist dennoch eine der zentralen Herausforderungen für die effiziente Bekämpfung von Hate Crime in der Ukraine und sollte weiterhin kritisch beobachtet und wo möglich konstruktiv unterstützt werden.

III. Tätergruppen – Opfergruppen – gesellschaftliche Wahrnehmung

3.1. Toleranz und Xenophobie in der Gesellschaft

Die traditionelle Selbstwahrnehmung der Ukrainer ist die eines toleranten und ethnischen wie sozialen Minderheiten gegenüber offenen Volkes. Im Kontrast zu dieser Selbsteinschätzung zeigen soziologische Untersuchungen und die Beobachtung der gesellschaftlichen Entwicklung der letzten Jahre allerdings eine gegenläufige Tendenz. Der Grad der gesellschaftlichen Toleranz in der Ukraine ist den vorliegenden Untersuchungen zu Folge seit ihrer Unabhängigkeit 1991 – und auch seit der Orangen Revolution 2004 - deutlich rückläufig. Wie lässt sich diese Entwicklung erklären?

Die Neigung zu Xenophobie in einer Gesellschaft kann durch die empfundene „soziale Distanz“ im kollektiven Bewusstsein bestimmt werden. Forschungsinstitute wie das Nationale Institut für Soziologie (NSI) und das Kyiver Internationale Soziologische Institut (KMIS) verwenden zur Messung dieser sozialen Distanz seit Anfang der 1990er Jahre die Bogardus-Skala. Diese ist ein vom amerikanischen Sozialpsychologen E.S. Bogardus im Jahre 1925 entwickeltes Verfahren zur Bestimmung der sozialen Distanz zwischen verschiedenen ethnischen, rassischen und anderen Gruppen. Auf Grund der Antworten von Befragten, in welcher Rolle (als Familienangehörige, Freunde, Nachbarn, Arbeitskollegen, Mitbürger oder Touristen) sie Vertreter von anderen ethnischen Gruppen im Lande akzeptieren würden, wird der Index der sozialen Distanz auf einer 7-Punkte-Skala abgebildet: Je höher die Zahl auf der Skala, desto größer die soziale Distanz zwischen den Gruppen in der Gesellschaft. Der von der Soziologin Natalya Panina (NSI) von der Bogardus-Skala abgeleitete „Index der nationalen Distanz“ stellt eine Verbindung zwischen der Skala der sozialen Distanz und dem Grad an interethnischer Toleranz her: Ein Ergebnis von 1 bis 2.5 Punkten (niedrige soziale Distanz) wird nach Panina als „Wir-Identität“ bewertet, 3-4 Punkte als „Toleranz“ gegenüber den Anderen, 4-5 Punkte als „Intoleranz“, 5-6 Punkte als „Segregation“ und 6-7 Punkten als „Xenophobie“. Die Untersuchung des Toleranzgrads der ukrainischen Bevölkerung von Panina ergibt für die Jahre 1992, 2002 und 2005 eine deutliche Zunahme segregierender und xenophober Einstellungen (s. Tabelle 2): im Jahre 2005 erweisen dreiviertel der Bevölkerung eine verdeckte oder offene Form der Xenophobie.

Tabelle 2: Toleranzgrad der Bevölkerung der Ukraine: Dynamik und geographische Verteilung.

Grad der interethnischen Toleranz	Anteil der Bevölkerung mit dem entsprechenden Grad an Toleranz, %						
	1992	2002	2005				
	Ukraine	Ukraine	Gesamt-ukraine	Osten	Süden	Zentrum	Westen
Toleranz	35.2	9.9	10.4	13.2	11.4	9.0	8.3
Intoleranz	25.2	16.0	14.8	15.9	12.7	11.2	23.3
Segregation (verdeckte Form)	33.3	48.1	49.5	50.7	46.1	55.6	42.0

der Xenophobie)							
Xenophobie (offene Form)	6.3	27.0	25.2	20.1	29.9	24.2	26.4

Quelle: Panina, Natalia: Faktory natsionalnoi identichnosti, S.30.

Obwohl die Bogardus-Methodik der Kritik unterliegt, in erster Linie das Integrationsniveau von sozialen Gruppen und nicht den Grad an Xenophobie zu bemessen, bleibt sie bisher die einzige Form, die es erlaubt, die Bilder von sozialen Gruppen im kollektiven Bewusstsein einzuordnen und die Dynamik der Veränderungen zu verfolgen. Die Veränderungen der Einstellung der Ukrainer gegenüber einzelnen ethnischen Gruppen über den Zeitraum 1994 bis 2004 sind in Tabelle 3 zusammengefasst. Daraus wird deutlich, dass die ostslawischen Gruppen (Ukrainer, Russen, Belarussen) wesentlich mehr Toleranz erfahren, als die „historischen Minderheiten“ wie Juden, Rumänen oder Polen. Die soziale Distanz zu Juden ist dabei von Beginn der Erhebungen an geringer als zu den anderen „nichtslawischen Volksgruppen“ und zeugt von einer deutlichen Integration der Juden in die ukrainische Gesellschaft. Die größte soziale Distanz empfindet die ukrainische Bevölkerung gegenüber den Roma und den „neuen Minderheiten“ aus Afrika, Asien und dem Kaukasus, die als der ukrainischen Gesellschaft nicht zugehörig wahrgenommen werden. Der ihnen gegenüber empfundene „Intoleranzgrad“ übersteigt 5 Punkte⁴⁴. Aus Tabelle 3 geht außerdem hervor, dass auch die ukrainische Selbstidentität zwischen 1994 und 2004 gelitten hat: Die soziale Distanz innerhalb der ukrainischen Gesellschaft stieg von 1.7 auf 2.2 Punkte, dabei ist der Unterschied in den Einstellungen zur ukrainisch- und russischsprachigen Bevölkerungsgruppe auffällig: In den Jahren der ukrainischen Identitätsbildung, als die nationale Sprache eine wichtige Rolle zu spielen begann, wurden die russischsprachigen Ukrainer als „russifiziert“, also „fremd“, wahrgenommen und standen dem Distanzgrad nach in der Mitte zwischen Russen und ukrainischsprachigen Ukrainern.

Tabelle 3. Dynamik der sozialen Distanz in der Ukraine 1994-2004.

Ethnische Gruppe	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
Ukrainischsprachige Ukrainer	1,7	1,72	2,03	2,27	1,84	1,77	2,07	2,01	2,06	1,95	2,20
Russischsprachige Ukrainer	1,78	1,84	2,06	2,34	1,98	1,99	2,32	2,16	2,24	2,12	2,21
Russen	1,95	2,06	2,45	2,55	2,29	2,24	2,5	2,14	2,4	2,44	2,48
Belarussen	2,32	2,49	3,05	3,18	3,07	2,96	3,15	2,94	3,17	3,23	3,40
Juden	3,64	3,74	3,89	3,91	4,01	3,88	4,10	3,95	4,13	4,34	4,29
Amerikaner	3,68	3,76	4,04	4,03	4,24	4,17	4,35	4,09	4,64	4,79	5,02
Kanadier	3,69	3,73	4,13	4,06	4,31	4,25	4,46	4,27	4,37	4,58	4,92
Polen	3,85	3,84	4,16	4,23	4,45	4,45	4,45	4,05	4,66	4,37	4,50
Franzosen	3,90	4,01	4,31	4,34	4,56	4,37	4,62	4,42	4,73	4,66	5,03
Deutsche	4,03	3,92	4,39	4,30	4,67	4,46	4,68	4,39	4,56	4,61	4,93

⁴⁴ Zu neueren Forschungen über „neue Minderheiten“ vgl. Mizhnarodnyy tsentr tolerantnosti: Riven tolerantnosti v Ukraini; Zakharov / Yavorsky: Human Rights in Ukraine – 2008.

Rumänen	4,27	4,4	4,38	4,51	4,72	4,51	5,02	4,77	4,94	4,91	4,98
Afrikaner	4,92	5,04	4,96	4,94	5,22	5,17	5,45	5,22	5,43	5,54	5,47
Roma	5,15	5,14	5,15	5,35	5,45	5,48	5,61	5,43	5,72	5,89	5,70
Durchschnittlicher Xenophobieindex	3,45	3,51	3,77	3,85	3,91	3,82	4,06	3,83	4,08	4,11	4,24

Quelle: Kirichenko, Iryna: Ksenofobia: vyprovuvannya chuzhym.

Der Toleranzgrad der ukrainischen Bevölkerung ist von regionalen, sozioökonomischen und demographischen Umständen abhängig. Die oben erwähnte Studie von Natalya Panina zeigt, dass die Bewohner der Westukraine im Vergleich zur Ostukraine deutlich antisemitischer eingestellt sind.⁴⁵ Jugendliche und junge Erwachsene, die nach Panina häufiger als ältere Generationen xenophobe, und insbesondere antisemitische Einstellungen vertreten, zeigen auch stärkere Vorurteile gegenüber anderen Gruppen: So sehen laut einer Umfrage im Rahmen des Projektes „Toleranz als Weg nach Europa“ 65,23% der jugendlichen Befragten in den Roma, 57,42% in den HIV-infizierten, 39,41% in den Homosexuellen und 20,95% in den Afrikanern eine Bedrohung für die öffentliche Sicherheit.

Mit dem Anstieg an Ausländerfeindlichkeit geht eine Zunahme an Homophobie einher⁴⁶. Beide Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit haben ähnliche strukturelle und gesellschaftspsychologische Ursachen⁴⁷. Das Europäische Parlament definiert Homophobie „als auf Vorurteilen basierende irrationale Furcht vor und Abneigung gegen Homosexualität und Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transsexuelle“ und stuft sie als „ähnlich wie Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus oder Sexismus“ ein⁴⁸. Bezogen auf die Ukraine sind homophobe Einstellungen ebenso wie antisemitische Tendenzen vor allem in der ärmeren und traditionelleren Westukraine verbreitet; in der Ostukraine, auf der Krym und in Kyiv werden sexuelle Minderheiten eher toleriert. Wenn im Jahr 2002 von 1200 Befragten einer ukraineweiten Umfrage 33,8 % gegen gleiche Rechte für Homosexuelle eintraten, waren es 2007 schon 46,7%. Die Zahl derer, die für eine rechtliche Gleichstellung Homosexueller eintrat, fiel zwischen 2002 und 2007 von 42,5% auf 34,1%. Die Ablehnung Homosexueller fand sich dabei gleichermaßen in allen Altersgruppen. Die „International Lesbian and Gay Association“ (ILGA) führt diesen Anstieg der Homophobie in der Ukraine auf die zunehmenden Aktivitäten homophober, zum Teil nationalistischer und religiöser Gruppierungen und auf die Häufung von homophoben Äußerungen von Politikern und Politikerinnen in der Öffentlichkeit und den Massenmedien zurück.⁴⁹ So wurde als Reaktion auf die Bemühungen, die rechtliche Gleichstellung Homosexueller in der ukrainischen Gesetzgebung zu erreichen, im Jahr 2007 die Bewegungen „Ukraine without Perversions“ gegründet, der unter anderen die Bewegungen „Love against Homosexuality“, und verschiedene christlich-fundamentalistische und nationalistische Gruppierungen angehören.

⁴⁵ Panina: Faktory natsionalnoi identichnosti, S. 31.

⁴⁶ Vgl. Kapitel 2.4.

⁴⁷ Über die gesellschaftspsychologischen und kulturellen Bedingungen von Homophobie und Rassismus siehe: Rene Girard: Ausstoßung und Verfolgung. Eine historische Theorie des Sündenbocks.

⁴⁸ European Parliament: Resolution on homophobia.

⁴⁹ ILGA Europe: Submission to the Parliamentary Assembly, S.2.



Abb. 2. „Liebe gegen Homosexualität“ – Losung einer Kundgebung gegen sexuelle Minderheiten.

Auf der Suche nach Gründen für den Anstieg von Xenophobie und Homophobie in der Ukraine stößt man auf verschiedene mehr oder weniger schlüssige Erklärungen. So liegen laut der Soziologin Iryna Kirichenko vom NSI die Gründe für die Zunahme an Xenophobie und Intoleranz zum einen in der Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation seit der Unabhängigkeit 1991, zum anderen hätten die Terroranschläge vom 11. September 2001 weltweit zu einer Verschlechterung der interethnischen Beziehungen und dem Anstieg isolationistischer Stimmungen geführt. Diese letzte Tendenz wird in der Ukraine von den Ergebnissen der Bogardus-Umfragen 1994-2004 (s.o.) bestätigt. Schließlich hat auch die Orangene Revolution im Jahr 2004 nicht nur zu einer Stärkung und Belebung der demokratischen und pro-europäischen Haltungen, sondern auch, wie die Vertreter von mehreren Nichtregierungsorganisationen glauben, zu einer Stärkung der patriotischen und nationalistischen Einstellungen in der ukrainischen Gesellschaft beigetragen. Nationalistische Parteien haben sich rund um die Orangene Koalition konsolidieren und so günstige Rahmenbedingungen für die Verbreitung von rechten Ideen in der Gesellschaft schaffen können. Wie heute deutlich wird, hat die Orangene Revolution keinen wirklichen politischen Elitenwechsel und - was noch entscheidender ist – keine neue politische Kultur der Verantwortung und der Gemeinwesenorientierung mit sich gebracht. Die zentralen Transformationsprobleme von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft wurden mit der Orangenen Revolution nicht gelöst, der verantwortungslose und eigennützig-politische Stil der herrschenden Klasse brachte im Gegenteil noch mehr Verunsicherung und Orientierungslosigkeit für die Bevölkerung mit sich, wodurch die Suche nach einfachen Erklärungen und Schuldzuschreibungen weiter begünstigt wurde.

Fazit

Obwohl der Grad an Xenophobie in der Ukraine nicht höher als in anderen posttotalitären zentral- und osteuropäischen Ländern wie Polen, Ungarn, Slowakei, Rumänien, den baltischen Staaten und viel niedriger als in Russland ist⁵⁰, zeigen die Bogardus-Forschungen insgesamt eine zunehmende

⁵⁰ Zakharov / Yavorsky: Human Rights in Ukraine – 2008, S. 130.

Tendenz zu sozialem Misstrauen und Segregation in der Ukraine. Insbesondere die Einstellung zu den neuen ethnischen Minderheiten aus Asien, Afrika und dem Kaukasus ist äußerst negativ. Das Problem der Xenophobie und der Homophobie wird von Vertretern der Zivilgesellschaft mit Besorgnis wahrgenommen. Ihr Anstieg wird mit der Zunahme von Hate Crime in Verbindung gebracht und kann weitgehende Folgen für den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft haben. Die ungelösten Probleme der post-totalitären Transformation werden für den Anstieg sozialer Distanz innerhalb der ukrainischen Gesellschaft verantwortlich gemacht.

3.2. Hate Speech in den Massenmedien und im öffentlichen Diskurs

Massenmedien spielen eine zentrale Rolle bei der Artikulierung und Verbreitung xenophober Einstellungen in der Gesellschaft. Sie bestimmen den öffentlichen Diskurs und beeinflussen Meinungen und Werte von Lesern, Zuhörern und Zuschauern. Sie spiegeln absichtsvoll oder unbewusst xenophobe, sexistische, nationalistische oder religiöse Vorurteile der Gesellschaft wieder und tragen somit zur Verbreitung von intoleranten Einstellungen bei. Oft mangelt es Journalisten und Redakteuren auch etablierter ukrainischer Medien an der nötigen Professionalität, um die eigene Reproduktion xenophober Stereotypen zu reflektieren oder gar einen kritischen Diskurs in der Öffentlichkeit anzuregen.

Unter dem Begriff Hate Speech versteht man nach der Definition von Amnesty International Ukraine⁵¹ jede Aussage bzw. Aktivität, die nationalen, rassistischen oder religiösen Hass aufstachelt und direkt oder indirekt zu Gewalt, Ausgrenzung und Intoleranz aufruft. Zu Hate Speech zählen abwertende Bezeichnungen und Aussagen über ein Volk, eine Nation oder eine religiöse, sprachliche oder andere soziale Gruppe. Den ukrainischen Massenmedien wird von Seiten internationaler und ukrainischer Menschenrechtsorganisationen in Bezug auf die Berichterstattung über nationale und ethnische Minderheiten regelmäßig die Verwendung von Hate Speech vorgeworfen⁵².

Hate Speech ist keine ausschließliche Besonderheit der ukrainischen „Yellow Press“. Auch die Qualitätsmedien des liberalen Spektrums veröffentlichen Artikel mit diskriminierenden und rassistischen Aussagen und Unterstellungen. So druckte die anerkannte ukrainische Zeitung Zerkalo Tyzhnya unter dem Titel „Kyiv: Paradies für Migranten?“⁵³ einen ausländerfeindlichen Artikel mit Verbrechensstatistiken von Ausländern, der später auf Internetseiten rechtsextremer Gruppen und auf der Homepage von Ukraina Kryminalna veröffentlicht wurde. Ein neueres Beispiel gab die populäre Internetausgabe der Ukrainska Pravda mit einem Artikel von Oleksandr Chalenko über Ukrainer jüdischer Abstammung, in dem der Menschenrechtler Semen Gluzman wegen seiner ethnischen Zugehörigkeit diskreditiert wurde.⁵⁴ Zunehmend werden ethnische Minderheiten und Migranten als Illegale und Asylbewerber dargestellt. Bei ihrer Beschreibung werden Begriffe aus dem Kriminalbereich („Kaukasische Mafia“, „Verbrecherische Zigeuner“, „Asiatische Räubergruppen“) verwendet. Besonders Roma, Krimtataren, Kaukasier, Afrikaner und Asiaten werden im öffentlichen Diskurs mit Diebstahl, Drogenhandel und Krankheitsverbreitung in Verbindung gebracht⁵⁵.

⁵¹ Amnesty International Ukraine: Mova vorozhnechi.

⁵² Vgl. ECRI: Third Report on Ukraine; Zakharov / Yavorsky: Human Rights in Ukraine – 2008; Likhachev 2007a, 2007b, 2008a, 2008b, 2008c, 2008d, 2009.

⁵³ Vedernikowa: Kyiv: raj dla nelegalow?

⁵⁴ Chalenko: Odnako strannye vy, evrei, lyudi. Vgl. dazu auch: Amnesty International Ukraine: Monitoring movy vorozhnechi.

⁵⁵ Vgl. Martynenko: Racism and Xenophobia in Ukraine.



Abb.3. Eine der Hauptquellen antisemitischer Publikationen war bis 2007 die Interregionale Akademie für Personalmanagement (MAUP) – Werbung zum 20 jährigen Bestehen der Akademie in der Kiewer Metro, September 2009.

Die Zahl antisemitischer Publikationen in den Medien war bis Anfang der 2000er Jahren relativ gering. Während der Wahlkampagnen 1998-1999 nahm ihre Zahl zwar zu, war in den Printmedien aber immer noch marginal. 2002-2007 stieg die Anzahl antisemitischer Publikationen deutlich an (s. Tabelle 4), was Experten vor allem auf die Tätigkeit der Interregionalen Akademie für Personalmanagement (Mizhregionalna Akademiya Upravlinnya Personalom – MAUP) zurückführen. Von 2002 bis zu ihrer zeitweiligen Schließung ab Sommer 2007 bis Anfang 2008, galt die Akademie als Hauptquelle für antisemitische Propaganda und veröffentlichte bis zu 90% aller in der Ukraine erschienenen antisemitischer Publikationen in ihren Veröffentlichungen Personal und Personal Plus.

Tabelle 4: Anzahl antisemitischer Publikationen 1992-2007.

Jahr	1992-1993	1994-1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
Zahl der Publikationen	300	200	150	260	200	150	100	179	258	379	661	676	542

Quelle: Likhachev: Antisemitskaja propaganda. Rol MAUP.

Nach der zeitweiligen Schließung der MAUP und ihrer Filialen nahm die Anzahl antisemitischer Publikationen im 1. Jahresviertel 2008 im Vergleich zum Vorjahr um das Zehnfache ab (vgl. Tabelle 5).

Tabelle 5: Anzahl antisemitischer Veröffentlichungen in ukrainischen Printmedien (jeweils im ersten Quartal 2006-2009).

Printmedien	I / 2006	I / 2007	I / 2008	I / 2009
Sa vilnu Ukrainu plus	53	37	8	2
Ukrainska gazeta plus	32	20	1	-
Sota Svobody	-	-	5	9
Informatsiyny byuleten	8	9	3	2
Personal	16	6	-	-
Personal plus	76	68	-	-
Ukrainsky lider	-	-	-	-
Sa Ukrainku Ukrainu	-	32	-	-
Silski visti	3	-	-	-
Krymska svitlytsya	1	-	-	-
Gesamt	189	172	17	13

Quelle: Kongress der nationalen Gemeinden der Ukraine: Kolichestvennye kharakteristiki antisemitskikh publikatsiy.

In den elektronischen Medien wurden Xenophobie und Rassismus lange Zeit nicht thematisiert. Dies lag sowohl an der mangelnden Fachkompetenz vieler ukrainischer TV-Journalisten, als auch an der Zurückhaltung von Vertreter von Minderheitenorganisationen gegenüber den Medien. In jüngster Zeit bieten einige ukrainische Sender mit den populären Fernsehshows „Shuster Live“ auf „TRK-Ukraine“ bzw. „Svoboda Slova“ (Redefreiheit) auf dem Kanal „Inter“ Plattformen an, wo Themen wie Xenophobie, Homophobie, Rassismus und Neofaschismus unter Einbeziehung von Experten, Politikern und der Öffentlichkeit diskutiert werden⁵⁶. Die Internetseiten dieser Sender werden allerdings auch von rechtsextremen Organisationen und Einzelpersonen genutzt, die regelmäßig nach solchen Sendungen deren einseitige Berichterstattung beanstanden und die Internetforen der Sender zu Zwecken ihrer eigenen Propaganda – häufig wiederum unter Verwendung von Hate Speech - nutzen⁵⁷.

Die zentrale Plattform für die Verbreitung xenophober Ideen ist derzeit das Internet. Vom Jahr 2000 bis April 2009 stieg die Anzahl der Internetnutzer in der Ukraine nach Einschätzung von Internetworldstats⁵⁸ von 0,4% auf ca. 20%. Nach Angaben der Marketingagentur InMind ist die Mehrheit der ukrainischen Internetnutzer jung (22 bis 45 Jahren), gut ausgebildet, sozial aktiv, mit überdurchschnittlichem Einkommen ausgestattet und stellt somit den Kern der ukrainischen

⁵⁶ Vgl. Shuster Live: Ugrozhaet li Ukraine neofashism?

⁵⁷ Vgl. Korrespondent.net: Protiv Savika Schustera hotjat vosbuditi ugolovnoe delo.

⁵⁸ Vgl. Internetworldstats: Internet Usage in Europe.

Mittelschicht dar.⁵⁹ Die Unkontrollierbarkeit und fehlende Zensur des Internets werden zunehmend von rechten Gruppen in der Ukraine genutzt. Es gibt etwa dreißig ukrainische Homepages und rechte Portale mit neonazistischem und ultranationalistischem Inhalt und zum Teil „besorgniserregend hohen Besucherzahlen“.⁶⁰ Der Sicherheitsdienst SBU hat für die letzten zwei Jahre einen Rückgang bei der Werbung für rechtradikale Ideen und Aktionen per Flugblatt und Plakate verzeichnet und dafür eine deutliche Zunahme der rechtsextremen Internetpräsenz.⁶¹ Außerdem wird fast jeder Online-Artikel über Xenophobie, Homophobie und Antisemitismus von rechten Internetnutzern kommentiert⁶².

Hate Speech existiert nicht nur im öffentlichen, sondern auch im offiziellen Diskurs einiger hochrangiger ukrainischer Politiker. Im Juli 2009 äußerte sich der Bürgermeister von Uzhhorod Sergiy Ratushnyak in antisemitischer Weise gegenüber dem Präsidentschaftskandidaten Arseniy Yatsenyuk, weswegen gegen ihn ein Strafverfahren nach Artikel 296 (Hooliganismus), Artikel 365 (Amtsmissbrauch) und Artikel 161 des Strafgesetzbuches eingeleitet wurde. Nach der Erklärung von Ratushnyaks Kandidatur für die Präsidentschaftswahl 2010, hat die jüdische Gemeinde eine Protestnote an die Zentrale Wahlkommission gerichtet – allerdings ohne Resultat. Auch Innenminister Yuriy Lutsenko ist für politisch unkorrekte Aussagen bekannt. Am 6. April 2009 hat er die ukrainische Politik mit einer „armenischen Banja“ verglichen und musste sich dafür beim armenischen Botschafter entschuldigen. Schon am 15. Juli 2008 verletzte Lutsenko mit einer Rede gegen illegale Migration, die er mit den Worten „Sie können mich für einen Rassisten halten“ begann⁶³, die gesellschaftlichen Normen. Auch Präsident Viktor Yushchenko äußert sich öffentlich in diskriminierender Weise – so hat er am 14. April 2009 seinen Assistenten öffentlich „Moldavier“ genannt (im Sinne von dumme, unfähige Person) und musste sich dafür später entschuldigen.

Diese Beispiele zeigen, dass Stereotypen und Vorurteile gegenüber anderen Nationen und ethnischen Gruppen im gesellschaftlichen Bewusstsein gefestigt sind. Die Verwendung von Hate Speech im öffentlichen und offiziellen Diskurs trägt zu ihrer Verbreitung und Legitimierung innerhalb der Mehrheitsbevölkerung wesentlich bei.

Die ukrainischen Gesetze bieten eine Reihe von Möglichkeiten zur Verfolgung von Hate Speech. Die Propagierung rassistischen, ethnischen oder religiösen Hasses wird im Informationsgesetz (1992) in Artikel 46, im Pressegesetz (1992) in Artikel 3, im Gesetz „Über Verlagswesen“ in Artikel 28 und im Gesetz „Über Fernsehen und Radio“ (1993) in Artikel 4 verboten. In der Praxis werden diese Möglichkeiten jedoch selten mit Erfolg angewendet. So scheiterte im Jahr 2004 das von einem Kyiver Bezirksgericht angeordnete Verbot der Zeitung Silski Visti am Widerspruch der übergeordneten Instanzen. Auch der Versuch, die Herausgeber von Nashe Delo aus Odesa wegen der Veröffentlichung eines antisemitischen Artikels im Jahr 2007 nach Artikel 161 zu verurteilen wurde - nach einer Entschuldigung der Beschuldigten - eingestellt. Erst im Jahr 2009 wurde die Zeitung wegen neuerlicher antisemitischer Veröffentlichungen auf Grund einer Klage von Seiten des ukrainischen

⁵⁹ Vgl. InMind: Tri chetverti naibolee aktivnykh internet-pol'sovatelej Ukrainy stali priverzencami social'nykh Setej.

⁶⁰ Martynenko: Racism and Xenophobia in Ukraine.

⁶¹ Interview mit einem Extremismusexperten des SBU im September 2009 in Kyiv.

⁶² Vgl. Korrespondent.net: Gay-Forum Ukrainy. Ibid.: Yushchenko – evreyam. Ibid.: Protiv Savika Shustera hotyat vobzudit ugovnoye delo. Telekrytyka: Ot antifashizma k antisemitizmu.

⁶³ Kommersant: Kievskaya militsiya otchitalas napolovinu.

Sicherheitsdiensts SBU nach Artikel 161 verurteilt.⁶⁴ Das einzige staatliche Organ, das fremdenfeindliche Ausdrücke in den Medien kontrolliert und reguliert, ist die Nationale Expertenkommission für den Schutz der öffentlichen Moral. So hat die Expertenkommission am 17. Juli 2009 auf Anfrage des Sicherheitsdiensts der Ukraine einige Artikel der Webseite www.rupor.info und Bücher der Autoren A. Shirohorad «Tajna istorija Ukrainy» (Geheime Geschichte der Ukraine) und V. Putyatin „Zhisn, istorija i dannost“ (Leben, Geschichte und Realität) wegen Propagierung von Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus indiziert⁶⁵. Jedoch ist ihre Wirksamkeit aufgrund des spontanen und schwerkontrollierbaren Charakters des Internets sehr begrenzt.

Neben den Möglichkeiten der strafrechtlichen Verfolgung gibt es eine Reihe von Selbstverpflichtungen von Seiten ukrainischer Journalistenverbände bzw. der ukrainischen Regierung zur Eindämmung von Hate Speech: Auf staatliche Initiative unterzeichneten am 19. März 2009 die Expertenkommission zum Schutz der öffentlichen Moral, der Nationalrat für Fernsehen und Rundfunk und führende TV-Sender eine Charta mit der Verpflichtung, keine fremdenfeindlichen, antisemitischen, faschistischen, rassistischen, antiukrainischen und andere „amoralische“ Inhalte zu senden.

Bereits im Februar 2009 veröffentlichte das Innenministerium eine Empfehlung an alle regionalen Milizposten, von der Veröffentlichung von Informationen über die ethnische Zugehörigkeit von Straftätern und Verdächtigen abzusehen. Mit dem Ziel der Vermeidung von Hate Speech in den Medien sollten die dem Innenministerium unterstellten Einrichtungen sich auf die Verwendung der Bezeichnung „Staatsbürger der Ukraine“ bzw. „kein Staatsbürger der Ukraine“ beschränken.

Eine Initiative mit demselben Zweck wurde bereits 2001 mit der Verabschiedung der „Deklaration über Grundprinzipien der journalistischen Tätigkeit in multiethnischen Gemeinden“ unternommen. Die Deklaration untersagt u.a. die Nennung der ethnischen oder religiösen Zugehörigkeit von Personen in der Medienberichterstattung. Für die Einhaltung der in der Deklaration genannten Selbstverpflichtungen ist die Kommission für Fragen der journalistischen Ethik⁶⁶ zuständig - ihre Entscheidungen haben allerdings nur empfehlenden Charakter.

Die Zivilgesellschaft beginnt erst langsam ein Monitoring von Hate Speech aufzubauen. Erwähnenswert sind die Aktivitäten von ukrainischen Nichtregierungsorganisationen wie des Social Action Centre - No Border Project sowie der Organisation Integratsiya i Rozvytoky, des Congress of National Communities of Ukraine (KNGU) und des Centre for Middle East Studies. Auch das ukrainische Büro von Amnesty International dokumentiert vereinzelte Beispiele von Hate Speech auf dem Internetportal www.xenodocuments.org.ua. Diese Monitoringversuche sind jedoch meistens entweder regional oder auf bestimmte Zielgruppen beschränkt.

⁶⁴ Vgl. Kapitel 1.2.

⁶⁵ Vgl. Telekrytyka: Moralisty vyznaly. Antisemitizmu.net: Na Ukraine zapretyat rasprostranyat antisemitskuyu.

⁶⁶ S. Komisija z journalistkoi etyky, <http://www.cje.org.ua>.

Fazit

Hate Speech ist sowohl im Mediendiskurs, als auch – in Form von diskriminierenden Äußerungen – im offiziellen Diskurs der Ukraine verbreitet. Die zeitweilige Schließung der Interregionalen Akademie für Personalmanagement (MAUP) im Jahr 2007 hat wesentlich zum Rückgang antisemitischer Publikationen in der Ukraine geführt. Während die elektronischen Medien sich zur Einhaltung von Standards der journalistischen Ethik verpflichtet haben und langsam ein Prozess der kritischen Reflexion von Xenophobie und Homophobie auch in einzelnen Fernsehsendungen (populäre Talk Shows, Expertenrunden) einsetzt, ist vor allem im Internet eine Zunahme an Hate Speech zu beobachten. Der von Menschenrechtlern beobachtete zeitliche und lokale Zusammenhang von veröffentlichter Hate Speech und Vorfällen von Hate Crime gibt Grund zu Besorgnis. Unter den Empfehlungen von ECRI⁶⁷ an die ukrainische Regierung findet sich daher auch die Gründung einer unabhängigen Medienbeschwerdestelle sowie eine bessere Ausbildung ukrainischer Journalisten und Redakteure in Hinblick auf journalistische Ethik und interethnische Aspekte bei der Berichterstattung.

⁶⁷ ECRI: Third report on Ukraine, S. 27.

3.3. Tätergruppen

Die vorliegenden statistischen Daten aus den unabhängigen Monitoringberichten geben keinen systematischen Aufschluss über die Zugehörigkeit der angeklagten bzw. verurteilten Hate Crime Verbrecher zu rechtsextremen Organisationen in der Ukraine. Zeugen von Hate Crime Fällen geben aber immer wieder Hinweise auf Kleidung, Verhalten und Symbole der Täter, die für die rechte Szene typisch sind und die auf die Zugehörigkeit der Täter zu rechten Organisationen hinweisen. Der Congress of National Communities of Ukraine (KNGU) hat, basierend auf Medienberichten, Zeugenaussagen und Polizeiberichten, zusammengestellt, dass im Jahr 2007 von 43 berichteten Hate Crime Fällen 14 Mal Skinheadgruppen als Täter identifiziert wurden, im Jahr 2008 wurden bei 66 Fällen 15 Mal Skinheadgruppen genannt, in der ersten Jahreshälfte 2009 wurden von 19 berichteten Fällen einer mit einer Skinheadgruppe in Verbindung gebracht.⁶⁸

Mitarbeiter von Menschenrechtsorganisationen berichten, dass es im Umfeld von öffentlichen Aktionen rechtsextremer Gruppen verstärkt zu Überfällen mit Hate Crime Charakter kommt. Beispielhaft dafür ist ein Vorfall aus Chernihiv, wo die rechte Szene besonders aktiv ist und regelmäßig mit Aufmärschen, Konzerten, rechten Graffiti und Kundgebungen in Erscheinung tritt. Dort kam es im Sommer 2009 nach einer rechtsextremen Massenkundgebung zu einem Überfall auf einen jungen Mann aus Tschetschenien, der sich zufällig in der Gegend der Kundgebung aufhielt. Er wurde von den Tätern als „Schwarzer“ beschimpft und schwer verletzt.



Abb.4. Büro des Chernihiv Human Rights Committee mit rassistischer Graffiti („zakhisnikam immigrantiv ganba“ - Schande den Verteidigern von Immigranten), Oktober 2009.

⁶⁸ Likhachev 2007a, 2007b, 2008a, 2008b, 2008c, 2008d, 2009.

Die Täter wurden zu einer Haftstrafe von 5 Jahren verurteilt, die zur Bewährung ausgesetzt wurde. Die Verurteilung erfolgte nicht nach Artikel 161. Die Täter waren zwar keine organisierten Aktivisten der rechten Szene Chernihivs, hatten aber an der rechten Veranstaltung teilgenommen, sind damit dem sympathisierenden, gewaltbereiten Umfeld zuzuordnen und von der Kundgebung zu ihrem Verbrechen angeregt worden.⁶⁹ Diese Beobachtungen werden von Experten des Innenministeriums und des Sicherheitsdiensts SBU bestätigt, die davon ausgehen, dass Hate Crime häufig von situativen Zusammenschlüssen von Tätern verübt werden, die dem Umfeld der rechtsextremen Szene zuzuordnen sind.⁷⁰

Während Innenminister Yuriy Lutsenko noch im April 2008 von ca. 500 Mitgliedern der rechtsextremen Szene in der Ukraine ausging⁷¹, schätzt Vyacheslav Likhachev die Zahl der Mitglieder von rechten Skinhead-Gruppen auf ca. 2000⁷². Damit ist sie gemessen an der Gesamtbevölkerung der Ukraine von 46 Mio. Menschen zahlenmäßig bedeutend kleiner als in der Russischen Föderation, wo nach Schätzungen von Extremismusforschern unter einer Bevölkerung von 141 Mio. zwischen 20.000 und 70.000 organisierte Skinheads aktiv sind⁷³ oder in der Bundesrepublik Deutschland, wo nach Angaben des Bundesverfassungsschutzes für 2008 9.500 Personen zur gewaltbereiten Rechtsextremistenszene (ohne Parteimitglieder) gezählt wurden.⁷⁴

Die Mitglieder der ukrainischen Skinheadgruppen sind in der Regel zwischen 14 und 27 Jahren alt und meist arbeitslose männliche Jugendliche oder junge Männer mit niedrigem Einkommen. Sie pflegen den typischen Kleidungsstil der europäischen Skinheadszenen (schwarze Bomberjacken, Camouflage-Hosen, Springerstiefel), haben kurz geschorene Haare oder Glatzen, tragen Nazi-Symbolik auf Haut oder Kleidung und hören Musik von neonazistischen Gruppen wie der 1998 gegründeten ukrainischen Metal Band „Sokyra Peruna“ (Peruns Axt). Regional sind rechtsextreme Gruppen vor allem in Kyiv, Dnipropetrovsk, Zaporizhzhya, Lviv, Sevastopol, Chernihiv und der Autonomen Republik Krym aktiv.⁷⁵ Der Ukrainische Geheimdienst SBU beobachtet außerdem auch Skinheadgruppen in Odesa, Yalta, Kharkiv, Kherson, Sumy, Donetsk, Vinnytsya und Zhytomyr und spricht von ca. zehn voneinander unabhängigen Gruppierungen allein in Kyiv. Da auch viele Fußballfans mit der Skinheadszenen sympathisieren und eine Trennlinie zwischen diesen schwer zu ziehen ist, ist es schwer, endgültige Aussagen über die Anzahl der in der Ukraine aktiven Skinheadgruppen zu machen.

Die mitgliederstärksten und aktivsten Skinheadorganisationen in der Ukraine sind die ukrainische Abteilung von Blood & Honour und Patriot der Ukraine. Die verbotene, international tätige Organisation Blood & Honour, die sich in der Ukraine auch „Combat 18“ nach dem ersten und achten Buchstaben des lateinischen Alphabets nennt, hat nach inoffiziellen Angaben in der Ukraine mehr als 1000 Mitglieder. Auf ihrer Webseite gibt Blood & Honour Vernetzungen mit anderen osteuropäischen sowie den britischen, amerikanischen, griechischen und holländischen Abteilungen von Blood & Honour sowie mit der Ukrainischen Nationalen Arbeiterpartei (Ukrainska Natsional-Trudova Partiya -

⁶⁹ Gespräch mit Viktor Tarasov vom Chernihiver Human Rights Committee im September 2009.

⁷⁰ Interview mit Mitarbeitern von SBU und Innenministerium im September 2009 in Kyiv

⁷¹ Martynenko: Racism and Xenophobia in Ukraine.

⁷² Umland / Shekhovtsov: Right-Radical Party Politics.

⁷³ Ibd.

⁷⁴ Bundesamt für Verfassungsschutz: Zahlen und Fakten zum Rechtsextremismus in Deutschland.

⁷⁵ Kharkiv Human Rights Group: Rasizm i ksenofobija v Ukraini, S.8.

UNTP) an. Ideologische Texte weisen die Organisation als antidemokratisch, antisemitisch und rassistisch aus. Die 2005 in Kharkiv gegründete paramilitärisch ausgerichtete Organisation Patriot der Ukraine hat nach eigenen Angaben ukraineweit ca. 1000 Mitglieder in achtzehn regionalen Abteilungen. Patriot der Ukraine ist ebenso wie die Allukrainische Union „Freiheit“ (Vseukrainske Obyednannya „Svoboda“) (s.u.) aus der 1995 gegründeten Sozial-Nationalen Partei der Ukraine (Sotsial-Natsionalna Partiya Ukrainy - SNPU) hervorgegangen. Sie hat sich die „Vernetzung weißer Rassisten in Europa“ zum Ziel gemacht und wirbt mit der Losung „Ukraine den Ukrainern“. Patriot der Ukraine kooperiert mit der Partei Svoboda und organisiert neben Demonstrationen und Fackelmärschen auch paramilitärische Trainings. Im Dezember 2009 organisierte Patriot der Ukraine einen Marsch gegen Ausländerkriminalität in Kharkiv, an dem mehrere hundert Personen teilnahmen und über den auch im städtischen Fernsehen berichtet wurde. Die Webseite der Organisation dokumentiert diese und andere Aktivitäten durch youtube-Aufnahmen. Medienberichte über die Organisation und Interviews mit ihren Aktivisten durch das örtliche Fernsehen sind ebenfalls über die Webseite der Organisation einsichtig.



Abb.5. Die Miliz geht gegen eine rechtsextreme Kundgebung vor.

Neben Patriot der Ukraine und Blood & Honour sind eine Reihe weiterer Skinheadorganisationen bekannt, die Petrovsk Tigers, Dozor-88 – beide mit jeweils ca. 170 Mitgliedern, White Power – Skinhead Spectrum, und die mit diesen in Verbindung stehende extremistische Sekte World Church of the Creator Ruthenia. Alle genannten Organisationen haben eigene Webseiten.

Über die finanzielle Unterstützung der ukrainischen Skinheadbewegung ist wenig Konkretes bekannt. Belegt ist allerdings eine enge organisatorische Anbindung an internationale und vor allem an russische rechtsextreme Gruppierungen. In Lviv, Chernihiv und Kharkiv finden regelmäßig rechte Musikfestivals statt, die von russischen und ukrainischen Rechtsextremen gemeinsam ausgerichtet werden und von der Ukrainischen Nationalen Arbeiterpartei (UNTP) gefördert werden. Faschistische

Literatur, DVDs und CDs mit rechtsextremen Inhalten werden von russischen rechten Gruppen für den Gebrauch in der Ukraine erstellt, Märsche und Kundgebungen werden häufig von ukrainischen und russischen rechten Gruppen gemeinsam durchgeführt.⁷⁶

Ukrainische Beobachter der rechten Szene vermuten neben den ideologischen und organisatorischen Gemeinsamkeiten zwischen der ukrainischen und der russischen Rechten auch eine Förderung der rechtsextremen Szene der Ukraine durch Russland auf der politischen und geheimdienstlichen Ebene mit dem Ziel, die Ukraine international als nationalistisch und faschistisch zu diskreditieren.

Die rechte politische Szene in der Ukraine besteht aus einer Vielzahl kleiner Parteien, Bewegungen und Gruppierungen, die zum Teil in gemeinsamen Wahlbündnissen oder in Listenverbindungen mit den etablierten Parteien bei den ukrainischen Parlaments- und Regionalwahlen antreten. Die erfolgreichsten rechten Parteien bei den letzten drei Parlamentswahlen in den Jahren 2002, 2006 und 2007 waren die Progressive Sozialistische Partei der Ukraine (Progresywna Sotsialistychna Partiya Ukrainy - PSPU) von Natalya Vitrenko, die Allukrainische Union „Svoboda“ von Oleg Tyagnybok und die von Dmytro Korchynskyy mitbegründete Ukrainischen Nationalversammlung (Ukrainska Natsionalna Asambleya - UNA).

Tabelle 6: Wahlergebnisse rechtsextremistischer Parteien bei den ukrainischen Parlamentswahlen 2002 – 2007.

	PSPU	Swoboda	UNA
2002	3,22%	-	0,04%
2006	2,93%	0,36%	0,06%
2007	1,32%	0,76%	-

Quelle: Umland / Shekhovtsov: Right-Radical Party Politics.

Die Progressive Sozialistische Partei der Ukraine (PSPU) ist nach ihrem Wirtschaftsprogramm zwar dem linken ideologischen Spektrum zuzuordnen, vertritt politisch aber panslawistisch-nationalistische und antiwestliche Positionen.⁷⁷ Unter der Führung von Natalya Vitrenko erzielte die Partei bei den Parlamentswahlen 1998 4,04% und konnte damit ins Parlament einziehen. Bei den Präsidentschaftswahlen 1999 erhielt Natalya Vitrenko 10,97% der Stimmen und machte damit den vierten Platz. Nach diesem Wahlerfolg Vitrenkos bildete die PSPU zusammen mit einer weiteren rechtsgerichteten Partei den „Block Natalya Vitrenko“, der bei den folgenden Parlamentswahlen der Jahre 2002, 2006 und 2007 selbst in Listenverbindungen mit anderen kleineren Parteien allerdings nicht wieder ins Parlament einziehen konnte. Bei den Präsidentschaftswahlen 2010 kandidierte Vitrenko nicht.

⁷⁶ Zum Verhältnis des ukrainischen und russischen politischen Rechtsextremismus und zu den ideologischen Gemeinsamkeiten und Widersprüchen vgl. auch: Dymerskaya-Tsigelman / Finberg: Antisemitism of the Ukrainian Radical Nationalists: Ideology and Policy in Global Research, December 17, 2004. Umland / Shekhovtsov: Right Radical-Party Politics. Taras Kuzio: Theoretical and Comparative Perspectives on Nationalism.

⁷⁷ Umland / Shekhovtsov: Right-Radical Party Politics.

Die von Oleg Tyagnybok angeführte Svoboda ist aus einer Umbenennung der 1995 gegründeten Sozial-Nationalen Partei der Ukraine (SNPU) hervorgegangen, wird oft mit der deutschen NPD verglichen und hetzt gegen Russen, Juden und illegale Migranten. Die Partei konnte ihr Ergebnis bei den Parlamentswahlen 2007 im Vergleich zu 2006 von 0,36% auf 0,76% verdoppeln und erzielte bei den Kommunalwahlen 2009 in der Region Ternopil mit 34,4% einen auch internationales Aufsehen erregenden Erfolg. Ihr Vorsitzender Oleh Tyagnybok trat bei den Präsidentschaftswahlen 2010 an und erreichte mit 1,43% der Wählerstimmen den achten Platz unter 18 Kandidaten, die zur Wahl standen. Svoboda war bis 2004 Mitglied im Wahlblock von Präsident Yushchenko Unsere Ukraine, Tyagnybok selbst wurde im Juli 2004 aufgrund von antisemitischen und russophoben Äußerungen aus der Parlamentsfraktion von Unsere Ukraine ausgeschlossen.

Die 1990 von Dmytro Korchymskyi in Lviv gegründete Ukrainische Nationalversammlung (UNA) ist mit 8000 Mitgliedern⁷⁸ die größte nationalistische Partei in der Ukraine und seit ihrer Gründung für ihre nationalistische und antisemitische Ideologie bekannt. Nach mehreren Straßenschlachten mit russischen Nationalisten in Kyiv und auf der Krym wurde 1991 ein paramilitärischer Flügel der Partei – die Ukrainische Nationale Selbstverteidigung (Ukrainska Narodna Samooborona – UNSO) – ins Leben gerufen, die an den kriegerischen Konflikten in Transnistrien (gegen Moldavien), Georgien (gegen die abchasischen Separatisten) und im ersten Tschetschenienkrieg (gegen die russische Armee) teilnahm. 1994 konnte die Partei einen Vertreter ins ukrainische Parlament entsenden, bei den Parlamentswahlen 1998 verfehlte sie mit einem Wahlergebnis von nur 0,39% den Einzug ins Parlament. Auch bei den Wahlen 2002 und 2006 verfehlte die Partei mit 0,04 % und 0,06 % den Einzug ins Parlament, im Jahr 2007 trat sie bei den Parlamentswahlen nicht mehr an. Ihr Gründer und jahrelanger Vorsitzender Dmytro Korchymskyi verließ 1997 die Partei und gründete die nationalistische Partei Bratstvo (Bruderschaft) – mit Beziehungen zum Kreml und zur orthodoxen Kirche. Bratstvo bzw. eine von Bratstvo organisierte Skinheadgruppe wird außerdem mit dem Überfall auf die Kyiver Synagoge 2002 – einem der ersten Skinheadvorfälle in der Ukraine – in Verbindung gebracht. Gegenüber der Presse gibt Korchymskyi die Mitgliederzahl von Bratstvo mit „einigen Hundert“ an, über die genaue Mitgliederzahl liegen – wie bei den meisten der rechten Splitterparteien - keine eindeutigen Angaben vor.

Der in den letzten Jahren zu beobachtende Anstieg an xenophoben Einstellungen in der ukrainischen Bevölkerung spiegelt sich bislang nicht in der Zusammensetzung des ukrainischen Parlaments wieder. Die „relative Bedeutungslosigkeit radikaler nationalistischer Parteien in der Politik der Ukraine“⁷⁹, die Paul Kubicek bereits in den 1990er Jahren konstatierte, gilt auch heute noch: Antidemokratische Parteien sind nun bereits seit vielen Jahren nicht mehr im ukrainischen Parlament vertreten. Angesichts der niedrigen Eingangsbarriere von 3% zum ukrainischen Einkammerparlament und der tiefen wirtschaftlichen und politischen Krise der Ukraine kann man diese „elektorale Impotenz des organisierten ukrainischen radikalen politischen Antiliberalismus“ mit Andreas Umland als erstaunlich bezeichnen.⁸⁰

Hier ist allerdings anzumerken, dass die Praxis der Integration rechtsextremer Abgeordneter oder ganzer Parteien in liberale Wahlblöcke, darauf hindeutet, dass „die Politik den Rechten nicht den

⁷⁸ McGregor: Radical Ukrainian Nationalism.

⁷⁹ Umland: Die andere Anomalie der Ukraine, S.7.

⁸⁰ Umland: Die andere Anomalie der Ukraine, S.8.

Kampf ansagt, sondern sie im anhaltenden Wahlkampf für sich mobilisiert“⁸¹. So gehört z.B. der Kongress Ukrainischer Nationalisten zum Wahlblock „Unsere Ukraine“ und das pro-Kuchma Lager scheute sich 2004 nicht, die nationalistischen Parteien Narodny Rukh Ukrainy, UNA - UNSO und Bratstvo für sich zu mobilisieren.

Fazit

Im europäischen Vergleich ist die rechte Szene in der Ukraine mit ca. 2000 Mitgliedern (ohne Parteimitglieder) nicht sehr stark entwickelt. Gewaltbereite Teile der rechten Bewegung sind nach Monitoringberichten allerdings in einen erheblichen Anteil der belegten Hate Crime Fälle verwickelt. Die Szene ist international und – trotz einiger ideologischer Differenzen – auch mit russischen rechten Gruppen gut vernetzt. Bemerkenswert und beunruhigend sind die zunehmende Internetpräsenz rechter Gruppen und die Verbreitung rechter Ideologien unter gewaltbereiten Jugendlichen. Die politische rechte Szene ist in eine Vielzahl von rechten Splittergruppen und Kleinparteien aufgeteilt, die in Wahlbündnissen untereinander und mit etablierten Parteien an Kommunal- und Regionalwahlen teilnehmen ohne in den Parlamenten bisher eine nennenswerte Präsenz zu gewinnen.

⁸¹ Zimmer / van Praagh: Fremdenfeindlichkeit in der Ukraine, S.2.

3.4. Opfergruppen

Die von ODHIR entwickelte Hate Crime Definition bezeichnet Hate Crime als ein Verbrechen gegen Personen oder Eigentum, bei dem die Opfer auf Grund ihrer tatsächlichen oder vermuteten Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gruppe ausgewählt werden. Die Gruppe definiert sich durch Rasse, nationale oder ethnische Herkunft, Sprache, Hautfarbe, Religion, Geschlecht, Alter, psychische oder physische Behinderung, sexuelle Orientierung oder andere ähnliche Faktoren.⁸² In jeder Gesellschaft sind es andere Gruppen, die zu Opfern von Hate Crime werden können, abhängig von der geschichtlichen, politischen und konfessionellen Entwicklung des Landes und von der Entwicklung von Toleranz und Offenheit gegenüber den verschiedenen Minderheiten. In der Ukraine sind Hate Crime Fälle in erster Linie gegen Roma, Krimtataren, Juden, Asylbewerber, ausländische Studierende, aber auch Touristen und Geschäftsleute aus Afrika, Asien und dem Kaukasus und gegen LGBT (Lesbian- Gay-Bisexual-Transgender) belegt.

Da weder das Innenministerium noch der ukrainische Geheimdienst oder die Staatsanwaltschaft eine Statistik über Hate Crime führen, kann derzeit niemand ein verlässliches Bild über das Ausmaß des Problems in der Ukraine zeichnen. In Ermangelung belastbarer und landesweit nach übereinstimmenden Kriterien von staatlicher Seite erfasster Daten bezieht sich die folgende Darstellung der Hate Crime Opfergruppen auf die in den vergangenen Jahren von nichtstaatlicher Seite zusammengestellten Übersichten.

Einer Zusammenstellung des Congress of National Communities in Ukraine (KNGU) zufolge wurden in der Ukraine im Jahr 2006 14 Fälle von Hate Crime begangen, zwei davon mit tödlichem Ausgang. Im Jahr 2007 87 Fälle, davon 6 mit tödlichem Ausgang, im Jahr 2008 83, davon vier mit tödlichem Ausgang und in den ersten sechs Monaten des Jahres 2009 32 Fälle, darunter einer mit tödlichem Ausgang. Diese Zahlen sind äußerst konservative Angaben, die nur Fälle beinhalten, in denen nach den vorliegenden Informationen eindeutig davon ausgegangen werden kann, dass das Verbrechen auf Grund der Zugehörigkeit des Opfers zu einer der oben genannten Gruppen begangen wurde.⁸³ Likhachev teilt die Opfergruppen in „alte Minderheiten“ d.h. ethnische oder religiöse Minderheiten, die sich seit Jahrhunderten in der Ukraine aufhalten wie Juden, Krimtataren und Roma und „neue Minderheiten“ zu denen er ausländische Studierende, Geschäftsleute, Touristen, Diplomaten und Flüchtlinge vor allem aus Asien, Afrika, dem Kaukasus und dem Nahen und Mittleren Osten zählt. Die Lage der Mitglieder der „neuen“ Opfergruppen schätzt Likhachev als schwieriger ein, als die der ethnischen Minderheiten, die schon seit Jahrhunderten in der Ukraine beheimatet sind. Sie werden laut Monitoring des KNGU weit häufiger als letztere zu Opfern von Hate Crime. Eine Auswertung der für 2007, 2008 und die erste Jahreshälfte von 2009 vorliegenden Daten des KNGU ergibt, dass die größte Opfergruppe Personen aus Afrika ausmachen (2007: 23, 2008: 36, 2009: 7) gefolgt von Personen asiatischer Herkunft (2007: 11, 2008: 20, 2009: 4) und Personen aus dem Nahen und

⁸² OSCE-ODIHR: Challenges and Responses to Hate-Motivated Incidents in the OSCE Region, S.7.

⁸³ Likhachev: Nasilie na pochve nenavisti v Ukraine v 2008 g., S.3.

Mittleren Osten (2007: 11, 2008: 10, 2009: 3). Die überwiegende Mehrheit der Opfer sind Männer (2007: 56 Männer, 8 Frauen; 2008: 88 Männer, 5 Frauen; 2009: 20 Männer, 0 Frauen). Studierende sind unter den Opfern von Hate Crime überdurchschnittlich häufig vertreten (2007: 18; 2008: 30; 2009: 6) gefolgt von Flüchtlingen. Hierbei muss allerdings berücksichtigt werden, dass die Dunkelziffer von Hate Crime Überfällen unter illegalen Flüchtlingen sehr hoch sein kann und ausländische Studierende mit einem legalen Status einen Hate Crime Überfall eher zur Anzeige bringen werden. Überfälle auf Mitglieder von Antifa Gruppen werden in das Monitoring des KNGU laut Eigenauskunft nicht einbezogen, treten aber zunehmend häufiger auf. Aufsehen erregte eine gewalttätige Auseinandersetzung zwischen organisierten Rechten und Mitgliedern von Antifagruppen am 17. April 2009 in Odesa, bei denen der rechte Jugendliche Maksym Chaika tödliche Messerwunden davon trug. Am 10. Juni 2009 wurden acht Studierende in Kharkiv von einer etwa 15köpfigen Gruppe rechter Jugendlicher mit den Rufen „Tod der Antifa“ überfallen. Regional treten Fälle von Hate Crime laut den Daten des KNGU am häufigsten in Kyiv auf, mit Abstand gefolgt von Ternopil (hier vor allem im Wohnheim für ausländische Studierende), Lviv, Kharkiv (auch hier im Wohnheim für ausländische Studierende), Odesa (Griechischer Platz und Stadtpark), Dnipropetrovsk und Simferopol.⁸⁴

3.4.1. Roma

Während offizielle Statistiken nur 47.000 offiziell registrierte Roma in der Ukraine ausweisen, leben nach Schätzungen von Romaorganisationen etwa 400.000 Roma unter den 48 Mio. Ukrainern. Historisch bedingt gehören die Roma zu den ärmsten, am meisten marginalisierten und am wenigsten integrierten Bevölkerungsgruppen des Landes. Romaorganisationen geben die Analphabetenrate unter Roma mit 68% an, nur 2% haben eine höhere Ausbildung, 38% der Roma haben Arbeit, allerdings nur 28% in Vollzeit.⁸⁵ Der Großteil der ukrainischen Roma lebt unter äußerst ärmlichen Bedingungen, häufig ohne Elektrizität, fließendem Wasser und Zugang zu öffentlicher Infrastruktur. Mangelernährung und Infektionskrankheiten treten erheblich häufiger auf als beim Rest der Bevölkerung. Ein nationales Programm zur sozialen und kulturellen Wiederbelebung der Roma, das von 2002 bis 2006 durchgeführt wurde, hatte auf Grund zu geringer finanzieller Ausstattung (14.800 €) nur begrenzte Wirkung. Sozialprogramme zur Integration und Ausbildung von Roma, wie sie in Ungarn und Rumänien gestartet wurden, werden von Menschenrechtsorganisationen für die ukrainischen Roma dringend eingefordert. Kritisiert wird, dass die Ukraine sich bislang der „Decade of Roma Inclusion 2005-2015“, einer Initiative verschiedener südosteuropäischer Staaten zur Verbesserung der Situation der Roma, noch nicht angeschlossen hat. Soziologische Umfragen zeigen, dass Vorurteile und die soziale Distanz der Mehrheitsbevölkerung gegenüber den Roma größer sind als gegenüber allen anderen ethnischen Minderheiten in der Ukraine und dass Roma vom Großteil der Befragten als nicht zur eigenen Gesellschaft zugehörig wahrgenommen werden.⁸⁶

⁸⁴ Likhachev 2007a, 2007b, 2008a, 2008b, 2008c, 2008d, 2009.

⁸⁵ ECRI: Third Report on Ukraine, S.18-24.

⁸⁶ Zakharov / Yavorsky: Human Rights in Ukraine - 2008, S. 133. Vgl. auch Kapitel 2.1.



Abb.6. Roma Mädchen steht nach Wasser an, Beregovo September 2008.

Besonders problematisch bleibt die Beziehung zwischen Roma und den Strafverfolgungsbehörden in der Ukraine. ECRI und lokale Menschenrechtsorganisationen berichten von willkürlichen Festnahmen von Roma durch Polizeimitarbeiter und von Fällen, in denen für ungelöste Kriminalfälle beliebige einzelne Roma verantwortlich gemacht werden. Anzeigen von Straftaten, die gegen Roma verübt werden, werden von Polizeibeamten oft nicht aufgenommen.⁸⁷ Im Juli 2008 richtete das European Roma Rights Centre (ERRC) ein Schreiben an Innenminister Yuriy Lutsenko mit einer Beschwerde über die Verletzung der Grundrechte der Roma in der Ukraine und das Versagen des Justiz- und Strafverfolgungssystems in Bezug auf den Schutz der ukrainischen Roma.

Am 28. Januar 2009 wurde in einem Industriegebiet von Kyiv von Unbekannten ein dort seit drei Jahren eingerichtetes Lager von Roma in Brand gesetzt. Ein Dutzend der provisorischen Hütten, in denen Roma lebten, wurde vom Feuer zerstört. Die Feuerwehr ist laut Medienberichten trotz Alarmierung nicht an der Brandstelle erschienen.

3.4.2. Krimtataren

Nach Angaben von Interessenvertretungen der Krimtataren haben sich zwischen 1991 und 2008 wieder 264.500 Krimtataren auf der Krym niedergelassen, die sie nach jahrhundertelanger Besiedelung im Zuge der Deportationen während des Zweiten Weltkriegs verlassen mussten. Im Mai 1944 wurden zwischen 180.000 und 190.000 Krimtataren unter dem Vorwand der Kollaboration mit

⁸⁷ ECRI: Country Report Ukraine, S. 20 f.

den nationalsozialistischen Besatzern vorwiegend nach Usbekistan deportiert. Heute machen die Tataren wieder etwa 12% der Bevölkerung der Krym aus. Die Reintegration der Krimtataren in ihre ursprüngliche Heimat verläuft allerdings keineswegs reibungslos und wird durch die ungelöste rechtliche Situation nicht erleichtert. So wurde durch das ukrainische Parlament bis 2009 weder das schon unter Leonid Kuchma erarbeitete Gesetz „Über die Wiederherstellung der Rechte von Personen, die auf Grund ihrer Nationalität deportiert wurden“, noch ein Gesetz zur Regelung der national-kulturellen Autonomie der Krimtataren verabschiedet, auch die rechtliche Stellung der Interessenvertretung der Krimtataren, der Medzhlis ist nicht abschließend geklärt. Fehlende rechtliche Regelungen zur Rückübertragung von Land an die zurückgekehrten Krimtataren führen zu zusätzlichen Spannungen mit der restlichen Bevölkerung der Krym. Die Staatsanwaltschaft der Krym berichtete für das Jahr 2008 von ca. 5000 Fällen von ungesetzlicher Inbesitznahme von Grundstücken auf der Krym. In etwa einem Zehntel der Fälle waren Krimtataren die Landbesetzer. Diese Fälle wurden von der Presse der Krym ausführlich behandelt und mündeten in den Jahren 2007 – 2008 in eine regelrechte anti-islamische und xenophobe Kampagne der russischsprachigen Presse auf der Krym (Krymskaya Pravda, Rusichi, Russkiy Krym, u.a.). Auf der anderen Seite sind auch unter einigen Gruppen der Krimtataren Radikalisierungen zu beobachten. So verbreitet die Zeitung Vozrozhdenie, die von der muslimischen religiösen Gemeinschaft Alushta herausgegeben wird, die Idee des politischen Islam auf der Halbinsel Krym. Die ungeklärte rechtliche Situation der Krimtataren, die nationalistische und xenophobe Berichterstattung durch einzelne lokale Medien und die Abwehr eines Teils der Bevölkerung der Krym gegenüber den Rückkehrern aus der Deportation entlud sich in den Jahren 2007 – 2009 in einer Reihe von Überfällen und zerstörerischen Akten gegen Angehörige der Krimtataren bzw. gegen ihre kulturellen Stätten.

Ein besonders schwerer Fall trug sich im Februar 2008 zu, als mehrere Dutzend Vandalen 290 Grabsteine in den muslimischen Friedhöfen in Nizhnegorsk und Chistenkoye auf der Krym zerstörten. Zwei der Täter, Angehörige der Kosakeneinheit Sobol wurden anschließend festgenommen. Im Juli 2008 haben Unbekannte in Krasnogvardeyskoye eine Tamga, das nationale Emblem der Krimtataren, das an der Gedächtnisstätte für die Opfer der Deportationen angebracht war, zerstört.

Auch in den ersten Monaten des Jahres 2009 wurden eine Reihe von Gebäuden, Friedhöfen und Moscheen der Krimtataren überfallen und beschädigt. Vor dem Gebäude des Ministerrats der Ukraine in Kyiv haben Vertreter der Krimtataren im April 2009 ein Zeltlager aufgebaut, um gegen die schleppende und unzureichende Landzuweisungen für die Rückkehrer auf der Krym zu protestieren. Während das Zeltlager – eine seit der Orangen Revolution sehr populäre und weit verbreitete Art des öffentlichen Protests - im Stadtzentrum von Kyiv eingerichtet war, haben die Vertreter der Krimtataren verschiedene Petitionen formuliert und sind schließlich in Hungerstreik getreten, um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen. In der Nacht vom 29. auf den 30. Juli 2009 wurde das Zeltlager von etwa 30 maskierten Männern überfallen, die anwesenden Protestierenden wurden gefesselt und die Einrichtung des Lagers zerstört. Die in der Nähe postierten Polizeibeamten schritten nicht ein.

3.4.3. Juden

Nach der letzten Volkszählung von 2001 bezeichneten sich 105.000 Personen in der Ukraine als jüdisch. Jüdische Organisationen gehen allerdings von 250.000 bis 350.000 Juden in der Ukraine aus.⁸⁸ Während nach Beobachtungen der Ukrainian Helsinki Human Rights Union die Fälle von Antisemitismus in den vergangenen Jahren merklich zurückgegangen sind und auch Vyacheslav Likhachev in seinen Berichten von einer Stabilisierung der Situation spricht, weist ECRI in seinem Länderbericht 2008 auf erhebliche Fälle von Antisemitismus hin und fordert die ukrainische Regierung zu energischen Schritten gegen Antisemitismus und antisemitischer Hate Speech auf⁸⁹. ECRI zitiert in seinem Bericht Meinungsumfragen, nach denen 29% der Befragten starke Vorbehalte gegenüber Juden haben und nur 31% der Befragten äußern, dass sie eine jüdische Person in ihrer Familie willkommen heißen würden. Unter Jugendlichen zwischen 18 und 20 Jahren stimmen laut ECRI 45% der Aussage zu, dass in der Ukraine keine Juden leben sollten.⁹⁰ In Ermangelung offiziellen Datenmaterials kann ECRI seine Warnungen vor wachsendem Antisemitismus allerdings nicht mit Angaben über konkrete Überfälle belegen. Demgegenüber stellt Likhachev fest, dass die Fälle von antisemitischen Ausschreitungen 2008 gegenüber 2007 zurückgegangen seien und dass sich die dokumentierten Übergriffe mehrheitlich gegen sichtbare Träger des jüdischen Glaubens bzw. Synagogen und Friedhöfe richteten. Daraus schließt er, dass man weniger von den Juden als einer gefährdeten ethnischen Minderheit, als vom Judentum als einer gefährdeten Religion sprechen sollte.⁹¹ Die Ukrainian Helsinki Human Rights Union schließt sich dieser Einschätzung an und konstatiert, dass es im Gegensatz zu einer anwachsenden Fremdenfeindlichkeit gegenüber Personen aus dem Kaukasus, aus Afrika und Asien gegenüber der jüdischen Bevölkerung der Ukraine eher sinkende Zahlen von sichtbaren Ausschreitungen zu verzeichnen gäbe.⁹²

Das Monitoring des KNGU zu Vandalismus ist leider nicht vollständig, es weist nur für das Jahr 2007 eine Auswertung aller 12 Monate aus, für 2008 wurden nur die Monate Januar bis August ausgewertet und für 2009 liegen nur die Auswertungen der Monate Januar bis Juli vor. Nach dieser – unvollständigen – Übersicht wurden im Jahr 2007 acht Fälle von Vandalismus gegen Holocaust-Gedenkstätten verzeichnet, von Januar bis August 2008 drei Fälle, von Januar bis Juli 2009 drei Fälle. Im Jahr 2007 gab es sechs Überfälle auf jüdische Friedhöfe, von Januar bis August 2008 zwei Überfälle, von Januar bis Juli 2009 sind keine Fälle belegt. An Angriffen auf Synagogen und andere jüdische Einrichtungen gab es im Jahr 2007 zehn Fälle, von Januar bis August 2008 sind zwei Fälle belegt, von Januar bis Juli 2009 fünf Fälle.⁹³

Im Februar 2009 wurde im Lüftungsschacht eines Gebäudes der jüdischen Gemeinde in Lutsk ein Gefäß mit Sprengstoff entdeckt. Der Sprengsatz wurde von Polizeimitarbeitern entschärft. Der Geheimdienst SBU übernahm die Untersuchungen. Ermittlungen nach Strafgesetz Artikel 258 (Terrorismus) wurden nach ersten Untersuchungen allerdings eingestellt, es wurde daraufhin weiter nach Rowdtyum – ohne terroristischen oder Hate Crime Hintergrund – ermittelt.

Im März 2009 wurden zwei jüdische Pilger aus Großbritannien im Ort Uman im Gebiet Cherkasy von betrunkenen Milizmitarbeitern überfallen. Die Pilger waren auf dem Weg zum Grab des Rabbi

⁸⁸ ECRI: Third Report on Ukraine, S.24f.

⁸⁹ ECRI: Third Report on Ukraine, S. 26.

⁹⁰ ECRI: Third Report on Ukraine, S. 25.

⁹¹ Amnesty International Ukraine: Dynamika proyavleny antisemytizma v Ukraine.

⁹² Zakharov / Yavorsky: Human Rights in Ukraine, S. 132.

⁹³ Likhachev 2007a, 2007b, 2008a, 2008b, 2008c, 2008d, 2009.

Nachman von Bratzlaw. Einer der Pilger musste wegen einer Kopfwunde medizinisch behandelt werden. Die Opfer kündigten an, Anzeige gegen die Verantwortlichen einzureichen.

3.4.4. Flüchtlinge

Seit der Ausweitung der EU-Schengenzone auf die neuen EU Mitgliedsstaaten Polen, Ungarn und Slowakei ist die Ukraine als EU Nachbarstaat eines der Haupttransitländer für Flüchtlinge, die Asyl in der Europäischen Union suchen. Während die unabhängige Ukraine mit dem „Gesetz über Flüchtlinge“, das 1994 verabschiedet und 2001 novelliert wurde, dem „Gesetz über den rechtlichen Status von Ausländern“ (1994) und dem „Gesetz über Einwanderung“ (2001) die rechtlichen Grundlagen für Einwanderung und die Anerkennung von Asyl geschaffen hat, gibt es erhebliche Mängel bei der praktischen Umsetzung der Migrationspolitik und der Entwicklung von sozialen Angeboten für die in der Ukraine lebenden Flüchtlinge und Asylbewerber. Die Zuständigkeit für die Bearbeitung von Asylanträgen lag Ende 2009 noch beim Staatskomitee der Ukraine für Nationalitäten und Religion, sollte aber einem Staatlichen Migrationsdienst übertragen werden, dessen Schaffung der Ministerrat am 24. Juni 2009 beschlossen hat. Bis Ende 2009 konnte noch keine Einigung darüber erzielt werden, in der Zuständigkeit welchen Ministeriums der Migrationsdienst zukünftig angesiedelt sein sollte. Die unklare Zuständigkeit für Flüchtlingsfragen im ukrainischen Staatsapparat hat Tradition: Seit 1996 ist das Staatskomitee bereits acht Mal umorganisiert worden, was die Entwicklung einer konsistenten Flüchtlings- und Migrationspolitik erheblich behindert hat.⁹⁵

Da die Umsetzung der ukrainischen Flüchtlingspolitik noch in ihren Anfängen steckt und der ukrainische Staat bisher weder finanzielle noch strukturelle Angebote für Flüchtlinge und Asylbewerber entwickelt hat, lastet die Aufgabe der sozialen und juristischen Betreuung der Flüchtlinge und Asylbewerber bislang ganz auf ukrainischen Nichtregierungsorganisationen. Diese sind für die Erfüllung ihrer Aufgaben weitgehend auf internationale Unterstützung angewiesen, da der ukrainische Staat bislang auch hier keine geregelten Finanzierungsmöglichkeiten für gemeinnützige Organisationen entwickelt hat und die ukrainische Philanthropie noch weitgehend in den Anfängen steht. „The insufficient funding and staffing of the competent authorities is detrimental to an adequate asylum procedure [...] The EU, the UNHCR and the IOM finance with their projects practically all activities directed at asylum-seekers and refugees in Ukraine and take over numerous coordination tasks,“ fasst Kerstin Zimmer die Situation zusammen.⁹⁶

Während in den 90er Jahren vor allem Flüchtlinge aus den Kriegs- und Krisengebieten der ehemaligen Sowjetunion in der Ukraine Zuflucht suchten (Nagorny Karabach, Abchasien, Tschetschenien, Tadschikistan), kommen die Asylsuchenden der letzten Jahre vorwiegend aus Afrika, Asien und dem Mittleren und Nahen Osten. In den letzten Jahren wurden in der Ukraine selbst jährlich etwa 2000 Asylanträge gestellt, wobei die Anerkennungsrate ziemlich gering ist: So wurden im Jahr 2007 von 2272 Asylanträgen 33, im Jahr 2008 von 2300 Anträgen 126 und in den ersten neun

⁹⁵ Zur Struktur und Arbeitsweise der ukrainischen Flüchtlingspolitik vgl. Zimmer: Migrants and Refugees in the Buffer Zone, S.4.

⁹⁶ Zimmer: Migrants and Refugees in the Buffer Zone, S.6.

Monaten des Jahres 2009 von 773 Anträgen bis zum 1. August 2009 102 anerkannt.⁹⁷ Die Mehrzahl der Flüchtlinge kommt aus Indien, Pakistan, Afghanistan, Bangladesch, dem Irak, Russland, Somalia und Palästina. Über den Verbleib der Personen, deren Asylanträge abgelehnt werden, ist wenig bekannt. Nach der Gesetzeslage sollten sie die Ukraine verlassen, Fachleute gehen davon aus, dass ein Teil von ihnen sich weiter illegal in der Ukraine aufhält oder versucht, das Land in Richtung EU zu verlassen.

3.4.5. Ausländische Studierende

Die Anzahl ausländischer Studierender in der Ukraine ist von ca. 20.000 im Jahr 2000 auf ca. 40.000 im Jahr 2008 gestiegen, etwa zwei Drittel der Studierenden sind junge Männer. Die Hauptherkunftsländer sind China (17%), Russland (12%), Jordanien (7%), Syrien (7%), Indien (6,5%) und Iran (6,2%). Der Anteil ausländischer Studierender in der Ukraine liegt damit bei 1,3%. Im internationalen Vergleich liegt die Ukraine damit weit hinter Großbritannien mit 13%, Deutschland mit 12% und Frankreich mit 11%. In absoluten Zahlen studierten 2006/2007 an den ukrainischen Universitäten 6.293 Studierende aus China, 4.607 aus Russland, 2.579 aus Jordanien, 2.508 aus Syrien, 2.271 aus dem Iran, 2.037 aus Indien, 1.635 aus Malaysia, jeweils etwas über 1.000 aus Moldawien, Turkmenistan und der Türkei, jeweils unter 1.000 aus Marokko, Vietnam, Tunesien, Bulgarien und dem Libanon. Etwa 500 Studierende kamen aus Aserbaidschan, Palästina, dem Irak, Polen und Nigeria.

Die meisten ausländischen Studierenden leben in Kyiv (8.526), Kharkiv (8.340), Odesa (3.910) und Donetsk (2.277), gefolgt von Luhansk, Sevastopol, Dnipropetrovsk, Zaporizhzhya, Lviv und Poltava. Zu diesen offiziellen Zahlen der Studierenden an staatlichen Hochschulen kommt eine unbekannte Anzahl von Studierenden an den ca. 100 privaten Hochschulen der Ukraine, über die keine offiziellen Daten vorliegen, die aber auf ca. noch einmal 50% der offiziell gemeldeten Studierenden geschätzt werden können.⁹⁸

In den vorliegenden Hate Crime Statistiken des KNGU aus den Jahren 2007 bis 2009 fällt der hohe Anteil von Studierenden und Flüchtlingen aus dem Mittleren und Nahen Osten, sowie aus Afrika und Asien unter den Opfern von Hate Crime mit Körperverletzung bzw. Todesfolge auf. Drei der vier Todesopfer des Jahre 2008 waren Flüchtlinge aus Afrika, der vierte ein Studierender aus Palästina. Im Jahr 2009 kam es zu einem Mordfall mit Hate Crime Hintergrund, als im Januar 2009 im Stadtzentrum von Lviv ein junger Nigerianer von einem Unbekannten überfallen und mit Messerstichen getötet wurde. Ein Tatverdächtiger wurde im März 2009 festgenommen. Die Lviver Polizei gab an, bei den Ermittlungen zwar einen rassistischen Hintergrund nicht auszuschließen, aber auch in Richtung einer Eifersuchtstat zu ermitteln. Bei weiteren Überfällen kamen in den ersten Monaten von 2009 Studierende, Schüler und Flüchtlinge aus China, Angola, Afghanistan, Korea, Ghana, Nigeria, Usbekistan, Ägypten, Tschetschenien und Dagestan zu Schaden, teilweise mit schweren körperlichen Verletzungen.

⁹⁷ Pylynski: Undocumented Migration – Counting the Uncountable, S. 23.

⁹⁸ Ibid. S. 35.

Ein besonders schwerer Fall von Hate Crime, verübt von Mitarbeitern der Miliz in Vinnytsya, wurde im März 2009 von der Vinnytsya Human Rights Protection Group veröffentlicht. Vier Flüchtlinge aus Somalia haben in Videointerviews darüber ausgesagt, wie sie von Milizbeamten in Vinnytsya festgehalten, geschlagen und in rassistischer Weise erniedrigt und beleidigt worden sind. Die Klage, die die Vinnytsya Human Rights Protection Group gegenüber der internen Revisionsabteilung der Miliz eingereicht hat, führte allerdings nicht zu einer disziplinarischen Verfolgung der Täter sondern – auf Grund von Indiskretion - im Gegenteil zu einer umso strengeren Verfolgung und Überprüfung von Flüchtlingen durch die Miliz von Vinnytsya. Auch eine Eingabe bei der Staatsanwaltschaft von Vinnytsya und der örtlichen Abteilung des Geheimdienstes SBU führte nicht zu einer Verfolgung der Täter innerhalb der Milizstruktur, woraufhin sich die Vinnytsya Human Rights Protection Group im März 2009 an die Öffentlichkeit, den ukrainischen Ombudsman und das ukrainische Parlament wendete.

3.4.6. LGBT (Lesbian – Gay – Bisexual – Transgender)

Die Ukraine war einer der ersten postsowjetischen Staaten, der im Jahr 1991 die noch in der Sowjetunion vorgesehene Strafbarkeit der Homosexualität nach Artikel 192 des Strafgesetzes aufgehoben hat. Heute zählt die Ukraine mit ihren ca. 23 LGBT Organisationen, mehreren Internetseiten, Cafés und Clubs zumindest in den größeren Städten, mit zu den offeneren der postsowjetischen Staaten was die Haltung gegenüber Homosexualität betrifft. Die ca. 2 Millionen Personen umfassende LGBT Community in der Ukraine¹⁰⁰ hat dennoch auch heute mit massiven Vorurteilen in der Gesellschaft, mit Diskriminierung durch Vertreter staatlicher Institutionen – vor allem der Miliz – und offener Homophobie von Seiten der Politik und der öffentlichen Meinung zu kämpfen. Im Jahr 2009 häuften sich außerdem auch gewalttätige Übergriffe gegenüber der LGBT Gemeinde. So wurden im September 2009 in Lviv und Kyiv die Präsentationen einer Queer-Anthologie gewalttätig gestört. Die Premiere des später in der Ukraine verbotenen Films „Brüno“ in einem Privatkino wurde durch eine Rauchbombe unterbrochen. Die Galerie des Künstlers Pavel Gudimov, in der am darauffolgenden Tag eine Diskussion über Homosexualität stattfinden sollte, wurde durch einen Brandanschlag zerstört.

Die Homophobie in der ukrainischen Gesellschaft bleibt nicht ohne Konsequenzen auf die Lebens- und Verhaltensweise der LGBT Community selbst. Umfragen unter 900 Mitgliedern der LGBT Community der Ukraine ergaben im Jahr 2005, dass 70% der Befragten ihre sexuelle Orientierung entweder völlig verbargen oder nur den engsten Familienangehörigen offenbarten. Nur 10% der Befragten gaben an, völlig geoutet zu leben. 54% der Befragten gaben an, in den letzten vier Jahren Diskriminierung wegen ihrer sexuellen Orientierung erlebt zu haben, 9,1% gaben an, physische Bedrohung erlebt zu haben. Von den 417 Personen, die einer Arbeit nachgingen, gaben 78,2% an, Diskriminierung am Arbeitsplatz erlebt zu haben, darunter Diskriminierung durch Kollegen, Behinderung in der Karriere und physische Gewalt. Von den 283 Befragten, die angaben, in den letzten Jahren vor der Befragung Kontakt zu Strafverfolgungsbehörden gehabt zu haben, gaben

¹⁰⁰ ILGA Europe: Submission to the Parliamentary Assembly.

61,5% an, unrechtmäßig behandelt worden zu sein, 19% wurden genötigt, die Namen anderer Homosexueller zu nennen, 18% wurde die Aufnahme von Ermittlungen gegen Rechtsverletzungen verweigert. 55% wurden verbal, weitere 8% sexuell bedroht, 19% erlitten physische, 2% sexuelle Gewalt durch Mitarbeiter der Strafverfolgungsbehörden.¹⁰¹

Im Februar 2009 wurde in Lviv ein Homosexueller ermordet. Im Zuge der Ermittlungen wurden im Frühling 2009 ca. 300 homosexuelle Männer in Lviv von der Miliz befragt. Ihre Daten einschließlich Fingerabdrücke wurden erfasst, eine Reihe von ihnen wurde psychischem Druck und Erpressungen ausgesetzt, zehn der Befragten wurden von Milizmitarbeitern geschlagen und mussten anschließend medizinisch behandelt werden.¹⁰² Alle Befragten mussten anschließend schriftlich bestätigen, dass sie an den Ermittlungen der Miliz nichts auszusetzen hätten.

Ähnliches wiederholte sich, als im April 2009 nach der Ermordung eines weiteren Homosexuellen in Kyiv Milizeinheiten einen Homosexuellenklub überprüften. 80 Personen wurden festgenommen und zum Teil unter Gewaltanwendung und Drohungen verhört. Auch sie mussten schriftlich bestätigen, dass sie keine Klagen gegen die Ermittlungen vorbringen würden.

Im Jahr 2008 ist ein Lehrbuch für Milizmitarbeiter veröffentlicht worden, das vom Ministerium für Bildung und Wissenschaft der Ukraine empfohlen wurde. Homosexualität wird in diesem Lehrbuch als sexuelle Perversion eingestuft. Die Verwendung dieses Lehrbuchs wird der diskriminierenden Haltung der Mitarbeiter der Strafverfolgungsbehörden gegenüber Homosexuellen weiter Vorschub leisten.

Fazit

Eine Analyse der Hate Crime Fälle, die der KNGU für die Jahre 2007 bis 2009 zusammengestellt hat zeigt, dass sich Angriffe auf die historischen Minderheiten (Juden, Krimtataren) vorwiegend in Form von Vandalismus, Sachbeschädigungen und Schändung von Friedhöfen oder religiösen Stätten äußert. Hate Crime gegen Mitglieder der neuen Minderheiten (Ausländer mit unterschiedlichem sozialen Status wie z.B. Asylbewerber, Studierenden, Arbeitsmigranten, Diplomaten usw.) hingegen in der Regel in Form von Körperverletzung, Raubüberfällen, häufig mit Todesfolge verübt wird. Besonders gefährdet sind dabei Studierende und Flüchtlinge aus Afrika, Asien und dem Nahen und Mittleren Osten. Einschränkend muss bemerkt werden, dass laut Interviews mit Vertretern von Menschenrechtsorganisationen Flüchtlinge und Asylbewerber sowie Roma und LGBT weit seltener Anzeigen erstatten bzw. ihre Anzeigen von der Miliz häufig nicht aufgenommen werden und die Fälle nicht in die Presse gelangen, so dass sie auch von dem fragmentarischen bestehenden Monitoring nicht erfasst werden und die Dunkelziffer in diesen Opfergruppen daher entsprechend sehr hoch sein kann. Beunruhigend ist die Rolle der ukrainischen Strafverfolgungsbehörden, die häufig nicht nur die Verfolgung der Straftaten verweigern, sondern auch aktiv an der Beschneidung der Rechte der genannten Opfergruppen durch Erpressung, Drohung und Anwendung physischer Gewalt beteiligt sind.

¹⁰¹ Nash Mir: Gay Rights are Human Rights.

¹⁰² Nash Mir: Human Rights Violations, S 1.

IV. Handlungsmöglichkeiten zivilgesellschaftlicher Akteure

Die Angaben über die Anzahl zivilgesellschaftlicher Organisationen in der Ukraine schwanken zwischen ca. 20.000 und ca. 52.000.¹⁰³ Nach einer Studie des Counterpart Creative Centre aus dem Jahr 2006¹⁰⁴ sind von den ca. 41.000 offiziell registrierten Organisationen allerdings nur 4.000 wirklich aktiv. Davon ist der Großteil in der Kinder- und Jugendarbeit und in den Bereichen soziale Fürsorge, Menschenrechte und Civic Education tätig. Über die Anzahl der Organisationen, die sich - ausschließlich oder unter anderem – der Prävention und Bekämpfung von Hate Crime in der Ukraine widmen, gibt es keine Angaben. Bei den Recherchen für die vorliegende Studie identifizierte der Europäische Austausch 180 möglicherweise in diesem Bereich tätiger NGOs, von denen 48 an der Befragung zu vorliegender Studie teilnahmen. Die Organisationen wurden in Menschenrechtsorganisationen, Verbände historischer Minderheiten, Interessenvertretungen von neuen Minderheiten und LGBT Organisationen unterteilt. Diese Unterteilung ergibt sich aus der historischen und gesellschaftlichen Situation der Ukraine und wird von ukrainischen Experten in ähnlicher Weise vorgenommen. Nach dieser Aufteilung nahmen an der Befragung 20 Menschenrechtsorganisationen, neun Verbände historischer Minderheiten, zehn Interessenvertretungen von neuen Minderheiten und neun LGBT Organisationen teil. Eine Aufstellung aller befragten Organisationen, das Muster des verwendeten Fragebogens und der Interviewleitfaden finden sich im Anhang der Veröffentlichung.

4.1. Darstellung zivilgesellschaftlicher Akteure

Im Folgenden werden die Organisationen nicht im Einzelnen sondern in der Zusammenschau der oben genannten Gruppen vorgestellt. Dargestellt werden die Entstehungsgeschichte, regionale Verteilung, Organisations- und Vernetzungsgrad und die Zusammenarbeit mit staatlichen Strukturen in Bezug auf die Bekämpfung und Prävention von Hate Crime. Alle Angaben beruhen auf Selbstauskünften der befragten Organisationen. Zitate stammen – wenn nicht anders angegeben – von den befragten Organisationen.

4.1.1. Menschenrechtsorganisationen

Überblick

Unter den ukrainischen Menschenrechtsorganisationen gibt es einige, die sich auch der Bekämpfung von Xenophobie widmen, allerdings nur ein Netzwerk – die Diversity Initiative – das sich ausschließlich auf diesen Bereich spezialisiert hat. Während der Recherchen stieß der Europäische Austausch auf ca. 30 Organisationen und Netzwerke, die sich unter anderem oder ausschließlich mit der Thematik Fremdenfeindlichkeit bzw. Toleranzförderung beschäftigen, 20 davon wurden befragt.

¹⁰³ Marth / Priebe: Die Funktionsfähigkeit der ukrainischen Zivilgesellschaft im Jahr 2009, S.3.

¹⁰⁴ Counterpart Creative Centre: Civil Society Organizations in Ukraine, S.4.

Die folgenden Ausführungen beziehen sich – sofern nicht anders erwähnt – auf Angaben dieser Organisationen.

Die älteste der befragten Organisationen ist die Kharkiv Human Rights Protection Group, die als Menschenrechtsflügel des Kharkiver Memorialbüros bereits 1988 entstand und 1992 als eigenständige Organisation registriert wurde. Ende der 1990er Jahre entstanden die Organisationen Integratsiya i Rozvytok (1997), Yunka (1997) und La Strada Ukraine (1998). Alle anderen befragten Organisationen wurden erst nach dem Jahr 2000 gegründet. Zu den mitgliederstärksten Organisationen gehören Nova Doba (856), Keshar (500) und Yednannya (170) und die Netzwerke oder Dachorganisationen, die jeweils 23 (Ukrainian Helsinki Human Rights Union), 24 (Moloda Cherkashchyna) oder 50 (Diversity Initiative) Organisationen unter sich vereinigen. Alle befragten Organisationen sind auf die Unterstützung freiwilliger Helfer angewiesen.

Der Großteil der befragten Organisationen ist in Kyiv (6) und der Zentral- und Ostukraine (jeweils 4) registriert. Drei der Organisationen haben ihren Sitz in der Westukraine und jeweils eine Organisation ist in der Südukraine, auf der Autonomen Republik Krym und in Russland registriert. Die meisten Organisationen agieren lokal, zum Teil betreuen sie aber auch Fälle aus der gesamten Ukraine, wie die Kharkiv Human Rights Protection Group und die Vinnytsya Human Rights Protection Group. Überregional bzw. in der Gesamtukraine tätig sind die Organisationen und Netzwerke Nova Doba, SVIT Ukraine, Keshar, La Strada Ukraine, Ukrainian Helsinki Human Rights Union, die Diversity Initiative und die in Russland ansässige, aber auch in der Ukraine engagierte Organisation Youth Human Rights Movement (YHRM).

Vernetzung und Zusammenarbeit mit staatlichen Strukturen

Die Vernetzung untereinander wird von den befragten Organisationen als gut eingeschätzt. So haben einige der Organisationen, die sich vor allem dem Bereich Lobbying und Gesetzesarbeit widmen guten Kontakt zueinander und nehmen gemeinsam an staatlichen Initiativen teil. Auch die Zusammenarbeit mit internationalen und ukrainischen Organisationen, die sich in der Flüchtlingsthematik engagieren, wird positiv eingeschätzt. Ferner sind einige der Organisationen Mitglieder der Diversity Initiative und der Helsinki-Union und Partner des – wiederum auch mit der Ukrainian Helsinki Human Rights Union zusammenarbeitenden – Congress of National Communities of Ukraine (KNGU). Einige Organisationen sind Mitglieder internationaler Netzwerke wie UNITED for Intercultural Action (SVIT Ukraine, YHRM) oder Amnesty International (YHRM) oder mit einzelnen Partnerorganisationen in Russland, Weißrussland (YHRM), Moldawien, Polen und Deutschland (SVIT Ukraine) vernetzt. Von allen befragten Organisationen wird eine stärkere Zusammenarbeit sowohl untereinander als auch mit internationalen Organisationen gewünscht, um Kräfte zu bündeln und Erfahrungen auszutauschen.

Was die Zusammenarbeit mit staatlichen Behörden angeht, herrscht ein recht einheitliches Bild bei den befragten Organisationen. Die persönlichen Beziehungen zu Vertretern der staatlichen Strukturen

wie auch die Zusammenarbeit mit diesen wird als positiv bewertet, kritisch wird dagegen die Arbeit der staatlichen Behörden selbst gesehen. Dialog und Kooperation zwischen NGOs und staatlichen Behörden werden von den befragten Organisationen als gut eingeschätzt; der Staat sei sowohl interessiert als auch bereit, mit der Zivilgesellschaft zusammenzuarbeiten. Geschätzt werden vor allem die Beziehungen zum Innenministerium, zu verschiedenen Parlamentsgruppen und zu einzelnen Abgeordneten. Auch die Mitarbeit in Expertengruppen wird positiv bewertet. Der staatliche Beitrag zur Bekämpfung von Xenophobie wird dagegen von fast allen befragten Organisationen stark kritisiert. So wird der Regierung vorgeworfen, die Einwände und Vorschläge der Zivilgesellschaft nicht ernst zu nehmen, das Problem der Fremdenfeindlichkeit zu verleugnen und ihre seltenen öffentlichen Bekenntnisse zur Bekämpfung von Xenophobie lediglich aus taktischen Gründen dem Westen gegenüber zu äußern. Außerdem wird die mangelnde Systematik bei der Koordinierung des Kampfes gegen Fremdenfeindlichkeit, das geringe Engagement bei der Umsetzung der staatlichen Programme und die fehlende öffentliche Evaluierung der dafür ausgegeben Geldmittel kritisiert. Ferner wird der Regierung und vor allem Präsident Yushchenko von einigen Organisationen eine den ukrainischen Nationalismus verstärkende Politik vorgeworfen - so trage z.B. die Heroisierung von Stepan Bandera, Roman Shukhevych und der Organisation Ukrainischer Nationalisten (Organizatsiya Ukrainskykh Natsionalistiv – OUN) und ihrem militärischen Arm, der Ukrainischen Aufstandsarmee (Ukrainska Povstanska Armiya – UPA) zur Verbreitung rechter Ideologien bei. Probleme werden auch bei einzelnen für die Bekämpfung von Xenophobie zuständigen Behörden gesehen. So wird das Innenministerium, das seit Februar 2009 eine Statistik über „Verbrechen gegen Ausländer“ führen soll, für die schleppende Realisierung dieser Initiative und das Amt des Ombudsmann für seine ineffiziente Arbeit kritisiert. Auch die Nationale Expertenkommission für den Schutz der öffentlichen Moral wird weitgehend negativ und lediglich als Zensurorgan wahrgenommen. Das Staatskomitee der Ukraine für Nationalitäten und Religion wird von verschiedenen Vertretern der befragten Organisationen als ineffektiv und korrupt beschrieben. Ferner kritisiert die Mehrzahl der befragten Organisationen, dass es bis heute keine effektive Strafverfolgung für Hate Crime gibt.

4.1.2. Verbände historischer Minderheiten

Überblick

Unter dem Sammelbegriff historische Minderheiten werden all die ethnischen und religiösen Minderheiten verstanden, die bereits seit Jahrhunderten in der Ukraine angesiedelt sind. Nach der Volkszählung von 2001 stellen Russen (8,3 Millionen) gefolgt von Belarussen (275.800), Moldawiern (258.600), Krimtataren (264.500), Bulgaren (204.600), Ungarn (156.600), Rumänen (151.000) und Polen (144.100) die größten historischen Minderheitengruppen dar.¹⁰⁵ Die offiziellen statistischen Daten von 105.000 Juden und 47.600 Roma entsprechen nicht der geschätzten tatsächlichen Zahl von 350.000 Juden bzw. 400.000 Roma.¹⁰⁶ Die einzelnen Volksgruppen sind unterschiedlich aktiv, aber meist in Assoziationen oder Verbänden zur Pflege der eigenen Kultur organisiert. Nach Angaben

¹⁰⁵ Ukrainian Helsinki Human Rights Union / Zakharov: Rekomendazii OON, S.21ff.

¹⁰⁶ ECRI: Third Report on Ukraine. S. 18 und S.24.

der Forscherin Iryna Mironova ist die Anzahl nationaler Kulturorganisationen nach der Unabhängigkeit der Ukraine 1991 stark angestiegen: Gab es 1990 erst 84 solche Verbände, waren es Ende 1994 schon 237. Im Jahr 2006 waren laut dem Staatlichen Statistikamt 785 Organisationen nationaler Minderheiten registriert, 32 davon besitzen nationalen Status, der Rest ist regional aktiv.¹⁰⁷ Der Organisationsgrad der drei größten Opfergruppen unter den historischen Minderheiten – der Juden, Krimtataren und Roma – ist unterschiedlich entwickelt. Die ukraineweite Assoziation jüdischer Organisationen und Gemeinden Vaad vereinigt etwa 265 Organisationen. Der Großteil dieser Organisationen ist religiöser und kultureller Art, es sind dort aber auch 19 Jugendorganisationen, 17 Bildungseinrichtungen und 15 im sozialen Bereich engagierte Organisationen registriert¹⁰⁸. Die krimtatarische Gemeinde ist mit regional tätigen Organisationen und dem Medzhlis – dem repräsentativen Organ der Krimtataren, das sich für eine Verbesserung der Lebensverhältnisse der Krimtataren und für eine Stärkung ihrer Rechte einsetzt – auf der Krym aktiv. Die Angaben über die Anzahl der Romaorganisationen in der Ukraine schwanken zwischen 88 (European Roma Information Service¹⁰⁹) und 120 (Chirikli und Congress of Roma in Ukraine¹¹⁰). Der Großteil dieser Organisationen ist auf den Erhalt der Roma Kultur konzentriert, einige Organisationen widmen sich auch dem Schutz der Rechte der Romabevölkerung. Es gibt zwei ukraineweit tätige Romaorganisationen, den Dachverband Congress of Roma in Ukraine und die Organisation Centre of Consolidation and Protection of Roma Rights. Die Organisation Ketane ist international tätig. Ein Dachverband für die 16 größten ethnischen Gemeinden der Ukraine ist der Congress of National Communities of Ukraine (KNGU), der unter anderem auch Juden, Krimtataren und Roma, vereinigt. Der 2002 gegründete KNGU vertritt die Rechte der nationalen Minderheiten und setzt sich für Toleranz und engere Beziehungen zwischen den einzelnen ethnischen Gemeinden und mit der ukrainischen Gesellschaft ein. Ein ähnlicher Zusammenschluss hat sich vor einigen Jahren im Kleinen auch im Gebiet Pavlograd gegründet: Im von der NGO Gorenje initiierten Council of National Communities in Pavlograd haben sich die regionalen Gemeinden der Aserbaidshaner, Juden, Armenier, Usbeken, Tataren und Koreaner vereinigt.

An der Befragung zu dieser Studie nahmen drei Roma-Organisationen, eine krimtatarische und eine jüdische Organisation, zwei Organisationen sonstiger historischer Minderheiten (Polen, Ungarn) sowie zwei Dachorganisation – der KNGU und das Council of National Communities in Pavlograd – teil. Die im Folgenden gemachten Angaben stammen – sofern nicht anders bezeichnet – von diesen insgesamt neun Organisationen. Die ältesten Organisationen sind die noch vor der Unabhängigkeit der Ukraine gegründeten Association of Poles in Ukraine (1988) und die Association of Hungarian Culture in Zakarpattya (1989). Anfang der 1990er Jahre folgten Vaad (1991), die Association of Roma in Zakarpattya (1993) und die 1997 als Fraueninitiativgruppe der Roma-Gemeinde in Izmayl gegründete und 2004 als eigene Organisation registrierte Roma-Frauenorganisation Chirikli. Der Congress of Roma in Ukraine, ein Zusammenschluss mehrerer Roma-Organisationen wurde 2003 auf Initiative der NGO Forumo Romen Ukrainatar gegründet, die krimtatarische Organisation Bizim Qirim

¹⁰⁷ Mironova: Natsionalni menshyny, S. 137.

¹⁰⁸ Vaad: Goals and description.

¹⁰⁹ ECRI: Third report on Ukraine, S.62.

¹¹⁰ Interviews mit Vertretern von Chirikli und dem Congress of Roma in Ukraine, September 2009.

besteht seit 2004. Der KNGU wurde 2002, das Council of National Communities in Pavlograd 2006 gegründet.

Die Größe der befragten Dachorganisationen und Verbände ist aufgrund ihrer unterschiedlichen strukturellen Hintergründe sehr verschieden. Die größte Dachorganisation ist die jüdische Vaad. Der Congress of Roma in Ukraine, der bis 2008 die Mehrheit der ukrainischen Roma-Organisationen vereinigte, verlor durch interne Konflikte einen Teil seiner Mitglieder an die internationale Roma-Dachorganisation Ketane.¹¹¹ Im KNGU sind die 16 größten Verbände historischer Minderheiten zusammengeschlossen, das Council of National Communities in Pavlograd vereinigt sechs Gemeinden nationaler Minderheiten. In den beiden befragten Landesverbänden ist jeweils der überwiegende Teil ihrer in der Ukraine lebenden Landsmänner zusammengeschlossen: die Association of Hungarian Culture in Zakarpattya hat 39.056 Mitglieder und die Association of Poles in Ukraine 25.092 Mitglieder.

Der Großteil der Organisationen historischer Minderheiten ist in Kyiv registriert, jüdische Organisationen sind in der gesamten Ukraine verteilt, krimtatarische Organisationen konzentrieren sich auf der Krym, Roma-Organisationen sind vor allem in den Regionen Zakarpattya, Donetsk, Dnipropetrovsk, Odesa, Kharkiv, Luhansk und auf der Autonomen Republik Krym vertreten. Die befragten Dachverbände - Vaad, der Congress of Roma in Ukraine und der KNGU - sind in Kyiv registriert, aber ukraineweit aktiv. Ebenfalls in Kyiv sind die Association of Poles in Ukraine und die Organisation Chirikli angesiedelt, beide sind in zahlreichen Regionen der Ukraine aktiv.¹¹² Die krimtatarische NGO Bizim Qirim arbeitet auf der ARK. Die Association of Hungarian Culture in Zakarpattya und die Association of Roma in Zakarpattya sind in der Region Zakarpattya angesiedelt und auch ausschließlich dort aktiv. Auch das Council of National Communities in Pavlograd beschränkt seine Tätigkeiten auf dieses Gebiet.

Vernetzung und Zusammenarbeit mit staatlichen Strukturen

Der nationalitätenübergreifende Dachverband KNGU sorgt neben der Vernetzung untereinander auch für Kontakt zu den neuen Minderheiten, wie der Association of Koreans in Ukraine, dem Congress of Azerbaijani und dem African Centre. Auch das Council of National Communities in Pavlograd ist nicht allein auf historische Minderheiten beschränkt, sondern hat auch Vertreter der neuen Minderheiten in seinen Reihen. Sowohl der KNGU als auch Vaad, der Congress of Roma in Ukraine, Chirkli und die Association of Roma in Zakarpattya nehmen an der Arbeit der Diversity Initiative teil und setzen sich in diesem Rahmen gegen Xenophobie und Intoleranz in der Gesellschaft ein. Vaad ist außerdem Mitglied beim Europäischen Rat der Jüdischen Gemeinden, dem Europäischen Jüdischen Kongress, dem Jüdischen Weltkongress, dem Euro-Asiatischen Jüdischen Kongress und der Jüdischen

¹¹¹ Ketane vertritt die Organisationen Ternipe aus Lviv, Miriklja aus Donetsk, Roma aus Kharkiv u.a.; Der Congress of Roma in Ukraine vertritt die Organisationen Romale aus Sumy, Bergen aus Chernihiv, Bachtale Terme aus Perejaslaw-Chmelnyzky u.a.

¹¹² Association of Poles in Ukraine: Khmelnytskyy, Zhytomir, Vinnytsyaa, Kyiv, Chernihiv, Cherkasy, Kirovohrad, Mykolayiv, Kherson, Poltava, Dnipropetrovsk, Zaporizhzhya, Donetsk, Luhansk, ARK; Chirikli: Kharkiv, Dnipropetrovsk, Donetsk, Lviv, Uzhhorod, Vinnytsya, Odesa, ARK, Sumy, Kyiv, Cherkasy, Poltava, Khmelnytskyy.

Konföderation der Ukraine. Um die Vernetzung sowohl ukraineweit wie auch international zu verbessern, schlagen sowohl der Congress of Roma in Ukraine wie auch die Roma-Organisation Chirikli eine engere Zusammenarbeit zwischen Roma- und Menschenrechtsorganisationen sowie mehr internationalen Erfahrungsaustausch vor – eine Idee, die auch von einigen anderen Organisationen unterstützt wird.

Die Zusammenarbeit mit staatlichen Strukturen wird von den befragten Organisationen sehr unterschiedlich, in jedem Fall aber als verbesserungswürdig eingeschätzt. Als mangelhaft wird die finanzielle Unterstützung für nationale Gemeinden von staatlicher Seite gesehen. Die Roma-Organisation Chirikli und der Dachverband Congress of Roma in Ukraine arbeiten mit den Rechtsschutzorganen und vor allem den dort angesiedelten Abteilungen zur Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit zusammen. Chirikli steht außerdem mit der Abteilung zum Monitoring von Menschenrechten und verschiedenen regionalen Ministerassistenten in gutem Kontakt. Auch die Zusammenarbeit mit einzelnen Ministerien (Bildungsministerium, Innenministerium, Jugend- und Gesundheitsministerium) wird von den befragten Roma-Organisationen positiv bewertet, sollte nach ihrer Meinung aber verstärkt werden. Der Congress of Roma in Ukraine wünscht sich außerdem einen intensiveren Kontakt zum Staatskomitee für Nationalitäten und Religion, der bisher aufgrund des häufigen Personalwechsels dort nur eingeschränkt möglich war. Auch der Dachverband der jüdischen Organisationen Vaad bewertet die Zusammenarbeit mit dem Innenministerium positiv. Der Kontakt zum Außenministerium und dem Leiter der Abteilung zur Bekämpfung von Xenophobie beim SBU wird von Vaad ebenfalls als gut geschätzt. Dem Innenministerium gegenüber skeptisch ist dagegen die krimtatarische Organisation Bizim Qirim, da sie die Rechte ihres Volkes durch die Behörden nicht geschützt sieht. Von ihrer Seite ist eine engere Zusammenarbeit mit dem Ministerium und seinen regionalen Vertretern erwünscht: Bizim Qirim kämpft für die Integration der Krimtataren in die ukrainische Gesellschaft und will die Entwicklung auf der ARK gemeinsam mit der ukrainischen Regierung verbessern. Einig sind sich fast alle befragten Organisationen in ihrer Kritik an der Arbeit des Büros des Ombudsmans.

4.1.3. Interessenvertretungen von neuen Minderheiten

Überblick

Es sind vor allem internationale Organisationen und einige ukrainische NGOs, die sich für Flüchtlinge einsetzen. Das UNHCR organisiert mit seinen Hauptpartnern HIAS, Rokada, NEEKA und einer Reihe weiterer Organisationen¹¹³ den Großteil der Flüchtlingsarbeit in der Ukraine. Daneben sind die Caritas Ukraine, der Jesuit Refugee Service (JRS), das European Council of Refugees and Exiles (ECRE), das Danish Refugee Council (DRC), IOM und einige von Flüchtlingen selbst initiierte Organisationen

¹¹³ Eine Liste mit NGO Partnern von UNHCR findet sich auf:
http://www.unhcr.org.ua/unhcr_ukr/main.php?article_id=12&view=full&start=1.

in der Flüchtlingshilfe tätig. Allerdings muss man betonen, dass die Flüchtlingsarbeit in der Ukraine einen größeren Maßstab als die Migrantenarbeit aufweist und es noch ziemlich wenig zivilgesellschaftliche Initiativen in der Ukraine gibt, wo die Angebote für Migranten entwickelt werden.

Abgesehen von der seit 1992 vorwiegend im Kulturbereich engagierten Association of Koreans in Ukraine und einigen Organisationen wie der Donetsk Foundation for Social Security and Charity (1989), dem International Medical Rehabilitation Centre for the Victims of Wars and Totalitarian Regimes (MRZ) (1994) und der Organisation Social Service of Assistance (1996), die sich neben der Flüchtlingsthematik auch in anderen sozialen Bereichen engagieren, wurden alle befragten Organisationen erst in den letzten drei bis zehn Jahren gegründet¹¹⁴. Die Tatsache, dass vor allem Organisationen, die sich ausschließlich für Flüchtlinge und Migranten einsetzen, gehäuft in den letzten Jahren entstanden sind, kann auf den Anstieg der Flüchtlings- und Migrantenzahlen¹¹⁵ und auf eine gesteigerte Wahrnehmung der Problematik in der Gesellschaft zurückgeführt werden. Die zwar noch seltenen und kleinen, aber sehr engagierten und teils effektiven Selbsthilfeorganisationen von Flüchtlingen und Migranten zeigen außerdem, dass zumindest ein Teil der neuen Minderheiten sich nicht mit der schwierigen Situation der Flüchtlinge abfinden will und nun selbst aktiv wird. Es gibt unter den befragten Organisationen nur wenige, die auf einen festen Stab professioneller und hauptberuflicher Mitarbeiter zurückgreifen können wie HIAS, das Social Action Centre – No Border Project und das Chernhiv Human Rights Committee. Vor allem die Selbsthilfeorganisationen von Migrantengruppen (African Centre, Berkat) sind auf ehrenamtliches Engagement Freiwilliger angewiesen.

Wie der Großteil der Flüchtlinge und Migranten ist auch die Mehrzahl der Organisationen, die sich mit ihnen beschäftigen, in Kyiv angesiedelt. Es gibt jedoch auch einige Organisationen, die in der West-, Ost-, Süd- und Zentralukraine ohne Kyiv, der Region Zakarpattya und auf der Autonomen Republik Krym registriert sind. In der Region Zakarpattya, in der sich wegen der Nähe zur EU besonders viele Flüchtlinge aufhalten und in der auch die Hälfte aller Asylanträge gestellt wird¹¹⁶, sind zwei Organisationen aktiv – NEEKA aus Mukachevo und die Caritas aus Uzhhorod.

Auch von den für diese Studie befragten Organisationen ist der überwiegende Teil in Kyiv (6) angesiedelt, jeweils zwei kommen aus der Zentral- und Ostukraine. Abgesehen von den beiden befragten Selbsthilfeorganisationen Berkat und African Centre, die beide in Kyiv registriert sind, sich aber auch für Landsleute in anderen Regionen der Ukraine engagieren, beschränken alle acht Organisationen ihre Aktivitäten gemäß der geltenden Rechtsordnung auf die Stadt oder Region, in der sie registriert sind.

¹¹⁴ Chernihiv Human Rights Committee (1999) – Projekt für Migranten / Flüchtlinge (2005), Flora (2000), Social Action Centre (2000) – No Border Project (2006), HIAS Kyiv (2001), Berkat (2004), African Centre (2000er).

¹¹⁵ Nach Schätzungen der ukrainischen Regierung kommen jährlich etwa 35.000 bis 50.000 irreguläre Migranten in die Ukraine

¹¹⁶ Düvell: Ukraine – Immigration and Transit Country, S.7.

Vernetzung und Zusammenarbeit staatlichen Akteuren

Um ihre Kräfte und Mittel zu bündeln, sind die meisten der befragten Organisationen in ukraineweiten Netzwerken oder Dachorganisationen, wie der Diversity Initiative und dem Ukrainian Refugee Council zusammengeschlossen. Diese Netzwerke werden von den befragten Organisationen sehr positiv beurteilt, als große Hilfe auf dem Weg zu einem verstärkten interkulturellen Dialog wahrgenommen und sollen nach Einschätzung der befragten NGOs noch weiter ausgebaut werden. Zum Congress of National Communities of Ukraine (KNGU) pflegen einige der befragten Organisationen partnerschaftlichen Kontakt. Einige Organisationen arbeiten auch eng mit internationalen Organisationen wie Amnesty International Ukraine, Human Rights First, UNITED for Intercultural Action und dem UNHCR zusammen.

Weniger positiv wird dagegen die Zusammenarbeit mit staatlichen Strukturen bewertet. So wird das geringe Engagement der ukrainischen Regierung in der Flüchtlingsproblematik laut Aussagen der befragten Organisationen auch am fast völligen Fehlen finanzieller Hilfen für die in diesem Bereich engagierten Organisationen deutlich. 'They want refugees to live badly so they'll go home' meint ein Priester, der sich selbst für Flüchtlinge in Mukachevo einsetzt zu diesem Thema.¹¹⁷



Abb.7. Etwa einhundert Personen nahmen im Oktober 2009 an einem mehrstündigen ungenehmigten Marsch gegen die Immigration von Vietnamesen in Kharkiv teil.

Fortschritte sehen die befragten Organisationen im Bereich der Xenophobie-Bekämpfung: So habe die Regierung in den letzten Jahren anerkannt, dass es in der Ukraine Rassismus und auch Skinheads gebe und den Willen bewiesen, sich diesem Problem zu stellen. Der seit 2005 im Innenministerium angesiedelte und unter Mitarbeit verschiedener NGOs arbeitende Zivilrat für Menschenrechtsschutz und gemeinsame Diskussionen mit Vertretern des Innenministerium und des SBUs werden von den meisten befragten Organisationen positiv bewertet. Auch die in den regionalen Abteilungen des Innenministeriums angesiedelten Koordinationsräte, die sich aus Vertretern der Miliz und regionalen NGOs zusammensetzen, werden von den befragten Organisationen positiv

¹¹⁷ Hyde: Endless journey.

eingeschätzt. Zwar wünschen sich die NGOs dort mehr Partner aus dem zivilgesellschaftlichen Bereich, betrachten die Koordinationsräte aber bereits jetzt als ein gutes Forum für den Dialog zwischen Staat und Gesellschaft. Positiv wird auch der Austausch mit den Grenzsoldaten beim Projekt „Monitoring der Grenzen“ und die Arbeit einzelner Ministerassistenten beurteilt. So wird z.B. der Ministerassistent in Kharkiv Viktor Chumak der durch seine scharfen Verurteilungen xenophober Stimmungen und Verhaltensweisen bei der Miliz auffällt, mehrmals positiv erwähnt.

Was die Ankündigung der Regierung betrifft, die Milizmitarbeiter für die Thematik zu sensibilisieren und zu schulen und Menschenrechtsverletzungen von dieser Seite zu bekämpfen, zeigen sich die befragten Organisationen allerdings enttäuscht – bisher habe sich nicht viel verändert. Zwar zeige sich eine neue Offenheit der Polizei gegenüber Kooperationen mit NGOs, was zum Beispiel die Teilnahme von Beamten an den von Menschenrechtsorganisationen durchgeführten Fortbildungen, Vorlesungen und Filmvorführungen zum Thema Menschenrechte und der Behandlung von Flüchtlingen bei der Miliz angehe, das Verhalten der Beamten gegenüber Flüchtlingen sei aber nach wie vor von Korruption und Menschenrechtsverletzungen geprägt.

4.1.4. LGBT Organisationen

Überblick

Einige Jahre nach der Aufhebung der Strafbarkeit von Homosexualität, wurden die ersten LGBT-Gruppen¹¹⁸ in der Ukraine registriert. Da die Nennung der Zielgruppe LGBT die Registrierung der Organisationen behindert hätte, entschieden sich die meisten LGBT Organisationen dafür HIV/AIDS-Prävention als Satzungsziel zu nennen. Zum 1. Dezember 2009 gab es nach Recherchen für die vorliegende Studie 23 Organisationen¹¹⁹, die die Interessen der LGBT Community vertreten, wobei sich acht dieser Organisationen vorwiegend dem Themenbereich HIV/AIDS widmen. Auch der Großteil der für die LGBT Organisationen zur Verfügung gestellten Fördergelder ist für diesen Bereich vorgesehen¹²⁰. Außerdem gibt es ca. 20 LGBT-Initiativgruppen und über 150 LGBT Aktivisten¹²¹. Der Organisationsgrad der Community ist eingeschränkt¹²², viele Organisationen sind klein und bewegen sich in einem engen Wirkungsradius, was auch darauf zurückzuführen ist, dass die meisten Organisationen erst seit wenigen Jahren bestehen. Fast alle ukrainischen LGBT Organisationen sind mit einer eigenen Homepage im Internet aktiv. Abgesehen vom Gay Forum Ukraine, das 200 Mitglieder hat, geben alle befragten Organisationen eine Mitgliederzahl von weit unter 20 an. Viele Organisationen arbeiten auf rein ehrenamtlicher Basis, nur wenige haben bezahlte Mitarbeiter. Die ältesten heute noch bestehenden Organisationen wurden 1996 (LiGA), 1998 (Nash Mir), 2000

¹¹⁸ Zum Beispiel Lilia Taranenko's Organisation "Hanymed" in Kyiv oder Oxana Bocharnikova's Stiftung in Kharkiv.

¹¹⁹ Laut Informationen von Gay Forum Ukraine waren zum 07. September 2009 21 Organisationen offiziell registriert.

¹²⁰ Die HIV/AIDS-Epidemie ist ein großes Problem in der Ukraine. Nach Einschätzungen der UN sind etwa 1.6% der Bevölkerung infiziert. Nach Angaben von AIDS Alliance sind MSM (men practising sex with men) eine der drei größten Risikogruppen. Vgl. Ukrainska Pravda: VIL/SNID v Ukraini nabyraye obertiv.

¹²¹ Gay Forum Ukraine: LGBT-dvyzhenie. Aktyvsty.

¹²² Geydar / Dovbakh: Byt lesbiyankoy v Ukraine, S.65.

(Zhinocha Merezha) und 2002 (Gay Alliance Cherkasy) gegründet, der Großteil der Organisationen entstand aber erst in den Jahren nach der Orangen Revolution, als die LGBT Community begann, in der Öffentlichkeit mehr Präsenz zu zeigen und die Registrierung einer NGO vereinfacht wurde.

Der Großteil der LGBT Organisationen ist in Kyiv und in der Süd- und Ostukraine aktiv. Auf der Autonomen Republik Krym und in der West- und Zentralukraine gibt es dagegen nur wenige LGBT Organisationen. Im Rahmen eines Projektes von USAID sind in den Jahren 2007/2008 aber Initiativgruppen und Organisationen in den Gebieten Zaporizhzhya, Lviv, Sumy, Simferopol u.a. entstanden.¹²³ Die Entwicklung regionaler Organisationen wird auch von etablierten Organisationen wie Gay Forum Ukraine und Zhinocha Merezha unterstützt. Mit Unterstützung des Gay Forum Ukraine wurden die Organisation Oktanta in Kherson¹²⁴ und Donbas-SozProjekt in Donetsk gegründet, Zhinocha Merezha unterstützte die Frauenorganisationen Insight (Kyiv) und Sfera (Kharkiv), die zunächst als Initiativgruppen tätig waren. Der Großteil der Organisationen ist lokal bzw. regional ausgerichtet, es gibt lediglich zwei Organisationen, die landesweit für die Rechte der LGBT Community eintreten - Nash Mir und Gay Forum Ukraine.

Vernetzung und Zusammenarbeit mit staatlichen Strukturen

Die Vernetzung der Organisationen untereinander steht noch am Anfang, wird aber mit großen Engagement vorangeführt: So gründeten im Juni 2008 Gay Alliance Ukraine, Gay Alliance Cherkasy und Nash Mir eine ukraineweite Union der Gay-Organisationen und im Dezember 2008 schlossen sich neun Organisationen zu einem Nationalen Koordinationsrat der LGBT Organisationen zusammen, der zum 1. November 2009 ca. 20 Mitgliedsorganisationen hatte. Auch wenn einige Organisationen solche Vernetzungen aufgrund der Konkurrenz und Verslossenheit innerhalb der Community für zwecklos halten, ist mit diesen Zusammenschlüssen der Wunsch nach effektiverer und systematischer Interessenvertretung verbunden. Auch in Bezug auf andere Menschenrechtsorganisationen findet eine Annäherung statt, die von den befragten Organisationen positiv bewertet wird.

Die Zusammenarbeit mit staatlichen Organen wird von den befragten Organisationen eher negativ bewertet, da es die staatlichen Instanzen - vor allem die Milizbeamten - sind, die für einen Großteil der Menschenrechtsverletzungen der LGBT Gemeinde verantwortlich sind. Sehen einige der Befragten zumindest einen Willen zur Kooperation -, „Die Behörden verhindern die Arbeit von Gay Forum Ukraine nicht, da dies nicht in ihren Interessen liegt. Sie sind daran interessiert, Ansprechpartner in der Gay-Problematik zu finden.“¹²⁵, so werfen andere Vertreter von LGBT Organisationen den Behörden Vorurteile und diskriminierendes Verhalten vor. Vor allem die Zusammenarbeit mit dem Innenministerium und den Strafverfolgungsbehörden wird als schwierig eingeschätzt. Der Zivilrat für

¹²³ Eine detaillierte Auflistung der Initiativgruppen findet man auf der Webseite <http://www.feminist.org.ua/info/lgbtinfo.php>.

¹²⁴ Die Organisation ist mittlerweile auf die Arbeit mit Drogenabhängigen spezialisiert und deswegen hier nicht unter den LGBT-Organisationen aufgeführt.

¹²⁵ Sheremet: Bud samim soboy.

Menschenrechtsschutz beim Innenministerium bietet laut den befragten Organisationen aufgrund der homophoben Einstellungen bei der Miliz und im Innenministerium wenig Anknüpfungspunkte, zeigt aber in letzter Zeit auch positive Tendenzen: Mittlerweile werden Beschwerden seitens der LGBT-Community angehört und berücksichtigt. So fand am 2. Oktober 2009 eine öffentliche Diskussion über die Einhaltung der Menschenrechte im Innenministerium statt, die unter anderem die Behandlung der LGBT Gemeinde bei der Miliz und Empfehlungen zur Verbesserung der Situation zum Thema hatte¹²⁶. Auch innerhalb der Miliz selbst gibt es positive Entwicklungen: Laut Aussagen einiger befragter Organisationen reagieren Milizmitarbeiter mittlerweile operativer auf homophobe Aggressionen während öffentlicher Aktionen der LGBT-Gemeinde. Bei Verhören und Zeugenbefragungen zeige sich eine insgesamt bessere Behandlung von Mitgliedern der LGBT-Gemeinde und ein Rückgang physischer Gewalt, die Situation sei aber noch verbesserungsbedürftig.

Positive Zeichen kommen auch aus den Reihen der Ministerassistenten. So erhielt die Organisation LiGA im Herbst 2009 eine Anfrage der Ministerassistentin in Poltava mit der Bitte, Fortbildungen für Polizeibeamte und Menschenrechtsaktivisten zum Thema „Beziehungen zwischen der LGBT Gemeinde und den Rechtsschutzorganen“ durchzuführen. Auch die Arbeit des Ministerassistenten in Kyiv wird positiv bewertet. Ein weniger gutes Zeugnis wird den Ministerassistenten in Cherkasy und Mykolayiv ausgestellt, die der LGBT Gemeinde keine Unterstützung bieten und sich in Menschenrechtsfragen bezüglich der LGBT Gemeinde zurückhaltend verhalten.

In Mykolayiv gestaltet sich auch das Verhältnis zur Stadtverwaltung schwierig, die der LGBT Organisation LiGA, obwohl diese sich als Mitglied des regionalen und lokalen Koordinationsrats stark im Bereich HIV/AIDS-Vorbeugung engagiert, in den letzten zwei Jahren unbegründet die Durchführung von öffentlichen Veranstaltungen zum Tag gegen Homophobie in Mai verboten hat.

Deutliche Kritik der befragten Organisationen erfährt auch die Arbeit der Ombudsfrau Karpacheva, die öffentlich für „traditionelle Werte“¹²⁷ eintritt und dabei den Schutz der Rechte sexueller Minderheiten vernachlässigt. Auch die Nationale Expertenkommission für den Schutz der öffentlichen Moral wird negativ bewertet: Der Expertenkommission wird vorgeworfen abweichende Meinungen zu ignorieren und den Meinungspluralismus in der Ukraine zu untergraben. Tatsächlich wurde 2008 auf Initiative der Expertenkommission ein Strafverfahren wegen Verbreitung pornographischer Schriften gegen die von Nash Mir herausgegebene Zeitschrift „Gay.Ua“ eingeleitet, vergleichbare heterosexuelle Magazine wurden nicht indiziert.¹²⁸

Trotz der beschriebenen Probleme in den Beziehungen zwischen der LGBT Gemeinde und den staatlichen Behörden hat nach Meinung der Leiterin von Zhinocha Merezha Laima Geydar im Jahre 2009 die Toleranz führender ukrainischer Politiker gegenüber der homosexuellen Gemeinde zugenommen¹²⁹, was möglicherweise auf die Vorbereitungen zu den Präsidentschaftswahlen 2009-2010 zurückzuführen ist. Prominente Fürsprecher für die LGBT-Bewegung oder gar offen homosexuell lebende Personen des öffentlichen Lebens gibt es in der Ukraine derzeit allerdings nicht.

¹²⁶ Vgl. Kharkiv Human Rights Protection Group: Rekomendaziy.

¹²⁷ Nash Mir: Human Rights Violations.

¹²⁸ ILGA-Europe: Submission to the Parliamentary Assembly, S.7.

¹²⁹ Lgbtua.com: Gey-lesbiyskoe dvizhenie.

Fazit

Auffällig ist, dass die Gruppe der neuen Minderheiten, die unter den Opfergruppen an erster Stelle steht, den bei weitem geringsten Organisationsgrad unter den untersuchten Organisationen aufweist. Viele der bestehenden Interessenvertretungen für Migranten und Flüchtlinge sind zwar gut vernetzt, aber noch jung, ohne etablierte Bürostrukturen und professionellen Mitarbeiterstamm und weitgehend auf ehrenamtliches Engagement angewiesen. Die Verbände historischer Minderheiten und einige der Menschenrechtsorganisationen hingegen sind besser organisiert, teilweise ukraineweit tätig und vernetzt, haben zum Teil hauptamtliche und ausgebildete Mitarbeiter. Die LGBT Bewegung ist die wohl dynamischste unter den beschriebenen Gruppen, sie ist international gut vernetzt und im Begriff, auch regional weiter Fuß zu fassen. Gleichzeitig hat sie in der Gesellschaft mit den massivsten Vorurteilen und Vorbehalten zu kämpfen und wegen der Tabuisierung der Thematik Probleme bei der Rekrutierung von professionellen und ehrenamtlichen Aktivisten. Die Kooperation unter den Nichtregierungsorganisationen selbst wird weitgehend positiv eingeschätzt, auch dank der Aktivitäten der bestehenden Netzwerkstrukturen wie der Diversity Initiative. Die Kooperation mit staatlichen Strukturen und Behörden erfährt hingegen eine gemischte Beurteilung. Weitgehende Anerkennung erfährt die Bereitschaft des ukrainischen Staates, das Problem von Xenophobie und Hate Crime anzuerkennen und durch eine Reihe von Maßnahmen zu bekämpfen. Mehrere Organisationen hinterfragen allerdings die Motivation dieses staatlichen Engagement, mutmaßen, dass es in erster Linie darum gehe, internationale Befürchtungen zu zerstreuen und die internationale Reputation des Landes zu erhalten. Die Effizienz der staatlichen Programme und der zum großen Teil neu eingerichteten Arbeitsstäbe zur Bekämpfung von Hate Crime wird von den befragten Organisationen generell kritisch beurteilt.

Um die Handlungsfähigkeit und Effizienz der bestehenden Einrichtungen zu entwickeln scheint eine Reihe von Maßnahmen angezeigt. In erster Linie betrifft das das Capacity und Institution building für Interessenvertretungen von „neuen Minderheiten“. Hierbei gilt es zu beachten, in wie weit dazu die Nutzung der Professionalität und Erfahrungen der bestehenden Menschenrechtsorganisationen und der Verbände historischer Minderheiten möglich ist. Weiter entwicklungsfähig und lohnend scheint auch die Förderung der regionalen und internationalen Netzwerkbildung und des Erfahrungsaustausch unter den aktiven NGOs untereinander. Besonderes Augenmerk sollte auf die Beratung der staatlichen Behörden gelegt werden, die unbedingt dazu angehalten werden müssen, ihre Aufgaben und Verantwortung zur Bekämpfung von Hate Crime im angezeigten Ausmaß wahrzunehmen.

4.2. Angebote zivilgesellschaftlicher Akteure

Im Folgenden werden die bereits bestehenden Angebote zivilgesellschaftlicher Organisationen für die Bekämpfung und Prävention von Hate Crime zusammengefasst. Die Gliederung erfolgt nach den zentralen Angeboten – Monitoring, Opferberatung und Opferunterstützung, Bildungsarbeit, Gesetzesinitiativen und Bewusstseinsbildung in der Gesellschaft. Die Zusammenstellung beruht auf Auskünften der befragten Organisationen.

4.2.1. Monitoring

Wichtigster Akteur im Bereich Monitoring von Hate Crime ist der Congress of National Communities of Ukraine (KNGU), dessen Experte Vyacheslav Likhachev seit 2006 Hate Crime Vorfälle gegenüber religiösen und ethnischen Minderheiten in der Ukraine zusammenträgt und analysiert. Seine Daten stammen aus Presseberichten, von persönlichen Kontakten zu staatlichen Behörden und von anderen NGOs, die die Informationen direkt von ihrer Zielgruppe erhalten, aber keine Möglichkeiten haben, diese selbst zu bearbeiten und zu publizieren. Einige wenige Organisationen sammeln Daten über Übergriffe gegen ihre Zielgruppe, führen aber kein umfassendes Monitoring durch. So sammelt das African Centre zwar Daten über Hate Crime gegen Afrikaner, diese werden aber nur für den internen Gebrauch gesammelt und werden nicht vom African Centre selbst sondern von Netzwerken wie Diversity Initiative, Transparency International bzw. vom KNGU veröffentlicht. Auch das Social Action Centre - No Border Project - die erste Organisation, die sich im Monitoring von Hate Crime engagiert hat – sammelt Daten zu Menschenrechtsverletzungen gegenüber Flüchtlingen und Migranten, veröffentlicht aber keine Berichte über diese Vorfälle. Ferner gibt es einige Organisationen, die ein Monitoring der allgemeinen Menschenrechtssituation in der Ukraine durchführen und dabei auch Hate Crime Fälle dokumentieren. So kontrolliert Spilna Meta die Umsetzung internationaler Verpflichtungen und Standards in der Gesetzgebung der Ukraine, Yednannya die politische, rechtliche und soziale Situation der Bevölkerung und die Vynnytsya Human Rights Protection Group dokumentiert Menschenrechtsverletzungen in Gefängnissen. Das Kharkiv Institute for Social Research führt ein Monitoring von Menschenrechtsverletzungen bei den Rechtsschutzorganen durch und engagiert sich in diesem Rahmen auch gegen das so genannte „ethnic profiling“. Ferner gibt es drei Organisationen, die Informationen über die Tätergruppen sammeln: Das Podilsky Centre for Social Technologies sowie das Kharkiv Institute for Social Research beobachten die Aktivitäten von rechtsextremen Jugendgruppen in ihrer Umgebung und das Social Action Centre - No Border Project sammelt Informationen zu Aktivitäten rechtsextremer Gruppen, wie Märsche, Musikfestivals und zu Aktivitäten von rechten Fußball Fangruppen in Kyiv und leitet diese an die Rechtsschutzorganen weiter. Auch von mehreren LGBT-Organisationen (Za rivni prava, LiGA, Nash Mir, Gay Alliance Cherkasy) werden Informationen über Diskriminierung und Hate Crime gegenüber LGBT in ihrer Region gesammelt, ein regelmäßiges und die gesamte Ukraine abdeckendes Monitoring wird jedoch nur von der Organisation Nash Mir durchgeführt.

Für die Professionalisierung der Monitoringangebote setzen sich verschiedene Akteure ein. So fand bereits im November 2007 ein von Amnesty International organisierter Runder Tisch über die Einführung von Standards der Dokumentation von Rassismus und Xenophobie mit Beteiligung des East-Europe Development Instituts, des KNGU und der International Renaissance Foundation statt. Im Jahr 2008 organisierten das Centre for Civil Liberties, die Ukrainian Helsinki Human Rights Union und andere NGOs ein Seminar zum Monitoring von Xenophobie, das als Ausgangspunkt für die Entwicklung eines Monitoringnetzes in den einzelnen Regionen dienen sollte. Auch ODHIR bietet Methodenrainings zur Entwicklung von Hate Crime Monitoring für ukrainische NGOs an. Das im Rahmen des Osteuropaprogramms von FARE und der Never-again-Association 2009 gegründete East Europe Monitoring Centre plant, im Jahr 2010 einen Schwerpunkt auf Fälle von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit zu legen und hierzu mit lokalen Monitoringorganisationen zusammenzuarbeiten.

Die Verwendung von Hate Speech in den Medien wird von einzelnen Menschenrechtsorganisationen und Netzwerken (Social Action Centre - No Border Project, Amnesty International) überwacht, hat jedoch keinen systematischen Charakter. Neben den erwähnten Organisationen engagieren sich auch einzelne Minderheitenorganisationen in diesem Bereich: Vaad sammelt antisemitische Äußerungen und Publikationen. Gay Forum Ukraine sammelt und publiziert homophobe Äußerungen von Personen des öffentlichen Lebens. Das Donbas-Sozprojekt führt ein regelmäßiges Pressemonitoring zur Darstellung der LGBT-Gemeinde in den Regionen Donezk und Luhansk durch. Auf der Krym werden antiislamische Medienberichte von der Organisation Integratsiya i Rozvytok dokumentiert.

4.2.2. Opferberatung und Opferunterstützung

Nur wenige Angebote nichtstaatlicher Träger sind gezielt auf die Betreuung oder Beratung von Opfern rassistischer Diskriminierung und Gewalt ausgelegt. Zwei Organisationen bieten Angebote für Opfer von rassistisch motivierter Gewalt an: La Strada Ukraine, die neben ihrer Telefonhotline für Opfer von häuslicher Gewalt seit Anfang 2010 auch eine Hotline für Opfer von Ausländerfeindlichkeit eingerichtet hat, die sich allerdings noch im Aufbau befindet und das Social Action Centre - No Border Project, das ausländische Studierende mit Informationen und Ratschlägen zum Thema Fremdenfeindlichkeit versorgt. Juristische Unterstützung für Opfer von Menschenrechtsverletzungen und damit auch für Opfer rassistischer Diskriminierung und Gewalt bieten außerdem die Ukrainian Helsinki Human Rights Union und die Organisation Yednannya an. Psychologische Hilfe für Opfer rassistisch motivierter Gewalt leisten auch die Organisationen Keshet und Yunka.

Zahlreiche Organisationen – zum Großteil Partnerorganisationen des UNHCR – bieten juristische, soziale, psychologische, medizinische Hilfe und Integrationsangebote für Flüchtlinge und Migranten, allerdings ohne Fokus auf die Opfer von Hate Crime. Diese Hilfen werden als ein wichtiges Angebot für die Flüchtlinge und Migranten in der Ukraine wahrgenommen. Nach Einschätzungen von Experten konnten die Anerkennungsraten für Migranten durch diese Angebote des UNHCR Partnerorganisationen in den vergangenen Jahren bedeutend erhöht werden. Das Chernihiv Human

Rights Committee und Caritas Ukraine bieten juristische Hilfe für Flüchtlinge direkt in den beiden ukrainischen Auffanglagern bei Chernihiv und im Gebiet Volyn an. HIAS bietet neben Übersetzerdiensten, juristischer Beratung und Hilfe beim Beantragen des Flüchtlingsstatus auch eine besondere Unterstützung für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge: Diese können mit Hilfe eines Vertreters – dem so genannten Pflegerat, den HIAS stellt - auch ohne die Begleitung ihrer Erziehungsberechtigten einen Antrag auf Flüchtlingsstatus stellen. Juristische Unterstützung für Flüchtlinge und Migranten bieten auch die Organisationen Berkat, Kharkiv Institute for Social Research, MRZ, Social Action Centre - No Border Project, Social Service of Assistance und die Vynnytsya Human Rights Protection Group an. Berkat, MRZ und Flora offerieren soziale Unterstützung in Form von Lebensmitteln, Kleidung und Geld und psychologische oder medizinische Hilfe. Die Organisation Social Service of Assistance gründete Sonntagsschulen für Flüchtlingskinder und der KNGU organisiert mit Unterstützung von HIAS das regelmäßig stattfindende Kinderlager „Quellen der Toleranz“, an dem auch Kinder von Flüchtlingen und ethnischen Minderheiten teilnehmen. Zu erwähnen ist hier auch eine Initiative einer Studentengruppe des Medizinischen Instituts in Vinnytsya, die ein Mentorenprogramm für ihre ausländischen Kommilitonen eingerichtet hat.

Da die meisten historischen Minderheiten in der heutigen Ukraine gut integriert sind und Hate Crime Fälle gegen sie nicht belegt sind, gibt es keine spezifischen Angebote der Verbände historischer Minderheiten in diesem Bereich. Die Association of Poles in Ukraine und die Association of Hungarian Culture in Zakarpattya konzentrieren sich in ihren Angeboten auf die Wahrung des kulturellen Erbes, der Sprache und den Schutz der kulturellen, sozialen und politischen Rechte ihrer Angehörigen.

Auch die Verbände der drei Gruppen unter den historischen Minderheiten, die von Diskriminierung, Vandalismus und Hate Speech am meisten betroffen sind - die Juden, Roma und Krimtataren - haben keine spezifischen Angebote für die Opferberatung entwickelt. Die Roma-Organisation Chirikli und der Congress of Roma in Ukraine haben Angebote zur Integration und sozialen Hilfe (medizinische, juristisch und psychologische Beratung) für Roma entwickelt. Chirikli führt außerdem ein Programm zur Stärkung von Roma-Frauen auf dem Arbeitsmarkt und innerhalb der Familie durch. Für die Roma engagiert sich außerdem die Organisation Gorenje, die eine Vorschule für Roma-Kinder organisiert und die außerdem – im Rahmen des Councils of National Communities in Pavlograd - Hilfe und juristische Unterstützung für Roma und andere nationale Minderheiten bei der Zusammenarbeit mit den Rechtsschutzorganen anbietet. Mit dem European Roma Rights Centre (ERRC) und der International Renaissance Foundation (IRF) engagieren sich auch zwei internationale Organisationen für die Roma in der Ukraine. Beide Organisationen unterstützen bereits bestehende Roma NGOs, deren Zusammenarbeit und Vernetzung untereinander und mit anderen Partnern und Geldgebern und kämpfen für einen besseren Zugang von Roma zum medizinischen und juristischen System. Seit Ende 2009 fördert die IRF eine Telefonhotline, die Betreuung und weiterführende Hilfe für diskriminierte Roma anbietet.

Die befragten LGBT-Organisationen unterstützen ihre Zielgruppe sowohl juristisch als auch psychologisch und medizinisch. Fast alle befragten Organisationen bieten bei Bedarf juristische

Unterstützung und Beistand im Fall von Gerichtsverfahren an (Nash Mir, LiGA, Gay Forum Ukraine, Gay Alliance Cherkasy, Zhinocha Merezha, Kredo), die Organisation Kredo und die beiden Frauenorganisationen Sfera und Zhinocha Merezha bieten außerdem auch psychologische und medizinische Hilfe an, wobei die beiden letzteren sich hier vor allem auf Opfer häuslicher Gewalt konzentrieren. Einige Organisationen engagieren sich außerdem in den Bereichen Mobilisierung und Förderung der Community durch den Aufbau eines landesweiten Netzes von LGBT-Aktivisten, Fortbildungen zum Thema „Women Empowerment“ (Sfera, Zhinocha Merezha), „korrektes Verhalten bei Festnahmen durch die Miliz“ (Nash Mir) oder die Publikation von Informationsmaterial (Gay Forum Ukraine, Za rivni prava, Zhinocha Merezha, Kredo, Gay Alliance Cherkasy).

4.2.3. Bildungsangebote für zentrale Akteure

Unter Bildungsangeboten werden im Folgenden spezifische Qualifizierungsmaßnahmen für abgegrenzte Zielgruppen wie Vertreter staatlicher Behörden und Multiplikatoren wie Journalisten, Lehrer und andere Multiplikatoren zusammengefasst.

Trotz der Schwierigkeiten, die viele Vertreter der Opfergruppen mit staatlichen Behörden, allen voran den Rechtsschutzorganen haben gibt es bisher nur wenige Angebote, die auf eine Veränderung der Einstellungen und Verhaltensweisen der ukrainischen Rechtsschutzorgane ausgerichtet sind: Das Chernihiv Human Rights Committee bietet Fortbildungsmaßnahmen zum Thema Menschenrechte für Milizmitarbeiter und Vertreter lokaler Behörden an, Spilna Meta organisiert Bildungsangebote für Beamte des Justiz- und des Innenministeriums sowie für Mitarbeiter des Staatskomitees für Nationalitäten und Religion. Chirikli führte 2008 Trainings für Beamten staatlicher Stellen, die mit ethnischen Minderheiten arbeiten, durch. Die Organisationen Yednannya, Moloda Cherkashyna und Yunka engagieren sich im Rahmen verschiedener Projekte im Bereich Fortbildung der Rechtsschutzorgane, um diese für fremdenfeindliche Aspekte bei Straftaten und bei der Abwicklung von strafrechtlichen Vorgängen zu sensibilisieren. Mit dem Danish Refugee Council, ECRE und ODIHR sind in diesem Bereich auch drei internationale Akteure aktiv. Das Danish Refugee Council führt im Rahmen eines im Februar 2009 begonnenen Projektes in Kyiv, Zakarpattya, Odesa, Vynnytsya, Kharkiv zum Thema „Rechte von Kindern, Flüchtlingen und Asylbewerbern“ Trainings für Grenzbeamte und Beamte des Migrationsdienstes durch. ECRE organisierte 2008 Schulungen für Grenz- und Polizeibeamte, um deren Bewusstsein für die Situation von Flüchtlingen zu stärken. ODIHR bietet seit 2007 ein Hate Crime Training für Milizmitarbeiter an. Das Programm kann derzeit nicht fortgesetzt werden, weil das entsprechende Memorandum zwischen ODIHR und dem Innenministerium schon seit mehreren Monaten nicht zur Unterzeichnung kommt.

Die von vielen LGBT-Organisationen geforderte Bildungsarbeit mit Rechtsschutzorganen zur LGBT-Thematik steht noch ganz am Anfang: So führte die Organisation LiGA auf Initiative der Ministerassistentin aus Poltava im Herbst 2009 erstmals ein eintägiges Training für Milizbeamte und Menschenrechtler zum Thema „Beziehungen zwischen LGBT und den Rechtsschutzorganen“ durch,

dieses soll in Zukunft wiederholt werden.¹³⁰ Um auf ein besseres Verständnis innerhalb der staatlichen Strukturen für LGBT hinzuarbeiten, gibt die Organisation Donbas-Sozprojekt ihre Forschungsergebnisse zur LGBT-Thematik auch an staatliche Organisationen weiter.

Die Organisationen Social Action Centre - No Border Project, KNGU, Yednannya, Vidkryta Polityka, und La Strada Ukraine bieten Seminare zur Ausländer- und Romathematik für Journalisten an. Das Social Action Centre - No Border Project und Vidkryta Polityka organisieren Fortbildungen im Bereich Hate Speech. Der KNGU fördert in einem speziellen Programm außerdem Journalisten aus nationalen Minderheiten. Um Fortbildungen von Journalisten zum Thema LGBT bemühen sich außerdem die Organisationen Nash Mir, Gay Forum Ukraine und Zhinocha Merezha.

Neben diesen Angeboten für Mitarbeiter der Miliz und Journalisten gibt es einige Fortbildungsangebote, die sich an Lehrer, Wissenschaftler und Mitarbeiter von NGOs richten. In diesem Bereich tätig sind der KNGU, der Seminare für Lehrer und Bibliothekare durchführt und die Roma-Organisation Chirikli, die Fortbildungen für Lehrer zum Umgang mit Roma-Kindern anbietet. Für die Fortbildung von NGO-Vertretern und Menschenrechtsaktivisten zum Thema Toleranz und Rassismus engagieren sich zwei der befragten Organisationen: Social Service of Assistance hat gemeinsam mit der Kyiv-Mohyla-Akademie Seminare über die „Psychologie des Hasses und Rassismus“ für Mitarbeiter von NGOs und Sozialarbeiter durchgeführt. Das Podilsky Centre for Social Technologies sowie die International School of Human Rights and Democracy – eine gemeinsame Initiative des YHRM und anderer NGOs- bietet Trainings für junge Menschenrechtsaktivisten zum Thema Toleranz an.

4.2.4. Interessenvertretung und Gesetzesinitiativen

Die wichtigsten Akteure sind die beiden Dachorganisationen KNGU und die Diversity Initiative. Der KNGU ist Mitglied im Rat für Ethnopolitik beim Präsidenten der Ukraine und nimmt an der Arbeit der Expertengruppe zur Gesetzgebung teil, in der 2009 auch die Novellierung der Hate Crime Gesetzgebung diskutiert wurden. Die Arbeitsgruppe für rechtliche Fragen der Diversity Initiative, der die Kharkiv Human Rights Protection Group, die Vynnytsya Human Rights Protection Group und die Ukrainian Helsinki Human Rights Union – angehören, erstellt juristische Expertisen zur internationalen Antidiskriminierungs- und Hate Crime Gesetzgebung und vermittelt ihre Einschätzungen an staatliche Instanzen. Die Kharkiv Human Rights Protection Group richtete im Mai 2009 mit dem ukrainischen UNHCR Büro, IOM Ukraine und der ukrainischen Abteilung der Amerikanischen Assoziation der Juristen einen Runden Tisch zur Diskussion eines Antidiskriminierungsgesetzes aus. Die Vynnytsya Human Rights Protection Group organisierte den Protest gegen das Verbot des Filmes „Brüno“ in der Ukraine, ebenso wie gegen die Zwangsdeportation von Flüchtlingen aus Sri Lanka im März 2009.

¹³⁰ Vgl Kapitel 3.1.

Neben diesen institutionellen Akteuren engagieren sich auch einige Bürgerbewegungen im Bereich Bekämpfung und Prävention von Hate Crime. Im Juni 2007 fand ein von der Bewegung „SOS! Rassismus“ organisierter Marsch gegen Rassismus statt, an dem ca. 200 Menschen teilnahmen. Der Marsch endete mit der Übergabe einer von Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens unterzeichneten Petition an Präsident Yushchenko, die ihn aufforderte, Maßnahmen gegen Hate Crime zu ergreifen. Im Februar 2008 fand eine Kundgebung ausländischer Studierender des polytechnischen Instituts in Kyiv statt. Die Studenten forderten den Staat auf, sichere Lebens- und Studienbedingungen zu gewährleisten und Hate Crime bei der juristischen Verfolgung nicht weiter als Rowdytum zu klassifizieren.

Analysen zur rechtlichen Situation von Flüchtlingen und Migranten führt das Chernihiv Human Rights Committee durch, die ihre Ergebnisse ebenfalls in Form von Empfehlungen an staatliche Strukturen weiterleiten. HIAS setzt sich für die Novellierung des Anerkennungsverfahrens für Flüchtlinge entsprechend der UNHCR Standards ein.

Lobbying für die Interessen der historischen Minderheiten betreiben neben dem KNGU und dem Council of National Communities in Pavlograd nur wenige Organisationen. Der krimtatarische Medzhlis engagiert sich vor allem im Bereich der sozialen Integration und für die rechtliche Rehabilitierung ehemals deportierter Krimtataren. Die befragten Roma-Organisationen versuchen, ihre Interessen durch verstärkte Zusammenarbeit mit Behörden, Verbänden, Organisationen und einflussreichen Persönlichkeiten innerhalb der Ukraine und durch Vernetzung mit internationalen Akteuren wie dem Europarat, ERRC und der OSZE auf internationaler Ebene zu vertreten. Der Congress of Roma in Ukraine ist außerdem Mitglied im Expertenausschuss des Europarats für Roma und Nomaden (MG-S-ROM) und beim Europäischen Forum für Roma und Nomaden (ERTF)¹³¹. Jüdische Organisationen vertreten ihre Interessen durch die Assoziation Vaad.

Innerhalb der LGBT-Community sind die Zusammenschlüsse von LGBT-Organisationen, aber auch einzelne Organisationen (Zhinocha Merezha, Nash Mir, Gay Forum Ukraine, Za rivni prava) im Bereich Lobbying aktiv. So werden offene Briefe mit Forderungen zum Thema Gleichberechtigung und Diskriminierung an die Regierung und verschiedene Ministerien gesandt und Pressekonferenzen organisiert.

4.2.5. Bewusstseinsbildung in der Gesellschaft

Im Bereich Öffentlichkeitsarbeit gibt es zahlreiche Projekte, die sich mit unterschiedlichsten Methoden um die Förderung von Toleranz und die Verbesserung der interethnischen Beziehungen in der ukrainischen Gesellschaft bemühen. In Dezember 2009 führten die Europäischen Informationszentren (darunter auch die befragte NGO Kreativ) so genannte „Toleranzwochen“ in 14 Regionen der Ukraine durch.

¹³¹ Europarat: Situationsanalyse.



Abb.8. Seit 2006 mehren sich die von antirassistischen Aktionsbündnissen veranstalteten Proteste gegen Rassismus: Marsch gegen Rassismus, Juni 2007

Hierzu wurden Trainings, Konferenzen, Rollenspiele, Menschenrechts-Kinofestivals, Kulturabende, Malwettbewerbe ausgerichtet. Im Jahr 2008 hat die Romaorganisation Chirikli die vom Europarat initiierte „Dosta! Kampagne“ in der Ukraine durchgeführt, die unter anderem eine Hinterfragung der negativen Stereotypisierung der Roma in der Ukraine zum Ziel hatte. Die Diversity Initiative initiierte die Kampagne „We have more in common than we think: the colour of our skin doesn't matter“ mit Informations- und Kulturveranstaltungen wie den „living library events“. Dort erzählten Vertreter ethnischer Minderheiten aus ihrem Leben. Ebenfalls von der Diversity Initiative werden die regelmäßig stattfindenden Straßenfestivals und Jugendaktionen ethnischer Gemeinden, wie z.B. der African Day“, unterstützt, die der ukrainischen Bevölkerung die Lebensweise und Kultur ihrer Mitbürger näher bringen wollen. Die Organisation Vidkryta polityka organisiert multiethnische Festivals und Kunstevents zum Thema Toleranz und führt – wie auch die NGOs Yunka, Keshet, Moloda

Cherkashyna, KNGU, Kreativ und Yednannya – öffentliche Kampagnen gegen Rassismus und Xenophobie durch. Die Organisation Social Action Centre - No Border Project organisierte im Mai 2008 eine antifaschistische Demonstration in Kyiv. Ferner beteiligt sich eine Vielzahl der Organisationen an internationalen Antirassismus-Aktionen wie der FARE Action Week oder der „All different – all equal“ – Kampagne der Europäischen Kommission und des Europarats. Zu erwähnen ist hier außerdem eine Aktion der Initiative „SOS! Rassismus“, die – von der Abteilung für Nationalitäten und Religionen der Kyiver Stadtverwaltung unterstützt - im Mai 2009 mit prominenten Persönlichkeiten aus dem ukrainischen Showbusiness auf Werbeplakaten für mehr Toleranz in der Ukraine warb.



Abb. 9. Prominente Ukrainer wie Valid Arfush, Anna Tymbaluk, Savik Shuster (v. l.n.r.) werben für Toleranz.

Ferner werden auch Veranstaltungen und Diskussionen für die breite Öffentlichkeit angeboten: So organisieren das Chernihiv Human Rights Committee und die Ukrainian Helsinki Human Rights Union regelmäßig öffentliche Gesprächsrunden und Vorträge zum Thema Diskriminierung und Rassismus. Das von der Ukrainian Helsinki Human Rights Union und anderen NGOs organisierte Human Rights Filmfestival fand im Jahr 2009 bereits zum sechsten Mal statt.

Einige Organisationen nutzen verschiedene Medien, um die Bevölkerung zu erreichen. So versucht das African Centre über eine Webseite zum Thema „Afrika“ und „Afrikaner in der Ukraine“ die eigene Kultur und Situation in der Fremde der ukrainischen Bevölkerung näher zu bringen und die Organisationen Integratsiya i Rozvytok, das Podilsky Centre for Social Technologies und die Kharkiv Human Rights Protection Group publizieren Aufklärungs- und Informationsbroschüren und Bücher zum Thema „Toleranz“ und „Fremdenfeindlichkeit“ für die Bevölkerung. Der KNGU veröffentlicht gemeinsam mit anderen NGOs im Rahmen eines Matra-Programms Lehrbücher zum Thema Toleranz, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus. Das Podilsky Centre for Social Technologies ist außerdem auch für die Ausstrahlung einer lokalen TV-Sendung über das Leben von Mitgliedern ethnischer Minderheiten in der Ukraine verantwortlich, die zu mehr Verständnis für deren Situation innerhalb der ukrainischen Bevölkerung beitragen soll.

Ein starker Akteur für Bildungsangebote für Kinder und Jugendliche ist der KNGU, der neben dem Kinderlager „Quellen der Toleranz“¹³² und den Toleranzclubs für Kinder in sechs ukrainischen Städten¹³³ und Chisinau mit der Unterstützung von Partner-NGOs auch eine Wanderausstellung zu Toleranz von und für Kinder, ein Festival der Sprachen in Chisinau, und regionale Seminare zur Menschenrechtsslage durchführt. Spezielle Aktionen zum Thema „Menschenrechte und Toleranz“ für Jugendliche werden von der krimtatarischen Organisation Bizim Qirim, dem African Centre und der Organisation Vidkryta polityka durchgeführt, wobei letztere eng mit Schulen, Bibliotheken und Museen zusammenarbeitet. Um das Thema „Stereotype und Vorurteile gegenüber Roma ging es in einem von Chirikli an Schulen in Odesa, Melitopol, Kontsevo und Perechyn durchgeführten Malwettbewerb, der auch von Verbänden anderen nationalen und religiösen Minderheiten (Türken, Krischnaiten) unterstützt wurde. Im Bereich Toleranzerziehung und politische Bildung für Kinder und Jugendliche sind außerdem auch die Organisationen Nova Doba, Kreativ, SVIT Ukraine, Moloda Cherkashina, das Youth Centre for Regional Development und das Podilsky Centre for Social Technologies engagiert. Außerdem gibt es einige Forschungsinstitute sowie Universitäten, die Projekte und Seminare zum Thema Holocaust und Toleranz anbieten. Erwähnenswert sind auch verschiedene kleine Gruppen ausländischer Studierender, die Vorlesungen und Projekte zum Thema Toleranz und Fremdenfeindlichkeit an Schulen und Universitäten organisieren.

Unter den befragten LGBT-Organisationen sind besonders die Frauenorganisationen, die sowohl für die Gleichberechtigung von Frauen als auch für die Interessen der der LGBT Gemeinde kämpfen in der Öffentlichkeitsarbeit engagiert.¹³⁴ Eine Schwierigkeit besteht darin, dass geplante öffentliche Aktionen von LGBT Gruppen häufig im Vorfeld von den zuständigen Behörden verboten werden. Einige Vertreter der LGBT Community bezweifeln, dass die ukrainische Bevölkerung bereits offen genug sei für die Durchführung von Gay-Paraden. Viele der LGBT Organisationen arbeiten daher verdeckt. Nach Einschätzung von LiGA und Gay Forum Ukraine könnten Gay-Paraden in der Ukraine homophobe Stimmungen provozieren und Rechtsextreme, die nach Sündenböcken suchen, auf den Plan rufen. Diese Organisationen haben sich für die Strategie entschieden, in der öffentlichen Diskussion eher über Medien und politische Lobbyarbeit mitzuwirken.

4.3. Internationale Förderprogramme

Nur wenige Förderprogramme internationaler Förderinstitutionen sind explizit dem Kampf gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit gewidmet. Viele Staaten und Akteure unterstützen im Rahmen ihrer Menschenrechts- oder Demokratiprogramme aber auch Initiativen und Projekte gegen Hate Crime. Unter den Einzelstaaten, sind vor allem die USA, Kanada, Deutschland, Finnland, die Niederlande, Norwegen, Schweden, die Schweiz und Großbritannien zu nennen. Unter den internationalen Akteuren sind die EU, die OSZE, UNDP, UNHCR, ECRE, FARE und das DRC aktiv.

¹³² Zwischen 2002 und 2009 nahmen insgesamt 2500 Kinder an diesem Sommerlager teil.

¹³³ Kyiv, Odesa, Lviv, Mariupol, Simferopol, Kharkiv. Pro Jahr nehmen ca. 300-400 Kinder an den Aktionen der Toleranzclubs teil.

¹³⁴ So organisierte z.B. die Organisation Sfera im Jahr 2009 sowohl eine Aktion zum internationalen Frauentag am 8.März als auch eine Aktion am Tag gegen Homophobie (17.Mai).

Unter den ukrainischen Stiftungen fördert die International Renaissance Foundation schwerpunktmäßig Programme für Roma. Die folgende Darstellung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit, soll aber eine Orientierung über die Förderungen der vergangenen fünf Jahre in Bezug auf die Förderbereiche Monitoring, Opferberatung, Bildungsarbeit, Interessenvertretung und Gesetzesinitiativen und Bewusstseinsbildung in der Gesellschaft geben.

Es gibt drei Programme, die sich ausschließlich auf die Bekämpfung von Xenophobie konzentrieren und dabei mehrere der oben genannten Förderbereiche abdecken. Das Democracy Grants Programme der Public Affairs Section der US-Botschaft in Kyiv schrieb 2008 – gemeinsam mit dem Media Development Fund – ein Förderprogramm für Initiativen gegen Xenophobie und Rassismus aus. Mit jeweils 10.000€ wurde eine Vielzahl von Organisationen gefördert, die sich in den Bereichen Monitoring, Beratungsangebote, Bildungsangebote für die Miliz, Gesetzesinitiativen und Toleranzförderung engagierten. Das Osteuropa-Programm des europäischen FARE-Netzwerkes (Football Against Racism in Europe) startete anlässlich der EM, die 2012 in der Ukraine und Polen stattfindet, ein Förderprogramm für Toleranzprojekte (Monitoring, Bildungsarbeit und Toleranzförderung). Über die Fördersumme wurden keine Angaben gemacht. Das Matra-Programm der niederländischen Botschaft fördert ab 2009 - zusammen mit dem Anne-Frank-Haus und dem Fond für zentral- und osteuropäische Bücher - ein Projekt gegen Xenophobie und Antisemitismus in der Ukraine. Hier werden 16 Lehr- und elf wissenschaftliche Bücher zum Thema Toleranz, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus übersetzt bzw. entwickelt, um dann öffentlichen Einrichtungen zur Verfügung gestellt zu werden. Ferner werden mit dem Gesamtbudget von 500.000 € Toleranzseminare für Lehrer, Schuldirektoren, Bibliothekare, Journalisten und Studenten gefördert. Das Programm läuft bis 2011. Das Matra-Programm engagiert sich außerdem im Bereich Beratungsangebote für Flüchtlinge und LGBT.

Im Bereich Monitoring von Hate Crime wurden abgesehen von den oben erwähnten Projekten bisher keine Fördergelder vergeben. Das EIDHR-Programm der Europäischen Kommission hat von 2004 bis 2006 ein Netzwerk zur Überwachung von Diskriminierung und Intoleranz gegenüber benachteiligten sozialen Gruppen gefördert, das Hate Crime Fälle aber nur am Rande beinhaltete. Die International Renaissance Foundation (IRF) und die National Endowment for Democracy (NED) förderten Projekte zum Monitoring von Hate Speech.

Beratungsangebote, die sich direkt und ausschließlich an Hate Crime Opfer richten, wurden bisher nicht unterstützt. Angebote für Flüchtlinge und Asylbewerber wurden aber vom Open Society Institute, ECRE, dem Matra- Programm der Niederlande, dem Kleinprojekteprogramm der Schweiz, USAID, den Aeneas¹³⁵ und EIDHR Programmen der Europäischen Kommission und dem UNHCR finanziert. Beratungsangebote für Roma wurden von EIDHR, den Botschaften von Deutschland, der Schweiz, Finnland, Schweden und der International Renaissance Foundation gefördert. LGBT-Organisationen wurden von EIDHR, dem Matra-Programm der Niederlande, der International Renaissance Foundation, ILGA, Mama Cash und der AIDS Alliance unterstützt.

¹³⁵ Das Aeneas Programm der europäischen Kommission lief von 2004 bis 2006.

Die Fortbildung von Milizmitarbeitern und Grenzbeamten wurde bisher von der deutschen Botschaft und NED gefördert. Die norwegische Botschaft unterstützte gemeinsam mit der OSZE ein Training über interethnische Beziehungen für Kommunalbeamte auf der Autonomen Republik Krym. NED und die deutsche Botschaft fördern außerdem Projekte, die eine Stärkung und Fortbildung bestehender NGO-Strukturen und deren Kooperation mit staatlichen Behörden zum Ziel haben. Die EU fördert ein Projekt zur Fortbildung von Journalisten zur Roma-Problematik.

Projekte zur Interessenvertretung und zu Gesetzesinitiativen wurden, abgesehen von den im Rahmen des Democracy Grants Programms der US Botschaft 2008 geförderten Initiativen, bisher nicht unterstützt.

Im Bereich Toleranzernziehung ist eine Vielfalt von Fördergebern aktiv. Kanada, Deutschland, Großbritannien und die Europäische Kommission engagierten sich für Toleranzprojekte im Kinder- und Jugendbereich. Die International Renaissance Foundation und NED förderten Forschungen und Publikationen zum Thema Rassismus. Öffentliche Aktionen und Kampagnen wurden von den Botschaften der Schweiz und Kanada, der Friedrich-Ebert-Stiftung, der Europäischen Kommission und der UNDP finanziell unterstützt. Das DRC schrieb zum Thema Toleranzernziehung im Februar 2009 einen Kleinprojektwettbewerb aus. Über die hierdurch geförderten Projekte ist noch nichts bekannt.

Außerdem gibt es einige weitere Kleinprojekteprogramme, über die auch Projekte gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit gefördert werden können. Zu nennen sind hier der Fund for Local Initiatives der Kanadischen Botschaft, der Small Project Fund der Norwegischen Botschaft, das Small Project Programm für NGOS der Schweizerischen Botschaft, der Strategic Programme Fund der britischen Botschaft, das Programm Partnerschaft für gesellschaftliche Initiativen der Robert Bosch Stiftung (2006 – 2009) und das Small Grant Programme der Heinrich-Böll-Stiftung.

4.4. Problembeschreibung und Handlungsempfehlungen

Im Folgenden werden jeweils nach einer kurzen Problembeschreibung die Handlungsempfehlungen für die Felder Monitoring, Opferberatung und Opferunterstützung, Bildungsangebote für zentrale Akteure, Interessenvertretung und Gesetzesinitiativen und Bewusstseinsbildung in der Gesellschaft zusammengefasst. Die Handlungsempfehlungen wurden aus den gesammelten Vorschlägen der befragten Organisationen abgeleitet. Sie richten sich an internationale und ggf. nationale Stiftungen und Förderinstitutionen, deren Ziel es ist, bestehende zivilgesellschaftliche Einrichtungen bei der Entwicklung von Präventionsstrategien und von Hilfsangeboten für Hate Crime Opfer zu unterstützen.

a) Monitoring

Ein umfassendes staatliches Monitoring von Hate Crime wird in der Ukraine bisher nicht geführt. Internationale wie auch ukrainische Institutionen beziehen sich daher auf Datensammlungen, die von Nichtregierungsorganisationen durchgeführt werden. Zentrales Problem des nichtstaatlichen Monitoring ist dessen Unvollständigkeit, die auf den Mangel an Informationen aus vielen Regionen, der bisher weitgehend fehlenden Zusammenarbeit mit staatlichen Strukturen, einen Mangel an Methodenkenntnissen und den schwierigen Zugang zu einzelnen Opfergruppen zurückzuführen ist. Auch ist die Bereitschaft der Opfer, Strafanzeigen zu erstatten nach Angaben von befragten Nichtregierungsorganisationen gering. Hierfür sind sowohl die mangelnden Sprachkenntnisse vieler Opfer bzw. fehlende Übersetzungsmöglichkeiten verantwortlich als auch die häufig unklare Lage des rechtlichen Status (bei Migranten und Flüchtlingen). Einzelne Opfer oder ganze Opfergruppen wie die Roma haben durch schlechte Erfahrungen mit den Rechtsschutzorganen (vor allem Erpressung) häufig das Vertrauen in die ukrainischen Rechtsschutzorganen verloren. Auch die LGBT-Opfer zeigen sich bezüglich der Meldung von Hate Crime Übergriffen als sehr verschlossen, was von den befragten Organisationen auf einen Mangel an Vertrauen gegenüber den Rechtsschutzorganen aber auch den NGOs zurückgeführt wird. Dies hat zur Folge, dass Hate Crime Fälle gegen irreguläre Flüchtlinge, Roma und LGBT öffentlich kaum bekannt sind, obwohl diese nach Informationen der befragten Organisationen durchaus vorkommen, ins öffentliche Licht jedoch eher am Rand gelangen. Die Lücken bei der Erfassung von fremdenfeindlichen Absichten von Straftaten bei den polizeilichen Ermittlungen und in der Rechtsprechung erschweren einen Überblick über die tatsächliche Situation zusätzlich. Ein weiteres Problem für ein ukraineweites Monitoring ist die Haltung einiger regionaler NGOs, die sich aus Lokalpatriotismus oft scheuen, umfassend über die Situation in ihrer Region zu berichten.

Da das Fehlen eines landesweiten und umfassenden Monitorings ein erhebliches Hindernis für die Entwicklung von zielgerichteten Aktionsprogrammen gegen Hate Crime darstellt, sieht ein Großteil der befragten Organisationen hier besonders dringenden Handlungsbedarf. Ziel sollte sein, dass jeder Hate Crime Fall gemeldet und systematisch erfasst wird. Dafür ist laut den befragten Organisationen der Aufbau eines ukraineweiten NGO-Netzwerkes bzw. eine verstärkte Vernetzung von regionalen Organisationen, die zum Monitoring von Menschenrechten arbeiten, nötig. Der erste Versuch, ein funktionierendes Monitoring-Netzwerk aufzubauen, wurde 2007-2008 vom KNGU unternommen. Dies könnte als Ausgangsbasis für ein neues stärkeres und landesweites Netzwerk dienen, das neben den Informationen über Hate Crime Übergriffe sowie das Monitoring von Hate Speech und die Aktivitäten der rechten Szene auch die entsprechende Rechtsprechung erfassen sollte, um die Effektivität des Justizsystems überprüfen zu können. Einige Organisationen sprechen sich für die Gründung eines unabhängigen Monitoringzentrums oder eines Menschenrechtszentrums mit Fokus auf Monitoring von Hate Crime, aus.

Ausser Netzwerkbildung seien auch Fortbildungsmaßnahmen der zuständigen Mitarbeiter nichtstaatlicher Einrichtungen im Bereich Datensammlung und Datenaufbereitung dringend notwendig. Um eine verstärkte Anbindung an staatliche Strukturen zu erreichen, wird die Einbeziehung der regionalen Ministerassistenten in die Monitoringarbeit der NGOs und eine direkte Kooperation zwischen NGOs und Miliz im Bereich des Hate Crime Monitoring vorgeschlagen. Notwendig ist außerdem die Schulung von Milizbeamten zur Erfassung von Hate Crime Fällen.

Handlungsempfehlungen

- Unterstützung der Vernetzung und Ermöglichung des Datenaustauschs und Datenabgleich unter den bereits bestehenden nichtstaatlichen Monitoringstellen in der Ukraine
- Aufbau eines landesweiten Monitoringnetzwerks, das das Monitoring von Hate Crime und Hate Speech sowie Rechtsprechung von Hate Crime Fällen und Beobachtung der regionalen rechten Szene miteinbeziehen würde
- Fortbildungen für Mitarbeiter von Nichtregierungsorganisationen zur Methodik des Monitoring von Hate Crime (Einbeziehung internationaler Expertise)
- Schulung von Milizmitarbeitern und Untersuchungsbeamten bezüglich der Ermittlung von Hate Crime (inkl. Opferinterviews) und der entsprechenden Datenerfassung (in Zusammenarbeit mit der OSZE)
- Erfahrungsaustausch mit Polizeimitarbeitern aus EU-Ländern mit ähnlicher Hate Crime Gesetzgebung
- Unterstützung der Kooperation zwischen Milizmitarbeitern und NGOs bei der Erfassung von Hate Crime Fällen
- Gründung einer unabhängigen Medienbeschwerdestelle, die die Beschwerden von Privat- und juristischen Personen auf voreingetragene Medienberichterstattung überprüft und in Kooperation mit Medienverbänden und staatlichen Akteuren die Strafsanktionen erstellt

b) Opferberatung und Opferunterstützung

Bisher gibt es nur wenige Angebote ukrainischer Nichtregierungsorganisationen, die direkt auf Hate Crime Opfer ausgerichtet sind. Obwohl viele Hate Crime Opfer Mitglieder der neuen Minderheiten sind (Migranten, Studierende und Flüchtlinge aus Asien, Afrika, dem Nahen und Mittleren Osten), ist der Organisationsgrad dieser Gruppen auffällig schwach. Etablierte Menschenrechtsorganisationen und Verbände historischer Minderheiten, die zum Teil über ausgebildete Mitarbeiter und gute Kontakte zu staatlichen Strukturen und Netzwerken verfügen, haben hingegen oft nur geringe Kenntnisse über die Spezifik und keinen Zugang zu den Opfergruppen von Hate Crime. Mangelnde Sprachkenntnisse bei Mitgliedern einiger Opfergruppen bzw. bei Mitarbeitern staatlicher und nichtstaatlicher Einrichtung erschweren die Zusammenarbeit und die Bereitstellung von Hilfen.

Ein weiteres Problem besteht darin, dass viele Opfer die in der ukrainischen Gesetzgebung vorgesehenen speziellen Ermittlungsmöglichkeiten für Hate Crime Fälle (Artikel 161 und Artikel 67 Strafgesetzbuch) nicht kennen und ihre Rechte bei den Strafverfolgungsbehörden nicht einklagen können. Den Opfern selbst fehlt es häufig an Selbstbewusstsein und dem Mut, sich aus einer passiven Haltung zu befreien und sich aktiv für ihre Rechte einzusetzen. Die gesellschaftliche Marginalisierung und das Fehlen einer gruppenübergreifenden Solidarität unter den verschiedenen Opfergruppen, wo jede für sich ebenso wie die Gesamtgesellschaft von Vorurteilen und Stereotypen geprägt sind (die befragten Organisationen haben auf die Meinungen wie „Mehrheit der

Menschenrechtler ist homophob“ bzw. „LGBT-Vertreter sind Rassisten“ hingewiesen) erschweren die gruppenübergreifende Solidarisierung und Kooperation zusätzlich.

Um adäquate Opferbetreuung gewährleisten zu können, benötigen die in diesem Bereich tätigen Organisationen spezifische Fortbildungen für ihre Mitarbeiter. Dies betrifft sowohl die psychologische als auch die juristische Schulung der Mitarbeiter nichtstaatlicher Organisationen. Die Unterstützung der Opfer sollte sich von psychologischer und sozialer Hilfe in Notunterkünften und Rehabilitationszentren, über Telefonhotlines bis zu juristischer Hilfe beim Stellen von Strafanzeigen und der Vertretung vor Gericht erstrecken. Wichtig erscheint es, zielgruppenspezifische Hilfsangebote für die unterschiedlichen Opfergruppen von Hate Crime zu entwickeln. Um entsprechende Angebote unter den Zielgruppen bekannt zu machen, bedarf es Aufklärungsveranstaltungen und Aufklärungsmaterialien, die die Opfergruppen über ihre rechtlichen Möglichkeiten, bestehende Angebote und Möglichkeiten der Selbstverteidigung informieren. Derartige Veranstaltungen können außerdem zur Vertrauensbildung dienen. Um die Opfergruppen in ihrer Selbstwahrnehmung und ihrer Gruppenidentität zu stärken, sollten soziologische und psychologische Forschungen und kulturelle und interkulturelle Aktivitäten gefördert werden. Die Integration ausländischer Studierender durch Studentenclubs oder Initiativen ausländischer Studierender und Migranten, die Aktionen gegen Fremdenfeindlichkeiten an Universitäten und Schulen organisieren, können verstärkt werden. Zur Aktivierung können außerdem auch Integrationsangebote wie Sprachkurse und Arbeitsvermittlung beitragen. Um gegenseitige Vorurteile und Stereotype unter den Opfergruppen selbst zu überwinden, sollten Teambuilding-Prozesse unter den verschiedenen Opfergruppen gefördert werden.

Handlungsempfehlungen

- Capacity building für Organisationen von neuen Minderheiten durch Erfahrungstransfer von etablierten ukrainischen Menschenrechtsorganisationen und durch Entwicklung internationaler Netzwerke
- Professionalisierung der bestehenden Beratungsangebote für Hate Crime Opfer bei Organisationen von neuen Minderheiten und LGBT ebenso wie bei etablierten ukrainischen Menschenrechtsorganisationen durch Mitarbeiterfortbildung, die psychologische, medizinische und rechtliche Beratung für die Opfer rechter Gewalt anbieten
- Entwicklung von Informationsangeboten für potentielle Opfergruppen über ihre gesetzlichen Rechte und bestehende Hilfsprogramme (öffentliche Veranstaltungen, Verteidigungstrainings, Informationsbrochüren)
- Stärkung der Entwicklung eines positiven Selbstbilds von Minderheitengruppen durch soziologische und psychologische Forschungen und Veröffentlichungen und durch kulturelle und interkulturelle Aktivitäten
- Integration von ausländischen Studierenden in das Universitätsleben durch Studentenclubs und studentische Initiativen (Mentorenprogramme)

- Integrationsangebote für Angehörige von Minderheitengruppen in den lokalen Gemeinden (Sprachkurse und die Vermittlung von Arbeitsmöglichkeiten) ebenso Förderung von entsprechenden Eigeninitiativen

c) Bildungsangebote für zentrale Akteure

Da Hate Crime ein relativ junges Phänomen in der Ukraine ist gibt es bisher wenige und kaum etablierte spezifische Bildungsangebote für die zentralen Akteure. Wichtige Schritte für die Bekämpfung und Prävention von Hate Crime bzw. für die Opferhilfe können nicht erfolgen, weil die Mitarbeiter der entsprechenden – staatlichen wie nichtstaatlichen - Institutionen keine notwendige Methodenkenntnis besitzen. Von den befragten Organisationen wurde eine ganze Reihe von benötigten Bildungsangeboten genannt, die hier in der Ordnung nach den Akteursgruppen aufgeführt werden so sie nicht schon in den Abschnitten a) Monitoring, d) Interessenvertretung und Gesetzesinitiativen und e) Bewusstseinsbildung in der Gesellschaft genannt sind.

Strafverfolgungsbehörden

- Aufklärungs- und Ausbildungsprogramme für Milizmitarbeiter niederer Dienstgrade zu Minderheitenrechten – auch in Kooperation mit internationalen (OSZE) Institutionen und ukrainischen Menschenrechtsorganisationen, deren Integration in die staatlichen Bildungsprogramme
- Fortbildungen von Mitarbeitern der Strafverfolgungsbehörden über die Ermittlungsführung bei Fällen mit Verdacht auf einen Hate Crime Hintergrund
- Einführung eines Verhaltenskodex für die Arbeit der Miliz in einer multi-ethnischen Gesellschaft
- Erhöhung des Anteils von Mitgliedern ethnischer Minderheiten und von mehrsprachigen Kollegen unter den Milizmitarbeitern

Journalisten und Redakteure

- Ausbildung in journalistischer Ethik und in Fragen interethnischer Aspekte bei der Berichterstattung

Ärzte

- Verbesserung der medizinischen Versorgung von Migranten und Flüchtlingen

Lehrer und Mitarbeiter außerschulischer Bildungseinrichtungen

- Methodentraining für die Entwicklung partizipativer Lernformen, Entwicklung sozialer Kompetenz und von kritischem Denken
- Fortbildung über Hintergründe von Migration und die soziale Lage von Minderheitengruppen auch durch Vertreter der Minderheitenorganisationen
- Fortbildung zur kritischen Geschichtsarbeit auch kontroverser Themen wie Holocaust, Holodomor, Geschichte des Zweiten Weltkriegs

d) Interessenvertretung und Gesetzesinitiativen

Mit der Einrichtung der in Kapitel 1.2. beschriebenen Gremien zur Bekämpfung von Xenophobie - und der Beteiligung nichtstaatlicher Organisationen in ihnen ist ein erster wichtiger Schritt zur Interessenvertretung von Opfergruppen im politischen Prozess getan. Die Tätigkeit der Diversity Initiative in Bezug auf die Interessenvertretung der Opfergruppen im politischen Entscheidungsprozess wird allgemein sehr positiv wahrgenommen. Dennoch ist der Einfluss zivilgesellschaftlicher Strukturen auf die zuständigen Behörden noch gering, die bislang mangelnde Zusammenarbeit der bestehenden Gremien untereinander und der häufige Personalwechsel in den Behörden erschweren die Umsetzung der durch sie gefassten Beschlüsse erheblich. Auch die Vertretung der Interessen der Opfergruppen im legislativen Prozess verläuft durch den wenig kontinuierlichen Gesetzgebungsprozess in der Ukraine schleppend. Die LGBT-Gemeinde hat ferner das Problem, dass Kirchenvertreter und Bürgerinitiativen zum Teil massiv gegen sie lobbyieren. Das Fehlen eines Antidiskriminierungsgesetzes wird von einer Reihe von Menschenrechtsorganisationen und internationalen Organisationen seit mehreren Jahren beklagt. Den Organisationen, die sich für Interessenvertretung und Gesetzesinitiativen für Opfergruppen engagieren, mangelt es in der Regel an Personal, das mit den institutionellen, administrativen und juristischen Zusammenhänge vertraut ist, die für ein erfolgreiches Lobbying eine Rolle spielen.

NGO-Vertreter und Vertreter der Minderheitenorganisationen sollten vermehrt in die Arbeit staatlicher Behörden und der entsprechenden Arbeitsgruppen und Gremien eingebunden werden. Die Behörden müssen eine öffentliche gesellschaftliche Kontrolle erfahren, was die Umsetzung der durch die Arbeitsgruppen gefassten Beschlüsse betrifft. Zur Professionalisierung ihrer Arbeit benötigen die in diesem Bereich tätigen nichtstaatlichen Organisationen angemessene Bürostrukturen und Fachpersonal mit Zugang zu den relevanten Netzwerken und Gremien ebenso wie qualifizierte Juristen. Um ihren Gesetzesinitiativen mehr Gewicht zu verleihen wünschen sich viele der befragten Organisationen juristische Unterstützung durch Experten aus EU-Ländern.

Handlungsempfehlungen:

- Verabschiedung eines Antidiskriminierungsgesetzes, das potentiellen Opfergruppen besseren Schutz garantiert
- Internationaler Erfahrungsaustausch bei der Erarbeitung und Lobbyierung von Gesetzesinitiativen und dessen Anpassung an die ukrainischen Realien
- Entwicklung von Lobbykapazitäten bei NGOs, die für die Rechte der Opfergruppen eintreten
- Entwicklung einer öffentlichen gesellschaftlichen Kontrolle über die Implementierung der Arbeitspläne zur Bekämpfung von Hate Crime

e) Bewusstseinsbildung in der Gesellschaft

Die Öffnung der ukrainischen postsowjetischen Gesellschaft gegenüber globalen Migrationsbewegungen im Kontext einer wirtschaftlichen Systemtransformation stellt erhebliche Herausforderungen an die gesellschaftliche und kulturelle Adaptionsfähigkeit des Landes. Der parallel dazu verlaufende nationale Identitätsbildungsprozess, in dem das Land sich in der gesamteuropäischen Geschichte verorten und Deutungsmuster für komplexe und zum Teil widersprüchliche historische Erfahrungen des 20. Jahrhunderts entwickeln muss, muss von den kulturellen Eliten, den Gestaltern des gesellschaftlichen öffentlichen Diskurses des Landes reflektiert und entwickelt werden. Die Diskussion dieser für die Zukunft der Ukraine wesentlichen Fragen hat erheblichen Einfluss auf das Selbstbewusstsein und die Haltung gegenüber „dem Fremden“ in der heutigen ukrainischen Gesellschaft. Der Toleranzgrad in der ukrainischen Bevölkerung liegt heute auf einem vergleichbaren Niveau mit anderen osteuropäischen Transformationsgesellschaften und ist bedeutend höher als in der Russischen Föderation. Besorgniserregend ist allerdings die Zunahme an xenophoben Einstellungen gegenüber Vertretern neuer Minderheiten und deutliche Ressentiments gegenüber der LGBT-Gemeinde auch bei politischen Amtsträgern.

Der Handlungsbedarf für die Entwicklung einer auch ethnischen, sexuellen und religiösen Minderheiten gegenüber offenen Gesellschaft liegt heute in erster Linie in der Überwindung der „Angst vor dem Fremden“. In den letzten beiden Jahren sind staatliche und nichtstaatliche Aktionsbündnisse durch die Ausrichtung von Kampagnen für Toleranz, antirassistischer Demonstrationen und interkultureller Festivals in diesem Sinne tätig geworden. Die Durchführung solcher Großaktionen wird von den befragten Organisationen auch in Hinblick auf die bevorstehende Fußball Europameisterschaft 2012 empfohlen. Organisationen der Kinder- und Jugendarbeit würden von pädagogischen Fortbildungen und Teilhabe an internationalem Erfahrungsaustausch profitieren. Innovative Methoden, wie Rollenspiele, Zeitzeugenbefragung und Medienarbeit sollten in der schulischen und außerschulischen Bildungsarbeit verbreitet werden, bleiben bisher jedoch eher dem außerschulischen NGO-Bereich vorbehalten. Diskussionsclubs, Menschenrechts-Kinofestivals und Sommerlager zur Toleranzerziehung sollten weiter entwickelt und gefördert werden. Ebenso die Produktion von Lehrmaterialien, Büchern, Poster und Datenträgern. Für die Umsetzung der erwähnten Maßnahmen sind aber das Engagement des Bildungsministeriums sowie sein Kooperationswille äußerst wichtig,

Kulturelle Veranstaltungen der Minderheitenorganisationen können ausgeweitet und so einem breiteren Publikum zugänglich gemacht werden. LGBT Organisationen, die in der Vergangenheit wiederholt an der Ausübung des Versammlungsrechts gehindert wurden, sollten politische und internationale Unterstützung für ihre Anliegen erfahren. Interkulturelle Aktivitäten und damit die Kontaktmöglichkeiten zwischen Vertretern der Minderheiten und der einheimischen Bevölkerung können verstärkt werden.

Handlungsempfehlungen

- Förderung von öffentlichkeitswirksamen Toleranzkampagnen auch in Hinblick auf die Fußball-Europameisterschaft 2012

- Förderung von Toleranzprojekten für Kinder und Jugendliche mit innovativen (partizipativen) Methoden
- Stärkung des Rechts von LGBT Organisationen auf Versammlungsfreiheit
- Verstärkung interkultureller Aktivitäten von Angehörigen ethnischer Minderheiten und einheimischer Bevölkerung

4.5. Zusammenfassung der Handlungsempfehlungen

A) Handlungsempfehlungen „Monitoring“

- Unterstützung der Vernetzung und Ermöglichung des Datenaustauschs und Datenabgleich unter den bereits bestehenden nichtstaatlichen Monitoringstellen in der Ukraine
- Aufbau eines landesweiten Monitoringnetzwerks, das das Monitoring von Hate Crime und Hate Speech sowie Rechtsprechung von Hate Crime Fällen und Beobachtung der regionalen rechten Szene miteinbeziehen würde
- Fortbildungen für Mitarbeiter von Nichtregierungsorganisationen zur Methodik des Monitoring von Hate Crime (Einbeziehung internationaler Expertise)
- Schulung von Milizmitarbeitern und Untersuchungsbeamten bezüglich der Ermittlung von Hate Crime (inkl. Opferinterviews) und der entsprechenden Datenerfassung (in Zusammenarbeit mit der OSZE)
- Erfahrungsaustausch mit Polizeimitarbeitern aus EU-Ländern mit ähnlicher Hate Crime Gesetzgebung
- Unterstützung der Kooperation zwischen Milizmitarbeitern und NGOs bei der Erfassung von Hate Crime Fällen
- Gründung einer unabhängigen Medienbeschwerdestelle, die die Beschwerden von Privat- und juristischen Personen auf voreingenommene Medienberichterstattung überprüft und in Kooperation mit Medienverbänden und staatlichen Akteuren die Strafsanktionen erstellt

B) Handlungsempfehlungen „Opferberatung und Opferunterstützung“

- Capacity building für Organisationen von neuen Minderheiten durch Erfahrungstransfer von etablierten ukrainischen Menschenrechtsorganisationen und durch Entwicklung internationaler Netzwerke
- Professionalisierung der bestehenden Beratungsangebote für Hate Crime Opfer bei Organisationen von neuen Minderheiten und LGBT ebenso wie bei etablierten ukrainischen Menschenrechtsorganisationen durch Mitarbeiterfortbildung, die psychologische, medizinische und rechtliche Beratung für die Opfer rechter Gewalt anbieten
- Entwicklung von Informationsangeboten für potentielle Opfergruppen über ihre gesetzlichen Rechte und bestehende Hilfsprogramme (öffentliche Veranstaltungen, Verteidigungstrainings, Informationsbrochüren)
- Stärkung der Entwicklung eines positiven Selbstbilds von Minderheitengruppen durch soziologische und psychologische Forschungen und Veröffentlichungen und durch kulturelle und interkulturelle Aktivitäten
- Integration von ausländischen Studierenden in das Universitätsleben durch Studentenclubs und studentische Initiativen (Mentorenprogramme)

C) Handlungsempfehlungen „Bildungsangebote für zentrale Akteure“

Strafverfolgungsbehörden

- Aufklärungs- und Ausbildungsprogramme für Milizmitarbeiter niederer Dienstgrade zu Minderheitenrechten – auch in Kooperation mit internationalen (OSZE) Institutionen und ukrainischen Menschenrechtsorganisationen, deren Integration in die staatlichen Bildungsprogramme
Fortbildungen von Mitarbeitern der Strafverfolgungsbehörden über die Ermittlungsführung bei Fällen mit Verdacht auf einen Hate Crime Hintergrund
- Einführung eines Verhaltenskodex für die Arbeit der Miliz in einer multi-ethnischen Gesellschaft
- Erhöhung des Anteils von Mitgliedern ethnischer Minderheiten und von mehrsprachigen Kollegen unter den Milizmitarbeitern

Journalisten und Redakteure

- Ausbildung in journalistischer Ethik und in Fragen interethnischer Aspekte bei der Berichterstattung

Ärzte

- Verbesserung der medizinischen Versorgung von Migranten und Flüchtlingen

Lehrer und Mitarbeiter außerschulischer Bildungseinrichtungen

- Methodentraining für die Entwicklung partizipativer Lernformen, Entwicklung sozialer Kompetenz und von kritischem Denken
- Fortbildung über Hintergründe von Migration und die soziale Lage von Minderheitengruppen auch durch Vertreter der Minderheitenorganisationen
- Fortbildung zur kritischen Geschichtsarbeit auch kontroverser Themen wie Holocaust, Holodomor, Geschichte des Zweiten Weltkriegs

D) Handlungsempfehlungen „Interessenvertretung und Gesetzesinitiativen“

- Verabschiedung eines Antidiskriminierungsgesetzes, das potentiellen Opfergruppen besseren Schutz garantiert
- Internationaler Erfahrungsaustausch bei der Erarbeitung und Lobbyierung von Gesetzesinitiativen und dessen Anpassung an die ukrainischen Realien
- Entwicklung von Lobbykapazitäten bei NGOs, die für die Rechte der Opfergruppen eintreten
- Entwicklung einer öffentlichen gesellschaftlichen Kontrolle über die Implementierung der Arbeitspläne zur Bekämpfung von Hate Crime

E) Handlungsempfehlungen „Bewusstseinsbildung in der Gesellschaft“

- Förderung von öffentlichkeitswirksamen Toleranzkampagnen auch in Hinblick auf die Fußball-Europameisterschaft 2012

- Förderung von Toleranzprojekten für Kinder und Jugendliche mit innovativen (partizipativen) Methoden
- Stärkung des Rechts von LGBT Organisationen auf Versammlungsfreiheit
- Verstärkung interkultureller Aktivitäten von Angehörigen ethnischer Minderheiten und einheimischer Bevölkerung

Anhang

Fragebogen



Europäischer Austausch European Exchange

Der Europäische Austausch ist eine Nichtregierungsorganisation mit Sitz in Berlin, deren Ziel es ist, Menschen- und Bürgerrechtsorganisationen in den EU-Nachbarstaaten in ihrer Arbeit zu fördern und dadurch zu einem demokratischen und einigen Europa beizutragen. (www.european-exchange.org) Auf Anregung und mit finanzieller Unterstützung der Stiftung EVZ (www.stiftung-evz.de) führen wir zurzeit eine Recherche zu den Tätigkeitsfeldern von Menschenrechtsorganisationen in der Ukraine durch. Wir bitten Sie um etwa 10 Minuten Ihrer Zeit, um uns bei der Recherche behilflich zu sein und den Fragebogen auszufüllen. Ihre Angaben werden selbstverständlich vertraulich behandelt.

Bitte schicken Sie den ausgefüllten Fragebogen per Fax oder E-Mail bis zum **1. September 2009** zurück an info@european-exchange.org, Fax: +49 30 616 71 464-4

Herzlichen Dank für Ihre Mitwirkung –

Ihre
Stefanie Schiffer
Europäischer Austausch gGmbH

Sonja Böhme
Stiftung EVZ

Name der Organisation:

Name, Vorname:

Stelle:

Adresse:

Telefon/Fax:

Internet:

E-Mail:

Gründungsdatum:

1. Kurzbeschreibung Ihrer Organisation (Zielgruppe und Tätigkeit)

2. Zu welcher Kategorie würden Sie die Organisation, in der Sie tätig sind, zuordnen?

Zutreffendes bitte Ankreuzen, Mehrfachnennungen sind möglich

- Menschenrechte**
- Organisationen für sexuelle Minderheiten**
- Interessensvertretungen von ethnischen Minderheiten**
- Interessensvertretungen von Migranten**
- Dachorganisation**
- Sonstiges, und zwar**

3. Wie viele Mitglieder haben Sie?

4. Wie viele Mitarbeiter haben Sie?

Hauptamtlich: _____

Ehrenamtlich: _____

5. In welchen Städten und Regionen sind Sie tätig?

Im Folgenden möchten wir Ihnen einige Fragen zu dem Themenkomplex „Hate Crime“ stellen. Unter Hate Crime verstehen wir jede Straftat, bei der das Opfer ausgewählt wurde aufgrund seiner tatsächlichen oder vermuteten Zugehörigkeit zu einer Rasse, auf Grund seiner nationalen oder

ethnischen Herkunft, Sprache, Hautfarbe, Religion, Geschlecht, Alter, körperlicher oder geistiger Behinderung, sexueller Orientierung oder ähnlichen Faktoren. (Definition nach OSCE/ODIHR).

6. Sind Sie mit der These einverstanden, dass „Hate Crime“ in der Ukraine ein Problem ist?!

Ja	Eher einverstanden	Einverstanden	Wenig einverstanden	Eher nicht einverstanden	Gar nicht einverstanden

7. Als wie stark empfinden sie den Zuwachs von Hate Crime in der Ukraine?

Sehr Stark	Eher stark	Stark	Schwach	Eher schwach	Sehr schwach

8. Beschäftigen Sie sich im Rahmen ihrer Organisation mit den Opfern von Hate Crime?

- Ja Nein

9. Wenn nein, warum nicht?

- kein Bedarf bei der Zielgruppe
- kein qualifiziertes Personal
- keine finanzielle Möglichkeit
- kein Know-How
- Sonstiges, und zwar _____

10. Wenn ja, auf welchen Gebieten sind Sie tätig?

Zutreffendes bitte ankreuzen, Mehrfachnennungen sind möglich.

- Monitoring**
- Qualifizierungen für Mitarbeiter öffentlicher Institutionen und NGOs, zum Beispiel für**

- Bildungsarbeit für Zielgruppe**
- Juristische Unterstützung für Zielgruppe**
- Psychologische Unterstützung für Zielgruppe**

- Soziale Unterstützung für Zielgruppe
- Medizinische Unterstützung für Zielgruppe
- Materielle Hilfe für Zielgruppe
- Projekte für Toleranz und Integration
- Informationsveranstaltungen, Kampagnen, Konferenzen
- Politische Unterstützung der Zielgruppe, Lobbying
- Sonstiges, und zwar _____

11. Welche Form der Unterstützung würde ihrer Organisation bei der Verbesserung Ihrer Angebote für die Opfer von Hate Crime helfen?

12. Wären Sie bereit, sich im September oder Oktober 2009 in der Ukraine mit einer unserer Mitarbeiterinnen zu einem Interview zu verabreden (Zeitaufwand etwa 1 Stunde)?

- Ja
- Nein
- Anmerkungen _____

Vielen Dank!

Bitte schicken Sie den ausgefüllten Fragebogen bis 1. September an info@european-exchange.org oder per Fax an +49 30 616 71 4644 bis zum **1. September 2009!**

Interviewleitfaden

I. Wahrnehmung und Bekämpfung von Hate Crime

1. Was verstehen Sie unter dem Begriff Hate Crime? Gibt es oder gab es in Ihrer Organisation dazu Diskussionen?
2. Benutzen Sie den Begriff Hate Crime in der praktischen Arbeit und halten Sie den Begriff für den ukrainischen Kontext für hilfreich?
3. Haben Ihrer Meinung nach Fälle von Hate Crime zu/abgenommen? Warum?
4. Kümmern Sie sich oder beraten Sie Opfer von Hate Crime? Gibt es Opfer von Hate Crime in Ihrer Zielgruppe?
5. Wenn ja, wie erfahren Sie in der Regel von Fällen? Führen Sie dazu auch eigene Recherchen durch? Machen Sie sie bekannt? Wo? Mit welchen Problemen werden Sie dabei konfrontiert?
6. Können Sie die neuesten Beispiele von Hate Crime nennen (Zeitraum, Namen, Verbrechensart, Strafverfahren, Reaktion der Öffentlichkeit)?
7. Wie hoch ist in Ihrer Zielgruppe die Bereitschaft, Hilfe anzunehmen?
8. Werden Unterstützungsprojekte Ihrer Organisation durch die jeweiligen Opfergruppen akzeptiert? Werden Ihre Angebote in Anspruch genommen?
9. Welche Form der Unterstützung benötigt Ihre Zielgruppe am dringendsten? (Wo sehen Sie Bedarf an Intervention, Beratung, Handlung?)
10. Leisten Sie Öffentlichkeitsarbeit? Wenn ja: an welche Zielgruppe gerichtet und mit welchem Erfolg?
11. Welche Zugänge haben Betroffene von Hate Crime und deren Interessenvertreter in die politische und gesellschaftliche Öffentlichkeit bzw. welche Zugänge wären nach Ihrer Meinung nötig?

II. Zusammenarbeit mit staatlichen Behörden in Bezug auf Hate Crime

12. Haben Sie Kontakt zu den zuständigen staatlichen Strukturen? Wenn ja: aus welchen Anlässen?
13. Wenn ja, wie oft und mit wem? (Ministerien, Ombudsmann, Staatskomitee für Nationalitäten und Religion, Parlamentsgruppen, Miliz, SBU, andere?)
14. Sind Sie mit der Zusammenarbeit zufrieden? Gibt es Ergebnisse Ihrer Zusammenarbeit? Was gibt es zu verbessern? Was kann man verbessern?
15. Erhalten Sie finanzielle Unterstützung vom Staat? Haben Sie Schwierigkeiten mit staatlichen Behörden?
16. Fragen an die juristische Experten der Organisationen:
 - Wie werden die Gesetze zu Hate Crime in der Ukraine eingesetzt? (Artikel 161, 67 des Strafgesetzbuchs, andere?)
 - welche Neuerungen zu den relevanten Hate Crime Gesetzen gab es in den letzten Monaten?
 - Wie wird die Motivation der Straftat erfasst?

- Wie erklären Sie die geringe Anzahl von Urteilen nach Art. 161?

III. Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen in Bezug auf Hate Crime

17. Nehmen Sie an internationalen Förderprogrammen teil? Wenn ja: an welchen?
18. Agieren Sie in internationalen Netzwerken? Wenn ja: in welchen?
19. Sind Sie mit der Zusammenarbeit zufrieden? Gibt es Ergebnisse (z.B. Projekte) Ihrer Zusammenarbeit? Was kann man verbessern?

IV. Nationale Vernetzung in Bezug auf Hate Crime

20. Arbeiten Sie mit anderen ukrainischen Organisationen zusammen? Mit welchen? In welcher Form?
21. Sind Sie mit der Zusammenarbeit zufrieden? Gibt es Ergebnisse (z.B. Projekte) Ihrer Zusammenarbeit? Was kann man verbessern?

V. Handlungsempfehlungen für die Fördergeber

22. Welche Erwartung hätten Sie von einer vertieften nationalen und internationalen Vernetzung?
23. Welche Ressourcen stehen Ihnen dafür bereits zur Verfügung bzw. wären erforderlich?
24. Welche Form der Unterstützung könnte Ihrer Organisation helfen, Opfer von Hate Crime besser zu beraten / Ihr Monitoring zu verbessern / gesellschaftliche Wahrnehmung zu schärfen?
25. Wie kann man Ihrer Meinung nach zivilgesellschaftliche Strukturen stärken?
26. Wie kann man Ihrer Meinung nach Hate Crime in der Ukraine bekämpfen? Was können Sie konkret dazu beitragen?

Abkürzungsverzeichnis

ARK	Autonome Republik Krym
DRC	Danish Refugee Council
ECRE	European Council of Refugees and Exiles
ECRI	European Commission against Racism and Intolerance
EIDHR	European Instrument for Democracy and Human Rights
ERRC	European Roma Rights Centre
ERTF	European Roma and Travellers Forum
EU	European Union
FARE	Football against Racism in Europe
ILGA	International Lesbian and Gay Association
IOM	International Organisation for Migration
IRF	International Renaissance Foundation
JRS	Jesuit Refugee Service
KGB	Komitee für Staatssicherheit
KMIS	Kyiver Internationales Soziologisches Institut
LGBT	Lesbian Gay Bisexual Transgender
MAUP	Interregionale Akademie für Personalmanagement
MG-S-ROM	Committee of Experts on Roma and Travellers
NATO	North Atlantic Treaty Organization
NED	National Endowment for Democracy
NEEKA	Internationaler Fond für Gesundheits- und Umweltschutz in der Karpaten-Region
NGO	Non-Governmental Organization
NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
NSI	Nationales Institut für Soziologie
ODHIR	Office for Democratic Institutions and Human Rights
OSZE	Organization for Security and Co-operation in Europe
OUN - UPA	Organisation Ukrainischer Nationalisten - Ukrainische Aufstandsarmee
PSPU	Progressive Sozialistische Partei der Ukraine
SBU	Sicherheitsdienst der Ukraine
SNPU	Sozial-Nationale Partei der Ukraine
UNDP	United Nations Development Programme
UAH	Hryvnja (ukrainische Währung)
UNA	Ukrainische Nationalversammlung
UNHCR	United Nations High Commissioner for Refugees
UNO	United Nations Organization
UNSO	Ukrainische Nationale Selbstverteidigung
UNTP	Ukrainische Nationale Arbeiterpartei

USAID

United States Agency for International Development

Literaturverzeichnis

Amnesty International 2008: Ukraine. Government must Act to Stop Racial Discrimination, London.

Amnesty International Ukraine: Mova vorozhnechi. In:
http://www.xenodocuments.org.ua/hate_speech [10.10.2009].

Amnesty International Ukraine: Monitoring movy vorozhnechi. In:
http://www.xenodocuments.org.ua/hate_speech/monitor [10.10.2009].

Amnesty International Ukraine: Posol Nigeriyi: Ukrainskaya mylytsyya loyalna k rasystem. In:
<http://www.xenodocuments.org.ua/poglyad/1046> [20.12.2009].

Amnesty International Ukraine: Dynamika proyavlenyy antisemytizma v Ukraine v nachale XXI v.:
realnost i stereotypy. In: <http://www.xenodocuments.org.ua/article/577> [10.10.2009].

Antisemitizmu.net 2009: Na Ukraine zapretyat rasprostranyat antisemitskuyu knigu. In:
<http://www.antisemitizmu.net/site/site.aspx?STID=293867&SECTIONID=293789&IID=611840>.
[17.09.2009].

Baranivska, Maryna 2009: Antysemitizm v Ukraini: bagatolyka realnist fiktsii. In:
<http://www.telekritika.ua/events/2009-02-26/44077> [17.09.2009].

Belousov, Y.L. / Levchenko, K.B. / Martynenko, O.A. 2009: Prava lyudyny i diyalnosti ukrainskoi
Militsii. Kyiv.

Bishop, Jo-Anne 2007: From Declarations and Decisions to Direct Support for Implementation: The
Role of ODIHR in Promoting Tolerance and Non-Discrimination. In: OSCE Yearbook 2007. S.225 –
243.

Boden, Dieter 2007: Tolerance, Non-Discrimination, and Anti-Semitism in the OSCE – the Emergence
of a New Field of Activity. In: OSCE Yearbook 2007. S.181 - 190.

Bundesamt für Verfassungsschutz: Zahlen und Fakten zum Rechtsextremismus in Deutschland. In:
http://www.verfassungsschutz.de/de/arbeitsfelder/af_rechtsextremismus/zahlen_und_fakten/zuf_ge_samtuebersicht.html [14.12.2009].

Chalenko, Oleksandr 2009: Odnako strannye Vy, evrei, lyudi. In: Ukrainska Pravda 09.10.2009,
<http://blogs.pravda.com.ua/authors/chalenko/4ace59a876621/> [19.10.2009].

Council of Europe: Secretariat of the Framework Convention for the Protection of National Minorities,
Third Report Submitted by Ukraine Pursuant to Article 25, Paragraph 1, of the Framework Convention
for the Protection of National Minorities (Received on 7 May 2009), 7 May 2009,
ACFC/SR/III(2009)006. In: <http://www.unhcr.org/refworld/docid/4a2520232.html> [04.01.2010].

Counterpart Creative Centre 2006: Civil Society Organizations in Ukraine: The State and Dynamics
2002-2005. Kyiv.

Donbass-Sozprojekt: Same-Sex Partnership. In:
http://gay.org.ua/publication/same_sex_partnership.pdf [20.10.2009].

Düvell, Franck o.J.: Ukraine – Immigration and Transit Country for Chechen Refugees. In: Compass.
Central and East European Migration. Research Resources Report 3/3. S.1-12.

Dymerskaya-Tsigelman, Liudmila / Finberg, Leonid: Antisemitism of the Ukrainian Radical
Nationalists: Ideology and Policy in Global Research, December 17, 2004.

ECRI 2008: Third report on Ukraine. Adopted on 29 June 2007. Straßburg.

EIDHR 2005: Fight against Racism, Xenophobia and Discrimination. Utrecht.

Europarat 2008: Situationsanalyse für die Vorbereitung des Nationalen Aktionsplans für die Roma der Ukraine. In: umdpl.info/files/docs/1234776486.doc. [10.09.2009].

European Parliament 2006: Resolution on Homophobia in Europe. In: www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P6-TA-2006-0018+0+DOC+XML+V0//EN.

European Roma Rights Centre 2006: Proceedings Discontinued. The Inertia of Roma Rights Change in Ukraine. Budapest.

Gay Forum Ukraine: LGBT-dvyzhenie. Aktyvsty. In: www.lgbtua.com [20.12.2009].

Geydar, Layma / Dovbakh, Anna 2007: Byt lesbiyankoy v Ukraine: obretaya silu. In: www.feminist.org.ua/about/projekt/lesbian_ua.php [15.09.2009].

Girard, Rene 1992: Ausstossung und Verfolgung: Eine historische Theorie des Sündenbocks. Frankfurt.

Grell, Britta et al. 2008: Monitoring Hate Crimes and Victim Assistance in Poland and Germany. Berlin.

Hyde, Lily 2001: Endless journey – migrants on Ukraine's borders. In: http://findarticles.com/p/articles/mi_m0JQP/is_2001_June/ai_75833176/?tag=content;col1 [15.09.2009].

Human Rights First 2009: 2008 Hate Crime Survey: Ukraine. In: www.humanrightsfirst.org/discrimination/countries/ukraine/index.aspx [02.09.2009].

ILGA-Europe 2008: Submission to the Parliamentary Assembly Monitoring Committee Rapporteurs on the Situation of LGBT People in Ukraine, and the Need for the Assembly to Make Strong Recommendations on Combating Sexual Orientation and Gender Identity Discrimination. Kyiv.

Internetworldstats 2009: Internet Usage in Europe. In: <http://www.internetworldstats.com/stats4.htm>. [15.09.2009].

InMind 2008: Tri chetverti naibolee aktivnykh internet-polzovateley Ukrainy stali priverzhentsami sotsialnykh Setey. In: <http://www.reklamaster.com/articles/id/7854/print/yes/index.html> [02.08.2009].

Institut Media Prava: Derzhbyudzheth 2009: Mediyina ch'astina. In: <http://www.medialaw.kiev.ua/news/media/1065/> [10.01.2010].

Kharkiv Human Rights Protection Group: Promising move from the ministry of internal affairs and prosecutors general. In: <http://khpg.org.ua/en/index.php?id=1234276262> [20.12.2009].

Kharkiv Human Rights Protection Group 2009: Rasizm i ksenofobiya v Ukraini: realnist ta vidgadki. Kharkiv.

Kharkiv Human Rights Protection Group: Rekomendaziy gromadskykh slukhan dotrymannya prav lyudini v diyalnosti MVS. In: <http://www.khpg.org/index.php?id=1255353818> [20.12.2009].

Kirichenko, Iryna 2005: Ksenofobia: vyprovuvannya chuzhym. In: Zerkalo Nedeli 38 (566), 2005, 05. <http://www.dt.ua/3000/3050/51352/> [10.10.2009].

Kobzin, D.O./ Sheyko, R.V./ Martynenko, O.A., Belousov Y.L. 2008: Ksenofobiya v konteksti poliethnichnosti ukrainskogo suspilstva. Rezultaty sotsiologichnogo doslidzhennya. Kharkiv.

Kommersant: Kievskaya militsiya otchitalas napolovinu. In: Kommersant 16.07.2008, <http://kommersant.ua/doc.html?docId=912970> [05.08.2009].

Kongress der nationalen Gemeinden der Ukraine: Kolichestvennyye kharakteristiki antisemitskikh

publikatsiy za pervye kvartaly 2006-2009. In: <http://www.kngu.org/Antisemitism-2009/Antisem%20izdania%202006-2009.html> [15.01.2010].

Korrespondent.net 2007: Yushchenko - evreyam: antisemitizm ne yavlaetsa kharakternym yavleniem dla ukrainskoy zhizni. In: <http://korrespondent.net/ukraine/politics/216365> [20.11.2009].

Korrespondent.net 2009: Protiv Savika Shustera hotyat vzbudit ugovnoye delo. In: <http://korrespondent.net/ukraine/events/833935> [15.10.2009].

Korrespondent.net 2010: Gay-Forum Ukrainy otreagiroval na zayavlenie Soveta Tserkvey ob odnopolykh brakakh. In: <http://korrespondent.net/ukraine/events/1038989> [28.01.2010].

Kuzio, Taras 2007: Theoretical and Comparative Perspectives on Nationalism: New Directions in Cross-Cultural and Post-Communist Studies, Stuttgart / Hannover.

Legislationline: Hate Crimes. Ukraine. In: <http://www.legislationline.org/topics/country/52/topic/4> [15.10.2009].

Legislationline: Criminal Code of Ukraine. In: <http://www.legislationline.org/documents/action/popup/id/4143> [15.10.2009].

Lgbtua.com: Gey-lesbyiskoe dvizhenie Ukrainy provodyt ytogy goda. In: http://www.lgbtua.com/news/inua/inua_286.html [20.10.2009].

Likhachev, Vyacheslav 2007a: Antisemitizm i ksenofobiya v Ukraine, yanvar – iyun 2007: khronika prestypleny na nochve nenavisti. Kyiv.

Likhachev, Vyacheslav 2007b: Antisemitizm, ksenofobiya i mezhnatsionalnye otnosheniya v Ukraine, yyul – avgust 2007: khronika. Kyiv.

Likhachev, Vyacheslav 2008a: Antisemitizm i ksenofobiya v Ukraine: khronika. I. kvartal (yanvar – mart 2008). Kyiv.

Likhachev, Vyacheslav 2008b: Antisemitizm, ksenofobiya i prava natsionalnykh menshinstiv v Ukraine: khronika Nr. 1 (oktyabr 2007) – Nr. 8 (avgust 2008). Kyiv.

Likhachev, Vyacheslav 2008c: Napadeniya na pochve nenavisti v Ukraine, 2008 g.: khronika. Kyiv.

Likhachev, Vyacheslav 2008d: Prestupleniya na nochve nenavisti v Ukraine – 2008. Doklad po rezultatam monitoringa proyavleniy ksenofobii v Ukraine. Kyiv.

Likhachev, Vyacheslav 2008e: Antisemitskaya propaganda. Rol MAUP. Protivodeystvie antisemitskoy Propagande. In: <http://www.vaadua.org/News/01-2008/Ukr-2007.html>.

Likhachev, Vyacheslav 2009: Antisemitizm, ksenofobiya i prava natsionalnykh menshinstiv v Ukraine: khronika Nr. 1 (17) yanvar 2009 – Nr. 7 (23) iyul 2009. Kyiv.

Marth, Dorothee / Priebe, Andrea 2009 : Die Funktionsfähigkeit der ukrainischen Zivilgesellschaft im Jahr 2009. In: Ukraine-Nachrichten 29.07.2009, <http://www.ukraine-nachrichten.de/index.php?id=1689> [10.01.2010].

Martynenko, Oleh: Racism and Xenophobia in Ukraine: New Challenges in Human Rights. In: www.khpg.org/en/index.php?id=1212543971 [10.10.2009].

McGregor, Andrew: Radical Ukrainian Nationalism and the War in Chechnya. In: [http://www.jamestown.org/single/?no_cache=1&tx_ttnews\[tt_news\]=3198](http://www.jamestown.org/single/?no_cache=1&tx_ttnews[tt_news]=3198) [10.11.2009].

Ministry of Interior of Ukraine Human Rights Monitoring Department: Order of the Ministry of Internal Affairs of Ukraine 24.04.2008 Number 197. In: <http://www.mvs.gov.ua> [10.08.2009].

Mizhnarodna blagodiyna organizatsiya "Romskyy zhinochyy Fond Chirikli" 2009:

Poperedzhennya proyaviv ksenofobiy v polikulturnomu suspilstvi. Kyiv.

Mizhnarodnyy tsentr tolerantnosti o.J.: Riven tolerantnosti v Ukraini. Dopovid za rezultatamy vseukrainskogo sotsiologichnogo doslidzhennya. Kyiv.

Mironova, Iryna 2006: Natsionalni menshyny Ukrainy. Mykolayiv / Odesa. In: <http://bibl.kma.mk.ua/pdf/metodser/87/81.pdf>. [10.01.2010].

Nash Mir 2002: Report into Police Harassment of Lesbian and Gay Community in July 2002 in Dnepropetrovsk, Ukraine. Kyiv.

Nash Mir 2005: Gay Rights are Human Rights. Report about Discrimination on the Ground of Sexual Orientation in Ukraine. Kyiv.

Nash Mir 2009: Human Rights Violations Based on Sexual Orientation in Ukraine. Report January – August 2009. Kyiv.

OSCE 2008: Supplementary Human Dimension Meeting 2008: The Role of National Institutions Against Discrimination in Combating Racism and Xenophobia with a Special Focus on Persons Belonging to National Minorities and Migrants. Final Report. In: http://www.osce.org/conferences/shdm1_2008.html [10.11.2009].

OSCE – ODIHR 2006: Challenges and Responses to Hate Motivated Incidents in the OSCE Region. For the Period January – June 2006. Warschau.

OSCE – ODIHR 2009a: Hate Crime Laws: A Practical Guide. Warschau. In: http://www.osce.org/publications/odihr/2009/03/36671_1265_de.pdf. [10.08.2009].

OSCE – ODIHR 2009b: Hate Crimes in the OSCE Region. Incidents and Responses. Annual report for 2008. Warschau.

Panina, Natalia 2005: Faktory natsionalnoi identichnosti, tolerantnosti, ksenofobii i antisemitizma v sovremennoj Ukraine. In: Sotsiologiya: Theoria, Metody, Marketing 4 (2005): S.26-45.

ProUA.com: Rozpodil vydaktiv derzhavnogo byudzhetu Ukrainy na 2009 rik. In: <http://ru.proua.com/inform/477.html> [10.01.2010].

Pylinski, Yaroslav 2008: Undocumented Migration – Counting the Uncountable. Data and Trends across Europe. In: <http://clandestino.eliamep.gr/wp-content/uploads/2009/02/ukraine.pdf> [10.11.2009].

Sheremet, Svyatoslav: Bud samym soboy. In: http://www.gay.org.ua/gazeta/40_sheremet.htm [10.01.2010].

Shuster Live 2009: Ugrozhaet li Ukraine neofashizm?. In: http://shuster.kanalukraina.tv/video/1963_ugrozhaet_li_ukraine_neofashizm/?/22 [20.12.2009].

Sluzhba Bezpeky Ukrainy: Demokratiychny kontrol za diyalnistyu SB Ukrainy. In: http://sbu.gov.ua/sbu/control/uk/publish/article?art_id=65649&cat_id=83189 [20.12.2009].

Social Action Centre o.J.: Let's fight racism together. Manual for Vulnerable Groups Activists in Ukraine. Kyiv.

Telekrytyka 2009a: Ot antifashizma k antisemitizmu. In: <http://www.telekritika.ua/berd/2009-05-02/45397> [10.10.2009].

Telekrytyka 2009b: Moralisty vyznaly shcho sait rupor.info propaguye religiyu vorozhnechu, a v kontakte.ru – nasylyya i zhorstokist. In: <http://telekritika.ua/news/2009-07-17/46877> [10.10.2009].

The Diversity Initiative. Legal Sub-Group: Ukraine's Legal Response to Bias-Motivated Violent Crime. In: http://www.xenodocuments.org.ua/files/library/diversity/Diversity_Initiative-Legal_Sub-Group_white_paper.pdf [10.10.2009].

Ukrainian Helsinki Human Rights Union: Recommendations on Overcoming Discrimination in Ukraine form UHHRU. In: <http://www.helsinki.org.ua/en/index.php?id=1231945008>. [10.08.2009]

Ukrainian Helsinki Human Rights Union / Zakharov, B.Y. 2008: Rekomendazii OON shchodo borotby z dyskryminatsiyeyu v Ukraini. Kharkiv.

Ukrainska Pravda 2009: VIL/SNID v Ukraini nabyraye obertiv: shchodnya pomyraye 7 ukrainsiv. In: Ukrainska Pravda, 01.12.2009, <http://life.pravda.com.ua/problem/4b14c3156d0a5/> [01.12.2009].

Upravlinnya monitoryngu dotrimannya prav lyudyny v diyalnosti organiv vnutrishnikh sprav: Zvit za rezultatamy roboty Upravlinnya monitoryngu dotrymannya prav lyudyny v diyalnosti organiv vnutrishnikh sprav Ukrainy v 2008 rotsi. In: <http://umdpi.info/index.php?id=1242209395> [04.01.2010].

Umland, Andreas: Die andere Anomalie der Ukraine: ein Parlament ohne rechtsradikale Fraktionen. In: Ukraineanalysen 41/08. S. 7-14.

Umland, Andreas / Shekhovtsov, Anton 2009: Right Radical Party Politics in Post-Soviet Ukraine. The Riddle of the Electoral Marginality of the Ukrainian Ultra-Nationalists in 1994-2009. Unveröffentlichtes Manuskript.

UNHCR: Flash Report. Titel of the Project: Local Integration of refugees in Belarus, Moldova and Ukraine. March – August 2009. In: http://www.unhcr.org.ua/main.php?article_id=163&view=full [10.01.2010].

U.S. Department of State, Bureau of Democracy, Human Rights and Labor 2009: 2008 Human Rights Reports: Ukraine. In: <http://www.state.gov/g/drl/rls/hrrpt/2008/eur/119110.htm> [10.08.2009].

Vaad: Goals and description. In: http://www.jewukr.org/uchred/vaad/vaad_e.html [20.12.2009].

Vedernikova, Inna: Kyiv: ray dla nelegalov?. In: Zerkalo Nedeli 21 (700), 2008, <http://www.zn.ua/1000/1050/63179/> [15.10.2009].

Verkhovna Rada: Konstytutsiya Ukrainy. In: <http://zakon.rada.gov.ua/cgi-bin/laws/main.cgi?nreg=254%EA%2F96-%E2%F0&zahyst=4/UMfPEGznhhKTe.Zif/LCRgHI41ws80msh8le6> [20.12.2009].

Variets: Zakonproekt Moskalya ugrozhaet svobode veroyspovedaniya v ukraine. In: <http://www.narodnapravda.com.ua/politics/4b00589c52038/> [10.01.2010].

Yakubenko, Viktor: Parlamentska praktyka: hotily jak krashche. In: Forum Natsiy 11 (2009), <http://forumn.kiev.ua/2009-11-90/90-06.html> [20.12.2009].

Zakharov, Yevgeniy / Yavorsky, Volodymyr / Ukrainian Helsinki Human Rights Union 2009: Human Rights in Ukraine – 2008. Human Rights Organizations Report. Kharkiv.

Zimmer, Kerstin / van Pragh, Femke 2008: Fremdenfeindlichkeit in der Ukraine. In: Ukraineanalysen 41/08. S.2-6.

Zimmer, Kerstin: Migrants and Refugees in the Buffer Zone: Asylum Police in Ukraine. 2008. In: <http://www.migrationonline.cz/e-library/?x=2080625> [10.01.2010].

Zisels, Yosif 2005: Bol kazhdogo naroda dolzhna stanovitsya bolyu vsego chelovechestva. Doklad na sekti s'po obrazovaniju konferentsii OBSE po antisemitizmu i inym formam netolerantnosti. Kordova.

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1. Sitzung des Zivilrats für Menschenrechtsschutz im Innenministerium der Ukraine, Kyiv, 24. Januar 2008. http://umdpi.info/index.php?id=1223811389	22
Abb. 2. „Liebe gegen Homosexualität“ – Losung einer Kundgebung gegen sexuelle Minderheiten. http://uktright.info/files/pictures/news/gomiki.jpeg	31
Abb. 3. Schiffer St. Werbung zum 20-jährigen Bestehen der interregionalen Akademie für Personalmanagement (MAUP) in der Kiewer Metro, September 2009.	34
Abb. 4. Chernihiv Human Rights Committee. Büro des Chernihiv Human Rights Committee mit rassistischer Graffiti, Oktober 2009.	39
Abb. 5. Petrushko P.M. Die Miliz geht gegen eine rechtsextreme Kundgebung vor. http://helsinki.org.ua/index.php?id=1255572511	41
Abb. 6. Albertovich O. Roma Mädchen steht nach Wasser an, Beregovo September 2008.	47
Abb. 7. Patriot der Ukraine. Marsch gegen die Immigration von Vietnamesen, Kharkiv , Oktober 2009. http://patriotukr.org.ua/index.php?rub=news_w&id=533	61
Abb. 8. SOS Racism. Marsch gegen Rassismus, Juni 2007. http://sosracism.org.ua/	72
Abb. 9. SOS Racism. Prominente Ukrainer wie Valid Arfush, Anna Tsybalyuk, Savik Shuster werben für Toleranz. http://sosracism.org.ua/	73

Liste der befragten Organisationen

Im Text verwandte Bezeichnung	Offizielle Bezeichnung	Deutsche Übersetzung / Englische Bezeichnung	Stadt	Homepage	Art der Befragung
African Centre	African Centre	African Centre	Kyiv	www.african-center.net	Interview
Association of Hungarian Culture in Zakarpattya	Tovarystvo ugorскоi kultury Zakarpattya	Verband der ungarischen Kultur in Zakarpattya	Uzhhorod	www.karpatalja.com.ua	Fragebogen
Association of Koreans in Ukraine	Asotsiatsiya koreysiv Ukrainy	Assoziation der Koreaner in der Ukraine	Kyiv	k.A.	Fragebogen+Interview
Association of Poles in Ukraine	Spilka polyakiv Ukrainy	Verband der Polen in der Ukraine	Kyiv	k.A.	Fragebogen
Association of Roma in Zakarpattya	Gromadska organizatsiya Tovarystvo romiv Zakarpattya "Roma"	Verband der Polen in Zakarpattya "Roma"	Uzhhorod	k.A.	Fragebogen
Berkat	Berkat	Berkat	Kyiv	k.A.	Interview
Bizim Qirim	Bizim Qirim	Unsere Krim	Simferopol	www.bizimqirim.org	Interview
Chernihiv Human Rights Committee	Chernihivsky gromadsky komitet zakhystu prav lyudyny	Chernihiv Menschenrechtskomitee	Chernihiv	http://www.migration.org.ua/	Fragebogen+Interview
Chirikli	Mizhnarodny blagodiyny romsky zhinochy fond "Chirikli"	Internationaler Romafrauenfonds "Chirikli"	Kyiv	k.A.	Interview
Congress of National Communities of Ukraine (KNGU)	Kongres natsionalnykh gromad Ukrainy	Kongress der nationalen Gemeinden der Ukraine	Kyiv	www.kngu.org	Fragebogen+Interview
Congress of Roma in Ukraine	Vseukrainska spilka gromadskikh organizatsiy "Kongres Romen Ukrainy"	Gesamtukrainische Union der Bürgerorganisationen "Kongress der Roma in der Ukraine"	Kyiv	k.A.	Interview
Diversity Initiative	Diversity Initiative	Diversity Initiative	Kyiv	www.diversipedia.org.ua	Interview
Donbas-SozProjekt	Gromadska organizatsiya "Donbas-SotsProekt"	Bürgerorganisation "Donbas SozProjekt"	Mariupol	http://donbas.socproject.blogspot.com	Fragebogen
Donetsk Foundation for Social Security and Charity	Donetsky fond sotsialnogo zakhystu ta myloserdya	Donetsk Stiftung für Soziale Sicherheit und Wohltätigkeit	Donetsk	k.A.	Fragebogen
Flora	Dytyacha ekologichna gromadska organizatsiya "FLORA"	Kinder Öko-Organisation "Flora"	Kirovograd	www.cepoflora.narod.ru	Fragebogen
Gay-Alliance Cherkasy	Gromadska organizatsiya "Gay-Alyans Cherkasy"	Bürgerorganisation "Gay-Alliance Cherkasy"	Cherkasy	http://ga.net.ua/cherkasy/cherkasy_01-2008.html	Fragebogen+Interview
Gay-Forum Ukraine	Vseukrainska gromadska organizatsiya "Gay-Forum Ukrainy"	Gesamtukrainische Bürgerorganisation "Gay-Forum der Ukraine"	Kyiv	www.lgbtua.com	Fragebogen

Gorenie + Council of National Communities in Pavlograd	Pavlogradskiy miskiy blagodiyniy fond "Gorenie" + Sovet natsionalnykh obshchyn Pavlogradshchiny	Pavlograd Stadtwohlfahrtsfonds "Gorenie" + Rat der nationalen Gemeinden in Pavlograd	Pavlograd	www.fondgorenie.at.ua	Fragebogen
Helsinki Initsiatyva XXI	Helsinki Initsiatyva XXI	Helsinki-Initiative XXI	Chortkiv	k.A.	Fragebogen
HIAS	Hebrew Immigrant Aid Society (HIAS)	HIAS	Kyiv	www.hias.org	Interview
Integratsiya i Rozvytok	Informatsiyno-doslidnytskiy tsentr "Integratsiya i Rozvytok"	Informations- und Forschungszentrum "Integration und Entwicklung"	Simferopol	www.integration.org.ua	Fragebogen
International Medical Rehabilitation Centre for the Victims of Wars and Totalitarian Regimes (MRZ)	Mizhnarodny medychnyy rehabilitatsiyniy tsentr dlya zhertv viyny i totalitarnykh rezhymiv (MRZ)	Internationales Rehabilitationszentrum für Opfer von Kriegen und totalitären Regimes	Kyiv	www.irc-kyiv.org	Fragebogen
Kesher	Vseukrainska mezhnatsionalna zhinocha konfederatsiya "Kesher"	Gesamtukrainische Frauenkonfederation "Kesher"	Makeevka	k.A.	Fragebogen
Kharkiv Human Rights Protection Group	Kharkivska pravozakhysna grupa	Kharkiv Menschenrechtsgruppe	Kharkiv	www.khpg.org	Interview
Kharkiv Institute for Social Research	Kharkivskyi instytut sotsialnykh doslidzhen	Kharkiv Institut für soziale Forschungen	Kharkiv	http://khisr.kharkov.ua/	Interview
Kreatyv	Gromadska organizatsiya "Vinnytskyi regionalnyy tsentr informazii "Kreatyv"	Regionales Informationszentrum "Kreatyv"	Vynnytsya	http://eurocentre.vn.ua, http://tolerant.org.ua	Fragebogen+Interview
Kredo	Gromadska organizatsiya "Informatsiyno-osvitniy tsentr Kredo"	Bürgerorganisation "Informations- und Bildungszentrum "Kredo"	Kryvyi Rig	k.A.	Fragebogen
La Strada Ukraine	Mizhnarodny zhinochy pravozakhysny tsentr "La Strada - Ukraina"	Internationales Frauenrechtsschutzzentrum "La Strada Ukraine"	Kyiv	www.lastrada.org.ua	Fragebogen+Interview
LiGA	Mykolayivska asotsiatsiya geyiv, lesbiyok ta biseksualiv "LiGA"	Mykolaiver Assoziation der Schwulen, Lesben und Bisexuellen "LiGA"	Mykolayiv	www.gay.nikolaev.ua/	Interview
Moloda Cherkashchyna	Koalitsiya molodizhnykh gromadskykh organizatsiy "Moloda Cherkashchyna"	Koalition der Jugendorganisationen "Junges Cherkasy"	Cherkasy	www.mch.ck.ua	Fragebogen
Nash Mir	Regionalny informatsiyniy i pravozakhysny tsentr dlya geyiv ta lesbiyok "Nash Mir"	Regionales Informations- und Menschenrechtszentrum für Schwule und Lesben "Unsere Welt"	Kyiv	www.gay.org.ua	Fragebogen+Interview
Nova Doba	Vseukrainska asotsiatsiya vykladachiv istorii ta suspilnykh dystsyplin "Nova Doba"	Gesamtukrainische Assoziation der Geschichtslehrer "Neue Epoche"	Kyiv	www.novadoba.org.ua	Fragebogen

Podilsky Centre for Social Technologies	Vinnyska oblasna gromadska organizatsiya "Podilskyy tsestr sotsialnykh tekhnologiy"	Vinnysya Bürgerorganisation "Podiler Zentrum für soziale Technologien"	Vynnytsya	www.vinmaidan.org	Fragebogen+Interview
Sfera	Gromadska organizatsiya "Kharkivske Zhinoche Obyednannya "Sfera"	Kharkiv Frauenunion "Sfera"	Kharkiv	www.sphere.in.ua	Fragebogen+Interview
Social Action Centre - No Border Project	Tsestr "Sotsialna Diya" Proekt "Bez kordoniv"	Social Action Centre - No Border Project	Kyiv	k.A.	Fragebogen+Interview
Social Service of Assistance	Kharkivsky oblasny blagodiyny fond "Sotsialna sluzhba dopomohy"	Kharkiv Wohlfahrtsfonds "Social Service of Assistance"	Kyiv	www.ssa.kharkov.ua	Fragebogen+Interview
Spilna Meta	Gromadska organizatsiya "Spilna Meta"	Bürgerorganisation "Gemeinsames Ziel"	Kyiv	http://commongoal.org.ua/	Fragebogen+Interview
SVIT Ukraine	Interregional voluntary organization "SVIT - Ukraine"	Interregionale Freiwilligenorganisation "SVIT Ukraine"	Luhansk	www.svit-ukraine.org	Interview
Ukrainian Helsinki Human Rights Union (UHRU)	Ukrainska Helsinska Spilka Prav Lyudyny	Ukrainian Helsinki Human Rights Union	Kyiv	www.helsinki.org.ua	Interview
Vaad	Asotsiatsiya yevreyskykh organizatsiy ta gromad (Vaad) Ukrainy	Assoziation der jüdischen Organisationen und Gemeinden der Ukraine "VAAD"	Kyiv	www.vaad.org.ua	Interview
Vidkryta polityka	Fond "Vidkryta polityka"	Fonds "Open Policy"	Kyiv	http://www.acop.com.ua/	Fragebogen+Interview
Vinnysya Human Rights Protection Group	Vinnyska pravozakhysna grupa	Vinnysya Menschenrechtsgruppe	Vynnytsya	k.A.	Interview
Yednannya	Molodizhna gromadska organizatsiya "Yednannya"	Jugendorganisation "Einigkeit"	Ternopil	k.A.	Fragebogen
Youth Human Rights Movement (YHRM)	Youth Human Rights Movement	Youth Human Rights Movement	Voronezh (Ru)	www.yhrm.org	Fragebogen
Youth Centre for Regional Development	Khersonska oblasna molodizhna gromadska organizatsiya "Molodizhny tsestr regionalnoho rozvytku"	Kherson Jugendorganisation "Jugendzentrum für regionale Entwicklung"	Kherson	k.A.	Fragebogen
Yunka	Lvivska miska gromadska organizatsiya "Divochy klub Yunka"	Lviver Stadtorganisation "Frauenklub Junka"	Lviv	k.A.	Fragebogen
Za rivni prava	Informatsiyno-osvitni tsestr "Za rivni prava"	Informations- und Bildungszentrum "Für gleiche Rechte"	Kherson	http://www.zrp-kherson.org.ua	Fragebogen
Zhinocha Merezha	Informatsiyno-osvitniy tsestr "Zhinocha Merezha"	Informations- und Bildungszentrum "Frauenetz"	Kyiv	www.feminist.org.ua	Fragebogen+Interview

Aufteilung der befragten Organisationen nach Kategorien

Befragte Organisationen	Menschenrechtsorganisationen	Verbände historischer Minderheiten	Interessenvertretungen von Migranten und Flüchtlingen	LGBT - Organisationen
African Centre			x	
Association of Roma in Zakarpattya		x		
Association of Hungarian Culture in Zakarpattya		x		
Association of Koreans in Ukraine			x	
Association of Poles in Ukraine		x		
Berkat			x	
Bizim Qirim		x		
Chernihiv Human Rights Committee			x	
Chirikli		x		
Congress of National Communities in Ukraine (KNGU)		x		
Congress of Roma in Ukraine		x		
Diversity Initiative	x			
Donbas-Sozprojekt				x
Donetsk Foundation of Social Security and Charity			x	
Flora			x	
Gay-Alliance Cherkasy				x
Gay-Forum Ukraine				x
Gorie + Council of National Communities in Pavlograd		x		
Helsinki Initiative XXI	x			
HIAS			x	
Integratsiya i Rozvytok	x			

International Medical Rehabilitation Centre for Victims of Wars and Totalitarian Regimes (MRZ)			x	
Kesher	x			
Kharkiv Human Rights Protection Group	x			
Kharkiv Institute for Social Research	x			
Kreatyv	x			
Kredo				x
La Strada	x			
LiGA				x
Moloda Cherkashchyna	x			
Nash Mir				x
Nova Doba	x			
Podilsky Centre for Social Technologies	x			
Sfera				x
Social Action Center - No Border Project			x	
Social Service of Assistance			x	
Spilna Meta	x			
SVIT Ukraine	x			
Ukrainian Helsinki Human Rights Union	x			
Vaad		x		
Vidkryta polityka	x			
Vinnystya Human Rights Protection Group	x			
Yednannya	x			
Youth Centre for Regional Development	x			
Youth Human Rights Movement (YHRM)	x			

Yunka	x			
Za rivni prava				x
Zinocha Merezha				x